|  |  |
| --- | --- |
| Europäisches Parlament2014-2019 |  |

<Commission>{ECON}Ausschuss für Wirtschaft und Währung</Commission>

<RefProc>2018/0114</RefProc><RefTypeProc>(COD)</RefTypeProc>

<Date>{25/10/2018}25.10.2018</Date>

<TitreType>STELLUNGNAHME</TitreType>

<CommissionResp>des Ausschusses für Wirtschaft und Währung</CommissionResp>

<CommissionInt>für den Rechtsausschuss</CommissionInt>

<Titre>zu dem Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie (EU) 2017/1132 in Bezug auf grenzüberschreitende Umwandlungen, Verschmelzungen und Spaltungen</Titre>

<DocRef>(COM(2018)0241 – C8-0167/2018 – 2018/0114(COD))</DocRef>

Verfasser der Stellungnahme: <Depute>Olle Ludvigsson</Depute>

PA\_Legam

KURZE BEGRÜNDUNG

Durch den Vorschlag zur Änderung der Richtlinie (EU) 2017/1132 in Bezug auf grenzüberschreitende Umwandlungen, Verschmelzungen und Spaltungen soll die grenzüberschreitende Mobilität für Gesellschaften gestärkt und gleichzeitig den betroffenen Personen ein angemessener Schutz geboten werden, um einen fairen Binnenmarkt zu gewährleisten.

Der Berichterstatter ist ebenfalls der Auffassung, dass die grenzüberschreitende Mobilität von Gesellschaften im Binnenmarkt gestärkt werden muss, wodurch das Potenzial des Binnenmarkts besser ausgeschöpft wird. Allerdings ist es ausschlaggebend, dass alle Maßnahmen, durch die die grenzübergreifende Mobilität erleichtert werden soll, Hand in Hand mit starken Schutzmaßnahmen gehen, durch die Missbräuche und fiktive Übertragungen zum Zwecke des Sozial- oder Steuerdumpings vermieden werden.

Der Vorschlag der Kommission ist wichtig, insbesondere nach dem Polbud-Urteil des Europäischen Gerichtshofs, und bietet eine gute Grundlage für weitere Erörterungen. Allerdings ist im Zuständigkeitsbereich des ECON-Ausschusses klar, dass es Raum für Vereinfachungen und weitere Klarstellungen in dem Vorschlag gibt, wobei gleichzeitig die Schutzmaßnahmen gestärkt und potentielle Schlupflöcher geschlossen werden sollten. Außerdem soll sichergestellt werden, dass die neue Richtlinie nicht beispielsweise die Umgehung von Pflichten in den Bereichen Besteuerung und soziale Sicherheit erleichtert.

In diesem Zusammenhang schlägt der Berichterstatter vor, eine Begriffsbestimmung für „künstliche Gestaltungen“ einzufügen. Wenn es keine eindeutige Definition gibt, besteht die Gefahr, dass die Mitgliedstaaten die Vorschriften uneinheitlich auslegen. Es ist wichtig zu vermeiden, dass die Definition anfechtbar ist, damit die Errichtung von noch mehr Briefkastenfirmen vermieden wird. Außerdem wird der Vorschlag auch dadurch geändert, dass das Konzept der künstlichen Gestaltungen auf grenzübergreifende Verschmelzungen ausgeweitet wird. Hierbei geht es darum, einheitliche Vorschriften für die verschiedenen grenzübergreifenden Operationen zu gewährleisten sowie potentielle Schlupflöcher zu schließen und mehr Klarheit zu schaffen.

In Verbindung mit künstlichen Gestaltungen gibt es auch eine Änderung des Artikels 86c, durch die die Anforderungen einer echten wirtschaftlichen Verbindung mit dem Registrierungsstaat – ein echter Link – eingeführt wird, um die Rechtssicherheit weiter zu stärken und den Missbrauch der Niederlassungsfreiheit zum Zwecke beispielsweise der Steuervermeidung zu unterbinden.

In dem Vorschlag der Kommission ist in Artikel 86g eine Prüfung durch einen unabhängigen Sachverständigen vorgesehen. Dies ist eine wichtige Bestimmung, wenn auch die Prüfung als eine Maßnahme einer öffentlichen Behörde vorgenommen werden sollte. Deshalb gibt es mehrere Änderungen im Hinblick auf diese Frage: Das Konzept wird von einer Prüfung durch einen unabhängigen Sachverständigen zu einer Prüfung durch eine zuständige Behörde geändert.

In dem Vorschlag ist keine Möglichkeit einer Ex Post-Überwachung und einer Durchsetzung vorgesehen. Dies ist angesichts der Tatsache wichtig, dass es problematisch sein könnte, künstliche Gestaltungen im Voraus aufzuspüren und zu entdecken. Deshalb gibt es eine Änderung, durch die das Konzept der Ex Post-Überwachung grenzüberschreitender Umwandlungen eingeführt wird, einschließlich Sanktionen, wenn Anforderungen nicht erfüllt werden.

Schließlich ist der Berichterstatter nicht davon überzeugt, dass es ratsam ist, grenzüberschreitende Spaltungen in den Vorschlag aufzunehmen. Soweit der Vorschlag Spaltungen betrifft, wird nur eine begrenzte Bandbreite von Spaltungen erfasst, nämlich die Spaltung eines Unternehmens in zwei oder mehr neu geschaffene Gesellschaften. Es gibt Zweifel daran, ob Spaltungen aufgenommen werden müssen, sowie Bedenken hinsichtlich der Risiken und Gefahren einer solchen Aufnahme, weswegen vorgeschlagen wird, diesen Teil des Vorschlags zu streichen.

ÄNDERUNGSANTRÄGE

Der Ausschuss für Wirtschaft und Währung ersucht den federführenden Rechtsausschuss, folgende Änderungsanträge zu berücksichtigen:

<RepeatBlock-Amend><Amend>Änderungsantrag <NumAm>1</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Erwägung 1</Article>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| (1) Die Richtlinie (EU) 2017/1132 des Europäischen Parlaments und des Rates2 regelt die grenzüberschreitende Verschmelzung von Kapitalgesellschaften. Diese Regelung leistet einen entscheidenden Beitrag zur Verbesserung der Funktionsweise des Binnenmarkts für Gesellschaften und zur Ausübung der Niederlassungsfreiheit. Die Bewertung dieser Regelung zeigt allerdings, dass die Vorschriften für grenzüberschreitende Verschmelzungen geändert werden müssen. Auch empfiehlt es sich, grenzüberschreitende Umwandlungen ***und Spaltungen*** ebenfalls zu regeln. | (1) Die Richtlinie (EU) 2017/1132 des Europäischen Parlaments und des Rates2 regelt die grenzüberschreitende Verschmelzung von Kapitalgesellschaften. Diese Regelung leistet einen entscheidenden Beitrag zur Verbesserung der Funktionsweise des Binnenmarkts für Gesellschaften und zur Ausübung der Niederlassungsfreiheit ***und bietet einen angemessenen Schutz von Beteiligten, wie etwa Arbeitnehmern, Gläubigern und Minderheitsgesellschaftern***. Die Bewertung dieser Regelung zeigt allerdings, dass die Vorschriften für grenzüberschreitende Verschmelzungen geändert werden müssen. Auch empfiehlt es sich, grenzüberschreitende Umwandlungen ebenfalls zu regeln. |
| \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_ | \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_ |
| 2 Richtlinie (EU) 2017/1132 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Juni 2017 über bestimmte Aspekte des Gesellschaftsrechts (Kodifizierter Text) (ABl. L 169 vom 30.6.2017, S. 46). | 2 Richtlinie (EU) 2017/1132 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Juni 2017 über bestimmte Aspekte des Gesellschaftsrechts (Kodifizierter Text) (ABl. L 169 vom 30.6.2017, S. 46). |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>2</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Erwägung 2</Article>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| (2) Die Niederlassungsfreiheit gehört zu den Grundprinzipien des Unionsrechts. Die Niederlassungsfreiheit für Gesellschaften umfasst nach Artikel 49 Absatz 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) in Verbindung mit Artikel 54 AEUV unter anderem das Recht auf Gründung und Leitung von Gesellschaften im Sinne des Artikels 54 AEUV nach den Bestimmungen des Niederlassungsmitgliedstaats. Der Gerichtshof der Europäischen Union hat dies dahin ausgelegt, dass die Niederlassungsfreiheit den Anspruch einer nach dem Recht eines Mitgliedstaats gegründeten Gesellschaft auf Umwandlung in eine dem Recht eines anderen Mitgliedstaats unterliegende Gesellschaft umfasst, soweit die Voraussetzungen des Rechts jenes anderen Mitgliedstaats eingehalten sind und insbesondere das Kriterium erfüllt ist, das in diesem anderen Mitgliedstaat für die Verbundenheit einer Gesellschaft mit seiner nationalen Rechtsordnung erforderlich ist. | (2) Die Niederlassungsfreiheit gehört zu den Grundprinzipien des Unionsrechts. Die Niederlassungsfreiheit für Gesellschaften umfasst nach Artikel 49 Absatz 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) in Verbindung mit Artikel 54 AEUV unter anderem das Recht auf Gründung und Leitung von Gesellschaften im Sinne des Artikels 54 AEUV nach den Bestimmungen des Niederlassungsmitgliedstaats. Der Gerichtshof der Europäischen Union hat dies dahingehend extensiv ausgelegt, dass die Niederlassungsfreiheit den Anspruch einer nach dem Recht eines Mitgliedstaats gegründeten Gesellschaft auf Umwandlung in eine dem Recht eines anderen Mitgliedstaats unterliegende Gesellschaft umfasst, soweit die Voraussetzungen des Rechts jenes anderen Mitgliedstaats eingehalten sind und insbesondere das Kriterium erfüllt ist, das in diesem anderen Mitgliedstaat für die Verbundenheit einer Gesellschaft mit seiner nationalen Rechtsordnung erforderlich ist. ***Darüber hinaus sind zusätzliche Elemente wie das Vorhandensein von Kriterien der wirtschaftlichen Substanz besonders zu berücksichtigen, damit diese Grundfreiheit nicht für Betrugszwecke missbraucht wird.*** |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>3</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Erwägung 2 a (neu)</Article>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
|  | ***(2a)*** ***Obwohl der Wettbewerb im Binnenmarkt und die Niederlassungsfreiheit Grundprinzipien der EU sind, basiert die Freiheit von Gesellschaften, ihren satzungsmäßigen Sitz in einen anderen Mitgliedstaat zu verlegen, auf einem unerwünschten Wettbewerb der Systeme zwischen den Mitgliedstaaten, der von ungleichen Wettbewerbsbedingungen mit unterschiedlichen nationalen Bestimmungen in Sozial- und Steuerpolitik angeheizt wird.*** ***Missbräuchliche Umwandlungen, Verschmelzungen oder Spaltungen, die künstliche Gestaltungen oder Sozialdumping darstellen, und darüber hinaus steuerliche Verpflichtungen verringern oder soziale Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern untergraben, müssen daher verhindert werden, damit die Grundsätze der Verträge gewahrt und europäische Werte geachtet werden.*** ***Die Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union im Hinblick auf ein äußerst weit reichendes Recht auf grenzüberschreitende Umwandlungen ist bedauerlich, da die Möglichkeit für Unternehmen, ihren satzungsmäßigen Sitz ohne ihre Kernaktivitäten zu verlegen, zu Verständnislosigkeit und einer antieuropäischen Stimmung bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie anderen Interessenträgern geführt hat, was diese problematische Form des Wettbewerbs betrifft.*** |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>4</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Erwägung 2 b (neu)</Article>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
|  | ***(2b)*** ***Die Entwicklung hin zu einer gemeinsamen konsolidierten Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage auf Unionsebene und die Einführung gemeinsamer sozialer Mindeststandards in allen Mitgliedstaaten sollten Voraussetzung für gemeinsame Vorschriften zur Mobilität von Gesellschaften sein, um einen fairen Wettbewerb und gleiche Ausgangsbedingungen zu ermöglichen, bei denen kein Mitgliedstaat und kein Interessenträger benachteiligt wird.*** |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>5</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Erwägung 3</Article>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| (3) Mangels Vereinheitlichung im Unionsrecht fällt die Definition der Anknüpfung, die für das auf eine Gesellschaft anwendbare nationale Recht maßgeblich ist, gemäß Artikel 54 AEUV in die Zuständigkeit jedes einzelnen Mitgliedstaats. Nach Artikel 54 AEUV sind der satzungsmäßige Sitz, die Hauptverwaltung und die Hauptniederlassung einer Gesellschaft als Anknüpfung gleichwertig. ***Laut Rechtsprechung des Gerichtshofs3 schließt*** ***der*** ***Umstand***, ***dass nur*** der ***satzungsmäßige Sitz (***und ***nicht die Hauptverwaltung oder Hauptniederlassung) verlegt wurde, die Anwendbarkeit*** der Niederlassungsfreiheit ***nach Artikel 49 AEUV nicht aus***, ***wenn der Mitgliedstaat der neuen Niederlassung***, ***d. h. der Zuzugsmitgliedstaat, nur die Verlegung des satzungsmäßigen Sitzes als Anknüpfung für eine seinem Recht unterliegende Gesellschaft verlangt. Die Wahl einer bestimmten Rechtsform bei einer grenzüberschreitenden Verschmelzung***, ***Umwandlung oder Spaltung oder die Wahl eines bestimmten Niederlassungsmitgliedstaats gehört in einem Binnenmarkt zur Ausübung der durch den AEUV garantierten Niederlassungsfreiheit***. | (3) Mangels Vereinheitlichung im Unionsrecht fällt die Definition der Anknüpfung, die für das auf eine Gesellschaft anwendbare nationale Recht maßgeblich ist, gemäß Artikel 54 AEUV in die Zuständigkeit jedes einzelnen Mitgliedstaats. Nach Artikel 54 AEUV sind der satzungsmäßige Sitz, die Hauptverwaltung und die Hauptniederlassung einer Gesellschaft als Anknüpfung gleichwertig. ***Angesichts*** ***der*** ***Ungereimtheiten***, ***die aufgrund*** der Niederlassungsfreiheit ***entstehen,*** und ***in Ermangelung gleicher Ausgangsbedingungen in Form von kohärenten sozialen und steuerlichen Bestimmungen in den Mitgliedstaaten***, ***ist es unbedingt notwendig***, ***ein Gleichgewicht zu schaffen zwischen dem Recht der Gesellschaften auf Verschmelzungen, Umwandlungen oder Spaltungen und anderen Grundsätzen der Verträge.*** ***Grenzüberschreitende Umwandlungen sollten davon abhängig gemacht werden***, ***dass Unternehmen ihren satzungsmäßigen Sitz zusammen mit ihrem tatsächlichen Sitz verlegen, um einen substanziellen Teil ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit im Zuzugsmitgliedstaats auszuüben***. |
| \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_ |  |
| ***3 Urteil des Gerichtshofs vom 25. Oktober 2017, Polbud/Wykonawstwo, C-106/16, ECLI:EU:C:2017:804‚ Rn. 29.*** |  |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>6</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Erwägung 4</Article>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| (4) Aufgrund dieser Entwicklungen in der Rechtsprechung eröffnen sich für Gesellschaften im Binnenmarkt neue Möglichkeiten, die sich positiv auf das Wirtschaftswachstum, den Wettbewerb und die Produktivität auswirken dürften. Gleichzeitig muss das Ziel eines Binnenmarkts ohne Binnengrenzen für Gesellschaften mit anderen Zielen der europäischen Integration wie sozialer Schutz (insbesondere Schutz der Arbeitnehmer), Schutz der Gläubiger und Schutz der Gesellschafter in Einklang gebracht werden. Mangels einheitlicher Regeln – gerade auch für Umwandlungen über Landesgrenzen hinaus – verfolgen die Mitgliedstaaten diese Ziele in Recht und Verwaltung auf unterschiedliche Art und Weise. Infolgedessen sind Gesellschaften zwar bereits in der Lage, grenzüberschreitende Verschmelzungen durchzuführen, doch stoßen sie bei einer grenzüberschreitenden Umwandlung auf eine Reihe rechtlicher und praktischer Schwierigkeiten. Zudem gibt es in vielen Mitgliedstaaten zwar ein Verfahren für inländische Umwandlungen, doch kein gleichwertiges Verfahren für grenzüberschreitende Umwandlungen. | (4) Aufgrund dieser Entwicklungen in der Rechtsprechung eröffnen sich für Gesellschaften im Binnenmarkt neue Möglichkeiten, die sich positiv auf das Wirtschaftswachstum, den Wettbewerb und die Produktivität auswirken dürften. Gleichzeitig muss das Ziel eines Binnenmarkts ohne Binnengrenzen für Gesellschaften mit anderen Zielen der europäischen Integration wie sozialer Schutz (insbesondere Schutz der Arbeitnehmer), Schutz der Gläubiger und Schutz der Gesellschafter ***sowie die Bekämpfung von gegen die finanziellen Interessen der Union gerichteten Handlungen, wie zum Beispiel Geldwäsche und Steuerhinterziehung,*** in Einklang gebracht werden***.*** ***In ähnlicher Weise hat sich die Union verpflichtet, die Charta der Grundrechte der Europäischen Union zu achten.*** ***Die Niederlassungsfreiheit darf in keiner Weise andere durch den AEUV garantierte Werte und Grundsätze untergraben, wie die Förderung eines hohen Beschäftigungsniveaus und die Gewährleistung eines angemessenen sozialen Schutzes (Artikel 9), die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, den sozialen Dialog zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, die Entwicklung des Arbeitskräftepotenzials im Hinblick auf ein dauerhaft hohes Beschäftigungsniveau und die Bekämpfung von Ausgrenzungen (Artikel 151) oder die Bekämpfung von Betrug und sonstige gegen die finanziellen Interessen der Union gerichteten rechtswidrigen Handlungen (Artikel 310)***. Mangels einheitlicher Regeln – gerade auch für Umwandlungen über Landesgrenzen hinaus – verfolgen die Mitgliedstaaten diese Ziele in Recht und Verwaltung auf unterschiedliche Art und Weise. Infolgedessen sind Gesellschaften zwar bereits in der Lage, grenzüberschreitende Verschmelzungen durchzuführen, doch stoßen sie bei einer grenzüberschreitenden Umwandlung auf eine Reihe rechtlicher und praktischer Schwierigkeiten. Zudem gibt es in vielen Mitgliedstaaten zwar ein Verfahren für inländische Umwandlungen, doch kein gleichwertiges Verfahren für grenzüberschreitende Umwandlungen. |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>7</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Erwägung 6</Article>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| (6) Es ist daher angezeigt, verfahrens- und materiellrechtliche Vorschriften für grenzüberschreitende Umwandlungen vorzusehen, die ***zur Beseitigung der Beschränkungen*** der Niederlassungsfreiheit ***beitragen*** und gleichzeitig den Beteiligten wie Arbeitnehmern, Gläubigern und Minderheitsgesellschaftern ***einen geeigneten und angemessenen*** Schutz bieten. | (6) Es ist daher angezeigt, verfahrens- und materiellrechtliche Vorschriften für grenzüberschreitende Umwandlungen vorzusehen, die ***die Inanspruchnahme*** der Niederlassungsfreiheit ***erleichtern*** und gleichzeitig den Beteiligten wie Arbeitnehmern, Gläubigern und Minderheitsgesellschaftern ***den notwendigen*** Schutz bieten. |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>8</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Erwägung 7</Article>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| (7) Das Recht, eine bestehende, nach dem Recht eines Mitgliedstaats gegründete Gesellschaft in eine dem Recht eines anderen Mitgliedstaats unterliegende Gesellschaft umzuwandeln, ***kann*** unter ***bestimmten*** Umständen missbraucht werden, z. B. zur Umgehung von Arbeitsnormen, Sozialversicherungsleistungen, Steuerpflichten, Rechten der Gläubiger oder der Minderheitsgesellschafter oder von Vorschriften über die Arbeitnehmermitbestimmung. Um die Möglichkeit eines solchen Missbrauchs zu unterbinden, eine Befugnis, die zu den allgemeinen Grundsätzen des Unionsrechts gehört, müssen die Mitgliedstaaten dafür sorgen, dass Gesellschaften eine grenzüberschreitende Umwandlung nicht dazu nutzen können, um ***mit einer*** rein ***künstlichen*** Gestaltung ***ungerechtfertigte Steuervorteile*** zu ***erlangen oder*** die ***gesetzlichen oder vertraglichen Rechte von Arbeitnehmern***, ***Gläubigern oder Gesellschaftern auszuhebeln. Soweit es sich um eine*** Ausnahme von einer Grundfreiheit ***handelt,*** müssen diesbezügliche Bestimmungen eng ausgelegt werden und muss ein Vorgehen gegen Missbrauch auf einer Einzelfallprüfung aller relevanten Umstände beruhen. Es sollte ein verfahrens- und materiellrechtlicher Rahmen festgelegt werden, der ***den Ermessensspielraum umschreibt und den Mitgliedstaaten unterschiedliche Vorgehensweisen ermöglicht, gleichzeitig aber*** vorschreibt, dass die Maßnahmen, die von den nationalen Behörden zur Bekämpfung des Missbrauchs im Einklang mit dem Unionsrecht ergriffen werden, einheitlich ausgerichtet werden müssen. | (7) Das Recht, eine bestehende, nach dem Recht eines Mitgliedstaats gegründete Gesellschaft in eine dem Recht eines anderen Mitgliedstaats unterliegende Gesellschaft umzuwandeln, ***darf*** unter ***keinen*** Umständen missbraucht werden, z. B. zur Umgehung von Arbeitsnormen, Sozialversicherungsleistungen, Steuerpflichten, Rechten der Gläubiger oder der Minderheitsgesellschafter oder von Vorschriften über die Arbeitnehmermitbestimmung. Um die Möglichkeit eines solchen Missbrauchs zu unterbinden, eine Befugnis, die zu den allgemeinen Grundsätzen des Unionsrechts gehört, müssen die Mitgliedstaaten dafür sorgen, dass Gesellschaften eine grenzüberschreitende Umwandlung nicht dazu nutzen können, um ***eine*** rein ***künstliche*** Gestaltung ***zu schaffen. Das Verfahren nach dieser Richtlinie zielt darauf ab, das Recht der Mitgliedstaaten zu schützen, nach ihrem Ermessen Unternehmen Körperschaftsteuern auf Gewinne und Pflichten im Bereich Arbeitnehmervertretung aufzuerlegen. Die Mitgliedstaaten können auf Einzelfallbasis zu dem Schluss gelangen, dass Umwandlungen, Verschmelzungen und Spaltungen eine künstliche Gestaltung darstellen, und auf dieser Grundlage entscheiden, sie nicht zu genehmigen. Bei jeglicher*** Ausnahme von ***einem Grundrecht oder*** einer Grundfreiheit müssen diesbezügliche Bestimmungen eng ausgelegt werden und muss ein Vorgehen gegen Missbrauch auf einer Einzelfallprüfung aller relevanten Umstände beruhen. Es sollte ein verfahrens- und materiellrechtlicher Rahmen festgelegt werden, der vorschreibt, dass die Maßnahmen, die von den nationalen Behörden zur Bekämpfung des Missbrauchs im Einklang mit dem Unionsrecht ergriffen werden, einheitlich ausgerichtet werden müssen. ***Mit dem Ziel, die Möglichkeit eines solchen Missbrauchs im Steuerbereich zu unterbinden, wurden bereits Rechtsvorschriften zur Bekämpfung von Steuervermeidungspraktiken auf EU-Ebene verabschiedet, so etwa die Richtlinie (EU) 2016/1164 vom 12. Juni 2016 mit Vorschriften zur Bekämpfung von Steuervermeidungspraktiken mit unmittelbaren Auswirkungen auf das Funktionieren des Binnenmarkts. Im Falle einer grenzüberschreitenden Umwandlung, Verschmelzung und Spaltung müssen die Mitgliedstaaten dafür sorgen, dass eine Gesellschaft, die eine solche Umwandlung beabsichtigt, diese Vorschriften einhält.*** |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>9</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Erwägung 7 a (neu)</Article>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
|  | ***(7a) Durch diese Richtlinie wird kein Druck nach unten auf die nationalen Körperschaftssteuersätze, die nationalen Steuersysteme und die vorgeschriebene Arbeitnehmervertretung auf der Ebene des Leitungsorgans ausgeübt, die für die Corporate-Governance-Systeme vieler Mitgliedstaaten von ausschlaggebender Bedeutung ist. Sie zielt darauf ab, die Inanspruchnahme der Niederlassungsfreiheit unter der Bedingung zu erleichtern, dass im Zuzugsmitgliedstaat eine echte wirtschaftliche Tätigkeit ausgeübt wird. Wenn ein Unternehmen keine echte wirtschaftliche Tätigkeit im Zuzugsmitgliedstaat nachweisen kann, kann ein Mitgliedstaat verfügen, dass die Umwandlung eine künstliche Gestaltung darstellt, und entscheiden, sie nicht zu genehmigen.*** |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>10</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Erwägung 9</Article>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| (9) Angesichts der Komplexität grenzüberschreitender Umwandlungen und der Vielzahl der damit verbundenen Interessen sollte eine Ex-ante-Kontrolle vorgesehen werden, um Rechtssicherheit zu schaffen. Zu diesem Zweck sollte ein strukturiertes, mehrstufiges Verfahren eingeführt werden, mit dem die zuständigen Behörden sowohl des Wegzugs- als auch des Zuzugsmitgliedstaats gewährleisten, dass die Entscheidung über die Genehmigung einer grenzüberschreitenden Umwandlung fair, objektiv und diskriminierungsfrei auf der Grundlage aller relevanten Aspekte und unter Berücksichtigung aller legitimen öffentlichen Interessen, insbesondere des Schutzes der Arbeitnehmer, der Gesellschafter und der Gläubiger, getroffen wird. | (9) Angesichts der Komplexität grenzüberschreitender Umwandlungen und der Vielzahl der damit verbundenen Interessen sollte eine Ex-ante-Kontrolle vorgesehen werden, um Rechtssicherheit zu schaffen. Zu diesem Zweck sollte ein strukturiertes, mehrstufiges Verfahren eingeführt werden, mit dem die zuständigen Behörden sowohl des Wegzugs- als auch des Zuzugsmitgliedstaats gewährleisten, dass die Entscheidung über die Genehmigung einer grenzüberschreitenden Umwandlung fair, objektiv und diskriminierungsfrei auf der Grundlage aller relevanten Aspekte und unter Berücksichtigung aller legitimen öffentlichen Interessen, insbesondere des Schutzes der Arbeitnehmer, der Gesellschafter und der Gläubiger, getroffen wird. ***Es sollten auch Verfahren für Situationen eingerichtet werden, in denen zusätzliche Informationen nach der Umwandlung verfügbar werden, die vermuten lassen, dass die Umwandlung zu missbräuchlichen Zwecken unternommen wurde.*** |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>11</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Erwägung 10</Article>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| (10) Damit in ***dem*** Verfahren für eine grenzüberschreitende Umwandlung alle berechtigten Interessen der Beteiligten berücksichtigt werden können, sollte die Gesellschaft den Plan für die grenzüberschreitende Umwandlung mit den wichtigsten Informationen, darunter die geplante neue Rechtsform der Gesellschaft, den Errichtungsakt und den Zeitplan für die Umwandlung***,*** offenlegen. Die Gesellschafter, Gläubiger und Arbeitnehmer der Gesellschaft, die die grenzüberschreitende Umwandlung vornimmt, sollten benachrichtigt werden, damit sie zu der geplanten Umwandlung Stellung nehmen können. | (10) Damit in ***den*** Verfahren für eine grenzüberschreitende Umwandlung alle berechtigten Interessen der Beteiligten berücksichtigt werden können, sollte die Gesellschaft den Plan für die grenzüberschreitende Umwandlung mit den wichtigsten Informationen, darunter die geplante neue Rechtsform der Gesellschaft, ***die Beweggründe für die Umwandlung,*** den Errichtungsakt und den Zeitplan für die Umwandlung offenlegen. Die Gesellschafter, Gläubiger***, Gewerkschaften*** und Arbeitnehmer der Gesellschaft, die die grenzüberschreitende Umwandlung vornimmt, sollten benachrichtigt werden, damit sie zu der geplanten Umwandlung Stellung nehmen können. |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>12</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Erwägung 12 a (neu)</Article>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
|  | ***(12a)*** ***Gesellschaften, die beabsichtigen, die Vorteile des Binnenmarktes voll zu nutzen, indem sie grenzüberschreitende Umwandlungen durchführen, verpflichten sich im Gegenzug zu einem angemessenen Maß an Transparenz und verantwortungsvoller Unternehmensführung.*** ***Die öffentliche länderspezifische Berichterstattung ist ein wirksames und geeignetes Hilfsmittel, um die Transparenz der Tätigkeiten multinationaler Unternehmen zu erhöhen und der Öffentlichkeit zu ermöglichen, ihre Auswirkungen auf die Realwirtschaft zu bewerten.*** ***Sie wird auch die Fähigkeit der Aktionäre verbessern, zutreffend die von Unternehmen eingegangenen Risiken einzuschätzen, zu auf zutreffenden Informationen beruhenden Anlagestrategien führen und die Möglichkeit von Entscheidungsträgern erweitern, die Wirksamkeit und die Auswirkungen nationaler Rechtsvorschriften einzuschätzen.*** ***Aus diesem Grund werden vor der Ausführung der grenzüberschreitenden Operation eine Reihe finanzieller Informationen veröffentlicht.*** |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>13</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Erwägung 13</Article>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| (13) Um die ***geplante grenzüberschreitende Umwandlung beurteilen zu können, sollte der Bericht eines unabhängigen Sachverständigen vorgeschrieben werden, in dem die*** Genauigkeit der Informationen im ***Umwandlungsplan*** und in ***den*** an die Gesellschafter und Arbeitnehmer gerichteten ***Berichten überprüft wird*** und die Fakten ***vorgelegt werden***, anhand ***deren*** beurteilt werden kann, ob es sich bei der geplanten Umwandlung um eine künstliche Gestaltung handelt***.*** ***Um*** die ***Unabhängigkeit des Sachverständigen zu gewährleisten***, ***sollte der Sachverständige von der zuständigen Behörde auf Antrag der*** Gesellschaft ***ernannt werden. Der Sachverständigenbericht*** sollte alle relevanten Informationen ***enthalten***, die die zuständige Behörde im Wegzugsmitgliedstaat benötigt, um in Kenntnis der Sachlage zu entscheiden, ob sie die Vorabbescheinigung ausstellt oder nicht. Daher sollte ***der Sachverständige*** in der Lage sein, sich alle relevanten Informationen und Unterlagen der Gesellschaft zu beschaffen und alle erforderlichen Untersuchungen durchzuführen, um alle erforderlichen Nachweise zu sammeln. ***Der Sachverständige*** sollte die Informationen, insbesondere den Nettoumsatz und den Gewinn oder Verlust, die Zahl der Arbeitnehmer und die Gliederung der Bilanz, heranziehen, die von der Gesellschaft für die Erstellung von Jahresabschlüssen im Einklang mit dem Unionsrecht und dem Recht der Mitgliedstaaten zusammengestellt worden sind. Diese Informationen sollten jedoch zum Schutz vertraulicher Informationen, einschließlich der Geschäftsgeheimnisse der Gesellschaft, nicht ***Teil des Abschlussberichts des Sachverständigen sein, der*** öffentlich zugänglich ***ist***. | (13) Um die Genauigkeit der Informationen im ***Umwandlungs- und Verschmelzungsplan*** und in ***dem*** an die Gesellschafter und Arbeitnehmer gerichteten ***Bericht überprüfen zu können*** und ***über*** die Fakten ***zu verfügen***, anhand ***derer*** beurteilt werden kann, ob es sich bei der geplanten Umwandlung um eine künstliche Gestaltung handelt***, sollte*** die ***zuständige Behörde verpflichtet sein***, ***die geplante grenzüberschreitende Umwandlung und Verschmelzung zu beurteilen.*** ***Die*** Gesellschaft sollte alle relevanten Informationen ***vorlegen***, die die zuständige Behörde im Wegzugsmitgliedstaat benötigt, um in Kenntnis der Sachlage zu entscheiden, ob sie die Vorabbescheinigung ausstellt oder nicht. Daher sollte ***die zuständige Behörde*** in der Lage sein, sich alle relevanten Informationen und Unterlagen der Gesellschaft zu beschaffen und alle erforderlichen Untersuchungen durchzuführen, um alle erforderlichen Nachweise zu sammeln. ***Die zuständige Behörde im Wegzugsmitgliedstaats kann auch der zuständigen Behörde im Zuzugsmitgliedstaats diesbezügliche Fragen stellen. Die zuständige Behörde*** sollte die Informationen, insbesondere den Nettoumsatz und den Gewinn oder Verlust, die Zahl der Arbeitnehmer und die Gliederung der Bilanz, heranziehen, die von der Gesellschaft für die Erstellung von Jahresabschlüssen im Einklang mit dem Unionsrecht und dem Recht der Mitgliedstaaten zusammengestellt worden sind. Diese Informationen sollten jedoch zum Schutz vertraulicher Informationen, einschließlich der Geschäftsgeheimnisse der Gesellschaft, nicht öffentlich zugänglich ***gemacht werden, sollten aber dennoch im Rahmen der Vertraulichkeitsanforderungen der zuständigen Behörde sowie der Arbeitnehmervertretung, soweit dies nach nationalem Recht vorgesehen ist, zur Verfügung stehen***. |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>14</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Erwägung 14</Article>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| (14) Um unverhältnismäßig hohe Kosten und Belastungen für kleinere Gesellschaften, die eine grenzüberschreitende Umwandlung durchführen, zu vermeiden, sollten Klein- und Kleinstunternehmen im Sinne der Empfehlung 2003/361/EG der Kommission45 von der Verpflichtung zur ***Vorlage eines unabhängigen Sachverständigenberichts*** ausgenommen werden. Diese Gesellschaften können jedoch auf ***einen unabhängigen Sachverständigenbericht*** zurückgreifen, um sich die Kosten einer gerichtlichen Auseinandersetzung mit den Gläubigern zu ersparen. | (14) Um unverhältnismäßig hohe Kosten und Belastungen für kleinere Gesellschaften, die eine grenzüberschreitende Umwandlung durchführen, zu vermeiden, sollten Klein- und Kleinstunternehmen im Sinne der Empfehlung 2003/361/EG der Kommission45 von der Verpflichtung zur ***Prüfung durch die zuständige Behörde*** ausgenommen werden. Diese Gesellschaften können jedoch auf ***eine solche Prüfung*** zurückgreifen, um sich die Kosten einer gerichtlichen Auseinandersetzung mit den Gläubigern zu ersparen. |
| \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_ | \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_ |
| 45 Empfehlung 2003/361/EG der Kommission vom 6. Mai 2003 betreffend die Definition der Kleinstunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen (ABl. L 124 vom 20.5.2003, S. 36). | 45 Empfehlung 2003/361/EG der Kommission vom 6. Mai 2003 betreffend die Definition der Kleinstunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen (ABl. L 124 vom 20.5.2003, S. 36). |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>15</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Erwägung 15</Article>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| (15) Die Gesellschafterversammlung sollte auf der Grundlage des Umwandlungsplans und der Berichte entscheiden, ob sie dem Umwandlungsplan zustimmt oder nicht. Es ist wichtig, dass das Mehrheitserfordernis für diese Abstimmung ausreichend hoch ist, um sicherzustellen, dass es sich um eine kollektive Entscheidung handelt. ***Darüber hinaus sollten die Gesellschafter auch über alle Vereinbarungen über die Arbeitnehmermitbestimmung abstimmen können, sofern sie sich dieses Recht in der Gesellschafterversammlung vorbehalten haben.*** | (15) Die Gesellschafterversammlung sollte auf der Grundlage des Umwandlungsplans und der Berichte entscheiden, ob sie dem Umwandlungsplan zustimmt oder nicht. Es ist wichtig, dass das Mehrheitserfordernis für diese Abstimmung ausreichend hoch ist, um sicherzustellen, dass es sich um eine kollektive Entscheidung handelt. |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>16</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Erwägung 16</Article>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| (16) ***Stimmberechtigte*** Gesellschafter, die ***nicht für den*** Umwandlungsplan ***gestimmt haben, und Gesellschafter ohne Stimmrechte, die keine Stellungnahme abgeben konnten***, sollten das Recht erhalten, aus der Gesellschaft auszutreten. Diese Gesellschafter sollten die Gesellschaft verlassen dürfen und für ihre Anteile eine Barabfindung erhalten, die dem Wert ihrer Anteile entspricht. Darüber hinaus sollten ***sie*** das Recht haben, die Berechnung und Angemessenheit dieser Barabfindung vor Gericht anzufechten. | (16) Gesellschafter, die ***dem*** Umwandlungsplan ***ausdrücklich widersprochen haben***, sollten das Recht erhalten, aus der Gesellschaft auszutreten. Diese Gesellschafter sollten die Gesellschaft verlassen dürfen und für ihre Anteile eine Barabfindung erhalten, die dem Wert ihrer Anteile entspricht. Darüber hinaus sollten ***die Gesellschafter, die das Angebot einer Barabfindung aufgrund ihrer Auffassung, dass die Abfindung nicht angemessen ist, abgelehnt haben,*** das Recht haben, die Berechnung und Angemessenheit dieser Barabfindung vor Gericht anzufechten. |

<TitreJust>Begründung</TitreJust>

Es ist angemessener die Anspruchsberechtigung auf die Gesellschafter zu beschränken, die dem Spaltungsplan ausdrücklich widersprochen haben. Außerdem ist fraglich, weshalb ein Gesellschafter, der das Barabfindungsangebot angenommen hat, eine gerichtliche Überprüfung beantragen kann, obwohl dieser Gesellschafter nach Annahme des Angebots aus der Gesellschaft ausscheidet.

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>17</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Erwägung 18</Article>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| (18) Um einen angemessenen Schutz der Gläubiger in Fällen zu gewährleisten, in denen sie den Schutz, den die Gesellschaft in ihrem Plan für die grenzüberschreitende Umwandlung bietet, für nicht zufriedenstellend erachten, können die Gläubiger bei der zuständigen Justiz- oder Verwaltungsbehörde des Wegzugsmitgliedstaats angemessene Sicherheiten beantragen. Um die Beurteilung eines etwaigen Nachteils zu erleichtern, sollten bestimmte Vermutungen festgelegt werden, denen zufolge einem Gläubiger durch eine grenzüberschreitende Umwandlung kein Nachteil entsteht, wenn das Verlustrisiko für ihn gering ist. Eine solche Vermutung sollte dann gelten, wenn ***in dem Bericht eines unabhängigen Sachverständigen festgestellt wird, dass nach vernünftigem Ermessen ein solcher Nachteil nicht zu erwarten ist, oder wenn die Gesellschaft*** dem Gläubiger ***einen*** Zahlungsanspruch in Höhe des Werts ***ihrer*** ursprünglichen Forderung entweder gegen einen dritten Sicherungsgeber oder gegen die ***umgewandelte*** Gesellschaft ***anbietet*** und dieser Anspruch vor demselben Gericht wie die ursprüngliche Forderung geltend gemacht werden kann. Der in dieser Richtlinie vorgesehene Gläubigerschutz sollte die nationalen Rechtsvorschriften des Wegzugsmitgliedstaats in Bezug auf Zahlungen an die öffentliche Hand, einschließlich Steuern und Sozialabgaben, unberührt lassen. | (18) Um einen angemessenen Schutz der Gläubiger in Fällen zu gewährleisten, in denen sie den Schutz, den die Gesellschaft in ihrem Plan für die grenzüberschreitende Umwandlung bietet, für nicht zufriedenstellend erachten, können die Gläubiger bei der zuständigen Justiz- oder Verwaltungsbehörde des Wegzugsmitgliedstaats angemessene Sicherheiten beantragen. Um die Beurteilung eines etwaigen Nachteils zu erleichtern, sollten bestimmte Vermutungen festgelegt werden, denen zufolge einem Gläubiger durch eine grenzüberschreitende Umwandlung kein Nachteil entsteht, wenn das Verlustrisiko für ihn gering ist. Eine solche Vermutung sollte dann gelten, wenn dem Gläubiger ***ein*** Zahlungsanspruch in Höhe des Werts ***der*** ursprünglichen Forderung entweder gegen einen dritten Sicherungsgeber oder gegen die ***aus der Verschmelzung hervorgegangene*** Gesellschaft ***angeboten wird*** und dieser Anspruch vor demselben Gericht wie die ursprüngliche Forderung geltend gemacht werden kann. Der in dieser Richtlinie vorgesehene Gläubigerschutz sollte die nationalen Rechtsvorschriften des Wegzugsmitgliedstaats in Bezug auf Zahlungen an die öffentliche Hand, einschließlich Steuern und Sozialabgaben, unberührt lassen. |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>18</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Erwägung 19</Article>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| (19) Um zu gewährleisten, dass die Mitbestimmung der Arbeitnehmer durch die grenzüberschreitende Umwandlung in Fällen, in denen in der Gesellschaft, die die grenzüberschreitende Umwandlung vornimmt, im Wegzugsmitgliedstaat ein System der Arbeitnehmermitbestimmung besteht, nicht übermäßig beeinträchtigt wird, sollte die Gesellschaft verpflichtet sein, eine Rechtsform anzunehmen, die die Ausübung ***von Mitbestimmungsrechten*** ermöglicht, u. a. durch die Präsenz von Vertretern der Arbeitnehmer in dem entsprechenden Leitungs- oder Aufsichtsorgan der Gesellschaft im Zuzugsmitgliedstaat. Darüber hinaus sollten in einem solchen Fall nach dem in der Richtlinie2001/86/EG vorgesehenen Verfahren zwischen der Gesellschaft und ihren Arbeitnehmern nach Treu und Glauben Verhandlungen stattfinden, um zu einer einvernehmlichen Lösung zu gelangen, die sowohl das Recht der Gesellschaft auf Vornahme einer grenzüberschreitenden Umwandlung als auch die Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer gewährleistet. Als Ergebnis dieser Verhandlungen sollte entweder eine Vereinbarung zwischen der betreffenden Gesellschaft und ihren Arbeitnehmern oder in Ermangelung einer solchen Vereinbarung die Auffangregelung im Anhang der Richtlinie 2001/86/EG zur Anwendung kommen. Um die Anwendung der Vereinbarung oder der Auffangregeln zu gewährleisten, sollte es der Gesellschaft ***drei*** Jahre lang nicht möglich sein, die Mitbestimmungsrechte durch die Vornahme anschließender innerstaatlicher oder grenzüberschreitender Umwandlungen, Verschmelzungen oder Spaltungen auszuschalten. | (19) Um zu gewährleisten, dass die Mitbestimmung der Arbeitnehmer durch die grenzüberschreitende Umwandlung in Fällen, in denen in der Gesellschaft, die die grenzüberschreitende Umwandlung vornimmt, im Wegzugsmitgliedstaat ein System der Arbeitnehmermitbestimmung besteht, nicht übermäßig beeinträchtigt wird, sollte die Gesellschaft verpflichtet sein, eine Rechtsform anzunehmen, die die Ausübung ***äquivalenter Mitbestimmungsrechte*** ermöglicht, u. a. durch die Präsenz von Vertretern der Arbeitnehmer in dem entsprechenden Leitungs- oder Aufsichtsorgan der Gesellschaft im Zuzugsmitgliedstaat. Darüber hinaus sollten in einem solchen Fall nach dem in der Richtlinie2001/86/EG vorgesehenen Verfahren zwischen der Gesellschaft und ihren Arbeitnehmern nach Treu und Glauben ***und innerhalb eines angemessenen Zeitraums vor der Umwandlung*** Verhandlungen stattfinden, um zu einer einvernehmlichen Lösung zu gelangen, die sowohl das Recht der Gesellschaft auf Vornahme einer grenzüberschreitenden Umwandlung als auch die Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer gewährleistet. Als Ergebnis dieser Verhandlungen sollte entweder eine Vereinbarung zwischen der betreffenden Gesellschaft und ihren Arbeitnehmern oder in Ermangelung einer solchen Vereinbarung die Auffangregelung im Anhang der Richtlinie 2001/86/EG zur Anwendung kommen. Um die Anwendung der Vereinbarung oder der Auffangregeln zu gewährleisten, sollte es der Gesellschaft ***zehn*** Jahre lang nicht möglich sein, die Mitbestimmungsrechte durch die Vornahme anschließender innerstaatlicher oder grenzüberschreitender Umwandlungen, Verschmelzungen oder Spaltungen auszuschalten. |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>19</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Erwägung 20</Article>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| (20) Um zu verhindern, dass die Mitbestimmungsrechte durch eine grenzüberschreitende Umwandlung umgangen werden, sollte es einer sich umwandelnden Gesellschaft, die in einem Mitgliedstaat eingetragen ist, der Mitbestimmungsrechte für Arbeitnehmer vorsieht, nicht möglich sein, eine grenzüberschreitende Umwandlung vorzunehmen, ohne zuvor Verhandlungen mit ihren Arbeitnehmern oder deren Vertretern aufzunehmen, wenn die durchschnittliche Zahl der von dieser Gesellschaft beschäftigten Arbeitnehmer vier Fünfteln des nationalen Schwellenwerts für eine solche Arbeitnehmermitbestimmung entspricht. | (20) Um zu verhindern, dass die Mitbestimmungsrechte durch eine grenzüberschreitende Umwandlung umgangen werden, sollte es einer sich umwandelnden Gesellschaft, die in einem Mitgliedstaat eingetragen ist, der Mitbestimmungsrechte für Arbeitnehmer vorsieht, nicht möglich sein, eine grenzüberschreitende Umwandlung vorzunehmen, ohne zuvor Verhandlungen mit ihren Arbeitnehmern oder deren Vertretern aufzunehmen, wenn die durchschnittliche Zahl der von dieser Gesellschaft beschäftigten Arbeitnehmer ***mindestens*** vier Fünfteln des nationalen Schwellenwerts für eine solche Arbeitnehmermitbestimmung entspricht. |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>20</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Erwägung 21</Article>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| (21) Um eine angemessene Aufgabenteilung zwischen den Mitgliedstaaten und eine effiziente und wirksame Ex-ante-Kontrolle für grenzüberschreitende Umwandlungen zu gewährleisten, sollten sowohl der Wegzugsmitgliedstaat als auch der Zuzugsmitgliedstaat geeignete zuständige Behörden benennen. Die zuständige Behörde des Wegzugsmitgliedstaats sollte insbesondere befugt sein, eine Vorabbescheinigung auszustellen, ohne die es der zuständigen Behörde des Zuzugsmitgliedstaats nicht möglich sein sollte, das Verfahren der grenzüberschreitenden Umwandlung abzuschließen. | (21) Um eine angemessene Aufgabenteilung zwischen den Mitgliedstaaten und eine effiziente und wirksame Ex-ante-Kontrolle für grenzüberschreitende Umwandlungen zu gewährleisten, sollten sowohl der Wegzugsmitgliedstaat als auch der Zuzugsmitgliedstaat geeignete zuständige Behörden benennen. Die zuständige Behörde des Wegzugsmitgliedstaats sollte insbesondere befugt sein, eine Vorabbescheinigung auszustellen, ohne die es der zuständigen Behörde des Zuzugsmitgliedstaats nicht möglich sein sollte, das Verfahren der grenzüberschreitenden Umwandlung abzuschließen. ***Eine Liste der zuständigen nationalen Behörden in den Mitgliedstaaten wird von der Kommission vorbereitet und veröffentlicht.*** ***Von den zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten wird erwartet, bei grenzüberschreitenden Umwandlungen zusammenzuarbeiten.*** |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>21</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Erwägung 22</Article>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| (22) Um die Rechtmäßigkeit der grenzüberschreitenden Umwandlung der Gesellschaft zu gewährleisten, sollte der Wegzugsmitgliedstaat die Vorabbescheinigung erst nach einer Prüfung ausstellen. Die zuständige Behörde des Wegzugsmitgliedstaats sollte über die Ausstellung der Vorabbescheinigung innerhalb ***eines Monats*** nach dem Antrag der Gesellschaft entscheiden, es sei denn, sie hat ***ernste*** Bedenken, dass es sich um eine künstliche Gestaltung handeln könnte ***mit dem Ziel, unrechtmäßige Steuervorteile zu erlangen oder die gesetzlichen oder vertraglichen Rechte der Arbeitnehmer, Gläubiger oder Gesellschafter unrechtmäßig zu beschneiden***. In einem solchen Fall sollte die zuständige Behörde eine eingehende Prüfung vornehmen. Diese eingehende Prüfung sollte jedoch nicht systematisch, sondern von Fall zu Fall durchgeführt werden, wenn ***ernste*** Bedenken bestehen, dass eine künstliche Gestaltung vorliegen könnte. Bei ihrer Prüfung sollte die zuständige Behörde mindestens eine Reihe von in dieser Richtlinie festgelegten Faktoren berücksichtigen, die jedoch nur als Anhaltspunkte im Rahmen der Gesamtprüfung dienen und nicht isoliert betrachtet werden sollten. Um die Gesellschaften nicht mit einem übermäßig langen Verfahren zu belasten, sollte diese eingehende Prüfung auf jeden Fall innerhalb von ***zwei*** Monaten abgeschlossen werden, nachdem die Gesellschaft davon in Kenntnis gesetzt wurde, dass eine eingehende Prüfung durchgeführt wird. | (22) Um die Rechtmäßigkeit der grenzüberschreitenden Umwandlung der Gesellschaft zu gewährleisten, sollte der Wegzugsmitgliedstaat die Vorabbescheinigung erst nach einer Prüfung ausstellen. Die zuständige Behörde des Wegzugsmitgliedstaats sollte über die Ausstellung der Vorabbescheinigung innerhalb ***von zwei Monaten*** nach dem Antrag der Gesellschaft entscheiden, es sei denn, sie hat Bedenken, dass es sich um eine künstliche Gestaltung handeln könnte. In einem solchen Fall sollte die zuständige Behörde eine eingehende Prüfung vornehmen. Diese eingehende Prüfung sollte jedoch nicht systematisch, sondern ***nur*** von Fall zu Fall durchgeführt werden, wenn Bedenken bestehen, dass eine künstliche Gestaltung vorliegen könnte. Bei ihrer Prüfung sollte die zuständige Behörde mindestens eine Reihe von in dieser Richtlinie festgelegten Faktoren berücksichtigen, die jedoch nur als Anhaltspunkte im Rahmen der Gesamtprüfung dienen und nicht isoliert betrachtet werden sollten. Um die Gesellschaften nicht mit einem übermäßig langen Verfahren zu belasten, sollte diese eingehende Prüfung auf jeden Fall innerhalb von ***drei*** Monaten abgeschlossen werden, nachdem die Gesellschaft davon in Kenntnis gesetzt wurde, dass eine eingehende Prüfung durchgeführt wird. ***Die Prüfung durch den Wegzugsmitgliedstaat wird, sobald abgeschlossen, an die zuständige Behörde des Zuzugsmitgliedstaats weitergeleitet.*** |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>22</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Erwägung 23</Article>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| (23) Nachdem die zuständige Behörde des Zuzugsmitgliedstaats die Vorabbescheinigung erhalten und sich vergewissert hat, dass die Gründungsanforderungen im Zuzugsmitgliedstaat erfüllt sind, sollte sie die Gesellschaft in das Unternehmensregister des Zuzugsmitgliedstaats eintragen. Erst nach dieser Eintragung sollte die zuständige Behörde des Wegzugsmitgliedstaats die Gesellschaft in ihrem eigenen Register löschen. Der zuständigen Behörde des Zuzugsmitgliedstaats sollte es ***nicht*** möglich sein, die Richtigkeit der Angaben in der Vorabbescheinigung ***infrage*** zu stellen. Die Rechtspersönlichkeit, das Aktiv- und Passivvermögen sowie sämtliche Rechte und Pflichten der umgewandelten Gesellschaft, einschließlich der Rechte und Pflichten aus Verträgen, Handlungen oder Unterlassungen, sollten nach der grenzüberschreitenden Umwandlung bestehen bleiben. | (23) Nachdem die zuständige Behörde des Zuzugsmitgliedstaats die Vorabbescheinigung erhalten und sich vergewissert hat, dass die Gründungsanforderungen im Zuzugsmitgliedstaat erfüllt sind, sollte sie die Gesellschaft in das Unternehmensregister des Zuzugsmitgliedstaats eintragen. ***Der Zuzugsmitgliedstaat sollte außerdem basierend auf den erhaltenen Informationen den wirtschaftlichen Eigentümer der umgewandelten Gesellschaft überprüfen.*** Erst nach dieser Eintragung sollte die zuständige Behörde des Wegzugsmitgliedstaats die Gesellschaft in ihrem eigenen Register löschen. Der zuständigen Behörde des Zuzugsmitgliedstaats sollte es möglich sein, die ***zuständige Behörde des Wegzugsmitgliedstaats zu kontaktieren und ihr Fragen zur*** Richtigkeit der Angaben in der Vorabbescheinigung zu stellen***, insbesondere um eine künstliche Gestaltung*** ***zu*** ***verhindern. Die zuständige Behörde des Wegzugsmitgliedstaats beantwortet solche Fragen unverzüglich.*** Die Rechtspersönlichkeit, das Aktiv- und Passivvermögen sowie sämtliche Rechte und Pflichten der umgewandelten Gesellschaft, einschließlich der Rechte und Pflichten aus Verträgen, Handlungen oder Unterlassungen, sollten nach der grenzüberschreitenden Umwandlung bestehen bleiben. |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>23</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Erwägung 26</Article>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| (26) Die Bewertung der Umsetzung der Vorschriften für die grenzüberschreitende Verschmelzung in den Mitgliedstaaten hat gezeigt, dass die Zahl der grenzüberschreitenden Verschmelzungen in der Union erheblich zugenommen hat. Bei dieser Bewertung wurden jedoch auch Mängel, insbesondere beim Schutz von Gläubigern ***und*** Gesellschaftern, sowie das Fehlen vereinfachter Verfahren festgestellt, die die volle Wirksamkeit und Effizienz dieser Regeln für grenzüberschreitende Verschmelzungen beeinträchtigen. | (26) Die Bewertung der Umsetzung der Vorschriften für die grenzüberschreitende Verschmelzung in den Mitgliedstaaten hat gezeigt, dass die Zahl der grenzüberschreitenden Verschmelzungen in der Union erheblich zugenommen hat. Bei dieser Bewertung wurden jedoch auch Mängel, insbesondere beim Schutz von Gläubigern***,*** Gesellschaftern ***und*** ***Arbeitnehmern***, sowie das Fehlen vereinfachter Verfahren festgestellt, die die volle Wirksamkeit und Effizienz dieser Regeln für grenzüberschreitende Verschmelzungen beeinträchtigen. |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>24</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Erwägung 28</Article>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| (28) Um das bestehende Verfahren für grenzüberschreitende Verschmelzungen weiter zu verbessern, müssen die einschlägigen Vorschriften, soweit erforderlich, vereinfacht werden; gleichzeitig muss dafür gesorgt werden, dass die Beteiligten, insbesondere die Arbeitnehmer, angemessen geschützt sind. Die bestehenden Vorschriften für grenzüberschreitende Verschmelzungen sollten daher dahin geändert werden, dass die Leitungs- oder Verwaltungsorgane der sich verschmelzenden Gesellschaften verpflichtet werden, für die Gesellschafter und für die Arbeitnehmer ***separate Berichte*** über die rechtlichen und wirtschaftlichen Aspekte ***der grenzüberschreitenden*** Verschmelzung zu erstellen. ***Das Leitungs- oder Verwaltungsorgan der Gesellschaft kann jedoch von seiner Pflicht zur Erstellung eines Berichts für die Gesellschafter freigestellt werden, wenn die Gesellschafter bereits über die rechtlichen und wirtschaftlichen Aspekte der geplanten Verschmelzung unterrichtet sind. Auf den Bericht für die Arbeitnehmer kann hingegen nur verzichtet werden, wenn die sich verschmelzenden Gesellschaften und ihre Tochtergesellschaften keine anderen Arbeitnehmer haben als diejenigen, die dem Leitungs- oder Verwaltungsorgan angehören.*** | (28) Um das bestehende Verfahren für grenzüberschreitende Verschmelzungen weiter zu verbessern, müssen die einschlägigen Vorschriften, soweit erforderlich, vereinfacht werden; gleichzeitig muss dafür gesorgt werden, dass die Beteiligten, insbesondere die Arbeitnehmer, angemessen geschützt sind. Die bestehenden Vorschriften für grenzüberschreitende Verschmelzungen sollten daher dahin geändert werden, dass die Leitungs- oder Verwaltungsorgane der sich verschmelzenden Gesellschaften verpflichtet werden, für die Gesellschafter und für die Arbeitnehmer ***einen separaten Bericht*** über die rechtlichen und wirtschaftlichen Aspekte ***sowie die Gründe*** ***für die*** ***grenzüberschreitende*** Verschmelzung zu erstellen. |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>25</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Erwägung 29</Article>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| (29) Um den Schutz der Arbeitnehmer sich verschmelzender Gesellschaften zu verbessern, ***können*** die Arbeitnehmer oder ihre Vertreter überdies zu dem Bericht der Gesellschaft Stellung ***nehmen***, in dem die Auswirkungen der grenzüberschreitenden Verschmelzung auf die Arbeitnehmer dargelegt werden. Die Vorlage des Berichts sollte die anwendbaren Unterrichtungs- und Anhörungsrechte und -verfahren, die nach Umsetzung der Ratsrichtlinien 2001/23/EG48, 2002/14/EG oder 2009/38/EG auf nationaler Ebene eingeführt wurden, unberührt lassen. | (29) Um den Schutz der Arbeitnehmer sich verschmelzender Gesellschaften zu verbessern, ***nehmen*** die Arbeitnehmer oder ihre Vertreter überdies zu dem Bericht der Gesellschaft Stellung, in dem die Auswirkungen der grenzüberschreitenden Verschmelzung auf die Arbeitnehmer dargelegt werden. Die Vorlage des Berichts sollte die anwendbaren Unterrichtungs- und Anhörungsrechte und -verfahren, die nach Umsetzung der Ratsrichtlinien 2001/23/EG48, 2002/14/EG oder 2009/38/EG auf nationaler Ebene eingeführt wurden, unberührt lassen. |
| \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_ | \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_ |
| 48 Richtlinie 2001/23/EG des Rates vom 12. März 2001 über die Wahrung von Ansprüchen der Arbeitnehmer beim Übergang von Unternehmen, Betrieben oder Unternehmens- oder Betriebsteilen (ABl. L 82 vom 22.3.2001, S. 16). | 48 Richtlinie 2001/23/EG des Rates vom 12. März 2001 über die Wahrung von Ansprüchen der Arbeitnehmer beim Übergang von Unternehmen, Betrieben oder Unternehmens- oder Betriebsteilen (ABl. L 82 vom 22.3.2001, S. 16). |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>26</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Erwägung 29 a (neu)</Article>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
|  | ***(29a)*** ***Gesellschaften, die beabsichtigen, die Vorteile des Binnenmarktes voll zu nutzen, indem sie grenzüberschreitende Verschmelzungen durchführen, verpflichten sich im Gegenzug zu einem angemessenen Maß an Transparenz und verantwortungsvoller Unternehmensführung.*** ***Die öffentliche länderspezifische Berichterstattung ist ein wirksames und geeignetes Hilfsmittel, um die Transparenz der Tätigkeiten multinationaler Unternehmen zu erhöhen und der Öffentlichkeit zu ermöglichen, ihre Auswirkungen auf die Realwirtschaft zu bewerten.*** ***Sie wird auch die Fähigkeit der Aktionäre verbessern, zutreffend die von Unternehmen eingegangenen Risiken einzuschätzen, zu auf zutreffenden Informationen beruhenden Anlagestrategien führen und die Möglichkeit von Entscheidungsträgern erweitern, die Wirksamkeit und die Auswirkungen nationaler Rechtsvorschriften einzuschätzen.*** ***Aus diesem Grund werden vor der Ausführung der grenzüberschreitenden Operation eine Reihe finanzieller Informationen veröffentlicht.*** |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>27</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Erwägung 29 b (neu)</Article>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
|  | ***(29b)*** ***Um Konflikte zwischen den Interessen der Mitglieder des Leitungsorgans und dem Wohl der Gesellschaft zu umgehen, sollte es ihnen nicht gestattet sein, von der Verschmelzung finanziell in Form von variablen Vergütungen, Bonuszahlungen oder steigenden Aktienkursen zu profitieren.*** |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>28</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Erwägung 30 a (neu)</Article>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
|  | ***(30a)*** ***Um unverhältnismäßig hohe Kosten und Belastungen für kleinere Gesellschaften, die eine grenzüberschreitende Verschmelzung durchführen, zu vermeiden, sollten Klein- und Kleinstunternehmen im Sinne der Empfehlung 2003/361/EG der Kommission von der Verpflichtung zur Prüfung durch die zuständige Behörde ausgenommen werden.*** ***Diese Gesellschaften können jedoch auf eine solche Prüfung zurückgreifen, um sich die Kosten einer gerichtlichen Auseinandersetzung mit den Gläubigern zu ersparen.*** |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>29</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Erwägung 31</Article>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| (31) Die mangelnde Harmonisierung der Schutzbestimmungen für Gesellschafter und Gläubiger ist von verschiedener Seite als Hindernis für grenzüberschreitende Verschmelzungen beanstandet worden. Gesellschaftern und Gläubigern sollte unabhängig von den Mitgliedstaaten, in denen sich die verschmelzenden Gesellschaften befinden, das gleiche Schutzniveau geboten werden. Dies berührt nicht die Vorschriften der Mitgliedstaaten zum Schutz von Gläubigern oder Gesellschaftern, die nicht in den Anwendungsbereich der harmonisierten Maßnahmen fallen, wie z. B. Transparenzvorschriften. | (31) Die mangelnde Harmonisierung der Schutzbestimmungen für Gesellschafter***, Arbeitnehmer*** und Gläubiger ist von verschiedener Seite als Hindernis für grenzüberschreitende Verschmelzungen beanstandet worden. Gesellschaftern***, Arbeitnehmern*** und Gläubigern sollte unabhängig von den Mitgliedstaaten, in denen sich die verschmelzenden Gesellschaften befinden, das gleiche Schutzniveau geboten werden. Dies berührt nicht die Vorschriften der Mitgliedstaaten zum Schutz von Gläubigern***, Arbeitnehmern*** oder Gesellschaftern, die nicht in den Anwendungsbereich der harmonisierten Maßnahmen fallen, wie z. B. Transparenzvorschriften. |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>30</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Erwägung 35</Article>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| (35) Um Gläubigern einen angemessenen Schutz in Fällen zu gewährleisten, in denen sie den Schutz, den die Gesellschaft in ihrem gemeinsamen Plan für die grenzüberschreitende Verschmelzung bietet, für nicht zufriedenstellend erachten, können die Gläubiger, denen durch die grenzüberschreitende Verschmelzung ein Nachteil entsteht, bei der zuständigen Justiz- oder Verwaltungsbehörde des Mitgliedstaats, dem eine der sich verschmelzenden Gesellschaften angehört, die ihrer Ansicht nach angemessenen Sicherheiten beantragen. Um die Beurteilung eines etwaigen Nachteils zu erleichtern, sollten bestimmte Vermutungen festgelegt werden, denen zufolge einem Gläubiger durch eine grenzüberschreitende Verschmelzung kein Nachteil entsteht, wenn das Verlustrisiko für ihn gering ist. Eine solche Vermutung sollte dann gelten, wenn ***ein unabhängiger Sachverständiger feststellt, dass nach vernünftigem Ermessen ein solcher Nachteil nicht zu erwarten ist, oder wenn die Gesellschaft*** dem Gläubiger ***einen*** Zahlungsanspruch in Höhe des Werts der ursprünglichen Forderung entweder gegen einen dritten Sicherungsgeber oder gegen die aus der Verschmelzung hervorgegangene Gesellschaft ***anbietet*** und dieser Anspruch vor demselben Gericht wie die ursprüngliche Forderung geltend gemacht werden kann. | (35) Um Gläubigern einen angemessenen Schutz in Fällen zu gewährleisten, in denen sie den Schutz, den die Gesellschaft in ihrem gemeinsamen Plan für die grenzüberschreitende Verschmelzung bietet, für nicht zufriedenstellend erachten, können die Gläubiger, denen durch die grenzüberschreitende Verschmelzung ein Nachteil entsteht, bei der zuständigen Justiz- oder Verwaltungsbehörde des Mitgliedstaats, dem eine der sich verschmelzenden Gesellschaften angehört, die ihrer Ansicht nach angemessenen Sicherheiten beantragen. Um die Beurteilung eines etwaigen Nachteils zu erleichtern, sollten bestimmte Vermutungen festgelegt werden, denen zufolge einem Gläubiger durch eine grenzüberschreitende Verschmelzung kein Nachteil entsteht, wenn das Verlustrisiko für ihn gering ist. Eine solche Vermutung sollte dann gelten, wenn dem Gläubiger ***ein*** Zahlungsanspruch in Höhe des Werts der ursprünglichen Forderung entweder gegen einen dritten Sicherungsgeber oder gegen die aus der Verschmelzung hervorgegangene Gesellschaft ***angeboten wird*** und dieser Anspruch vor demselben Gericht wie die ursprüngliche Forderung geltend gemacht werden kann. |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>31</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Erwägung 40</Article>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| (40) Das Recht der Gesellschaften, eine grenzüberschreitende Spaltung durchzuführen, ***kann*** unter ***bestimmten*** Umständen missbraucht werden, z. B. zur Umgehung von Arbeitsnormen, Sozialversicherungsleistungen, Steuerpflichten, Rechten der Gläubiger oder Gesellschafter oder von Vorschriften über die Arbeitnehmermitbestimmung. Um solche Missbräuche zu unterbinden, eine Befugnis, die zu den allgemeinen Grundsätzen des Unionsrechts gehört, müssen die Mitgliedstaaten dafür sorgen, dass Gesellschaften eine grenzüberschreitende Spaltung nicht dazu nutzen können, um ***mit einer künstlichen*** Gestaltung ***ungerechtfertigte Steuervorteile*** zu ***erlangen oder die gesetzlichen oder vertraglichen Rechte*** von ***Arbeitnehmern, Gläubigern*** oder ***Gesellschaftern auszuhebeln.*** ***Soweit es sich um eine*** Ausnahme voneiner Grundfreiheit ***handelt,*** müssen diesbezügliche Bestimmungen eng ausgelegt werden und muss ein Vorgehen gegen Missbrauch auf einer Einzelfallprüfung aller relevanten Umstände beruhen. Es sollte ein verfahrens- und materiellrechtlicher Rahmen festgelegt werden, der ***den Ermessensspielraum umschreibt und den Mitgliedstaaten ein unterschiedliches Vorgehen ermöglicht, gleichzeitig aber*** vorschreibt, dass die Maßnahmen, die von den nationalen Behörden zur Bekämpfung des Missbrauchs im Einklang mit dem Unionsrecht ergriffen werden, einheitlich ausgerichtet werden müssen. | (40) Das Recht der Gesellschaften, eine grenzüberschreitende Spaltung durchzuführen, ***darf*** unter ***keinen*** Umständen missbraucht werden, z. B. zur Umgehung von Arbeitsnormen, Sozialversicherungsleistungen, Steuerpflichten, Rechten der Gläubiger oder Gesellschafter oder von Vorschriften über die Arbeitnehmermitbestimmung. Um solche Missbräuche zu unterbinden, ***als*** eine Befugnis, die zu den allgemeinen Grundsätzen des Unionsrechts gehört, müssen die Mitgliedstaaten dafür sorgen, dass Gesellschaften eine grenzüberschreitende Spaltung nicht dazu nutzen können, um ***eine künstliche*** Gestaltung zu ***schaffen.*** ***Bei jeglicher*** Ausnahme von ***einem Grundrecht*** ***oder*** einer Grundfreiheit müssen diesbezügliche Bestimmungen eng ausgelegt werden und muss ein Vorgehen gegen Missbrauch auf einer Einzelfallprüfung aller relevanten Umstände beruhen. Es sollte ein ***gemeinsamer*** verfahrens- und materiellrechtlicher Rahmen festgelegt werden, der vorschreibt, dass die Maßnahmen, die von den nationalen Behörden zur Bekämpfung des Missbrauchs im Einklang mit dem Unionsrecht ergriffen werden, einheitlich ausgerichtet werden müssen. |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>32</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Erwägung 44</Article>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| (44) Die Gesellschaft, die die Spaltung vornimmt, sollte zur Information ihrer Arbeitnehmer einen Bericht erstellen, in dem die Auswirkungen der geplanten grenzüberschreitenden Spaltung auf die Arbeitnehmer erläutert werden. In dem Bericht sollten insbesondere die Auswirkungen der vorgeschlagenen grenzüberschreitenden Spaltung auf den Erhalt der Arbeitsplätze erläutert werden, und es sollte auf wesentliche Änderungen bei den Beschäftigungsverhältnissen und den Standorten der Gesellschaften sowie darauf eingegangen werden, inwieweit diese Aspekte auch die Tochtergesellschaften der Gesellschaft betreffen. Die Vorlage des Berichts sollte die anwendbaren Unterrichtungs- und Anhörungsrechte und -verfahren, die nach Umsetzung der Richtlinien 2001/23/EG, 2002/14/EG oder 2009/38/EG auf nationaler Ebene eingeführt wurden, unberührt lassen. | (44) Die Gesellschaft, die die Spaltung vornimmt, sollte zur Information ihrer Arbeitnehmer einen Bericht erstellen, in dem die Auswirkungen der geplanten grenzüberschreitenden Spaltung auf die Arbeitnehmer erläutert werden. In dem Bericht sollten insbesondere die Auswirkungen der vorgeschlagenen grenzüberschreitenden Spaltung auf den Erhalt der Arbeitsplätze erläutert werden, und es sollte auf wesentliche Änderungen bei den Beschäftigungsverhältnissen und den Standorten der Gesellschaften sowie darauf eingegangen werden, inwieweit diese Aspekte auch die Tochtergesellschaften der Gesellschaft betreffen. Die Vorlage des Berichts sollte die anwendbaren Unterrichtungs- und Anhörungsrechte und -verfahren, die nach Umsetzung der Richtlinien 2001/23/EG, 2002/14/EG oder 2009/38/EG auf nationaler Ebene eingeführt wurden, unberührt lassen. ***Arbeitnehmer der Gesellschaft, die die grenzüberschreitende Spaltung vornimmt, sollten lange im Voraus benachrichtigt werden, damit sie zu der vorgeschlagenen Spaltung Stellung nehmen können.*** |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>33</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Erwägung 45</Article>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| (45) Um die Richtigkeit der in dem Spaltungsplan und in den an die Gesellschafter und Arbeitnehmer gerichteten Berichten enthaltenen Informationen zu gewährleisten und die Fakten zu vermitteln, die erforderlich sind, um beurteilen zu können, ob es sich bei der vorgeschlagenen Spaltung um eine nicht genehmigungsfähige künstliche Gestaltung handelt, sollte ***der Bericht eines unabhängigen Sachverständigen vorgeschrieben werden***, ***in dem der*** Spaltungsplan ***beurteilt wird. Um die Unabhängigkeit des Sachverständigen zu*** ***gewährleisten, sollte der Sachverständige von der zuständigen Behörde auf Antrag der Gesellschaft ernannt werden***. Der ***Sachverständigenbericht*** sollte alle relevanten Informationen enthalten, die die zuständige Behörde des Mitgliedstaats der zu spaltenden Gesellschaft benötigt, um in Kenntnis der Sachlage zu entscheiden, ob sie die Vorabbescheinigung ausstellt oder nicht. Daher sollte ***der Sachverständige*** in der Lage sein, sich alle relevanten Informationen und Unterlagen der Gesellschaft zu beschaffen und alle erforderlichen Untersuchungen durchzuführen, um alle erforderlichen Nachweise zu sammeln. ***Der Sachverständige*** sollte die Informationen, insbesondere den Nettoumsatz und den Gewinn oder Verlust, die Zahl der Arbeitnehmer und die Gliederung der Bilanz, heranziehen, die von der Gesellschaft für die Erstellung von Jahresabschlüssen im Einklang mit dem Unionsrecht und dem Recht der Mitgliedstaaten zusammengestellt worden sind. Diese Informationen sollten jedoch zum Schutz vertraulicher Informationen, einschließlich der Geschäftsgeheimnisse der Gesellschaft, nicht ***Teil des Abschlussberichts des Sachverständigen sein,*** der ***öffentlich zugänglich*** ist. | (45) Um die Richtigkeit der in dem Spaltungsplan und in den an die Gesellschafter und Arbeitnehmer gerichteten Berichten enthaltenen Informationen zu gewährleisten und die Fakten zu vermitteln, die erforderlich sind, um beurteilen zu können, ob es sich bei der vorgeschlagenen Spaltung um eine nicht genehmigungsfähige künstliche Gestaltung handelt, sollte ***die zuständige Behörde verpflichtet sein***, ***den*** Spaltungsplan ***zu*** ***beurteilen***. Der ***Bericht*** sollte alle relevanten Informationen enthalten, die die zuständige Behörde des Mitgliedstaats der zu spaltenden Gesellschaft benötigt, um in Kenntnis der Sachlage zu entscheiden, ob sie die Vorabbescheinigung ausstellt oder nicht. Daher sollte ***die zuständige Behörde*** in der Lage sein, sich alle relevanten Informationen und Unterlagen der Gesellschaft zu beschaffen und alle erforderlichen Untersuchungen durchzuführen, um alle erforderlichen Nachweise zu sammeln. ***Die zuständige Behörde*** sollte die Informationen, insbesondere den Nettoumsatz und den Gewinn oder Verlust, die Zahl der Arbeitnehmer und die Gliederung der Bilanz, heranziehen, die von der Gesellschaft für die Erstellung von Jahresabschlüssen im Einklang mit dem Unionsrecht und dem Recht der Mitgliedstaaten zusammengestellt worden sind. Diese Informationen sollten jedoch zum Schutz vertraulicher Informationen, einschließlich der Geschäftsgeheimnisse der Gesellschaft, nicht ***öffentlich zugänglich gemacht werden, sollten aber dennoch im Rahmen*** der ***Vertraulichkeitsanforderungen der zuständigen Behörde sowie der Arbeitnehmervertretung, soweit dies nach nationalem Recht vorgesehen*** ist***, zur Verfügung stehen***. |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>34</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Erwägung 50</Article>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| (50) Um Gläubigern einen angemessenen Schutz in Fällen zu gewährleisten, in denen sie den Schutz, den die Gesellschaft in ihrem Plan für die grenzüberschreitende Spaltung bietet, für nicht zufriedenstellend erachten, können die Gläubiger, denen durch die grenzüberschreitende Spaltung ein Nachteil entsteht, bei der zuständigen Justiz- oder Verwaltungsbehörde des Mitgliedstaats der Gesellschaft, die die Spaltung vornimmt, die ihrer Ansicht nach angemessenen Sicherheiten beantragen. Um die Beurteilung eines etwaigen Nachteils zu erleichtern, sollten bestimmte Vermutungen festgelegt werden, denen zufolge einem Gläubiger durch eine grenzüberschreitende Spaltung kein Nachteil entsteht, wenn das Verlustrisiko für ihn gering ist. Eine solche Vermutung sollte dann gelten, wenn ***in dem Bericht eines unabhängigen Sachverständigen festgestellt wird, dass nach vernünftigem Ermessen ein solcher Nachteil nicht zu erwarten ist, oder wenn die Gesellschaft*** dem Gläubiger ***einen*** Zahlungsanspruch in Höhe des Werts seiner ursprünglichen Forderung entweder gegen einen dritten Sicherungsgeber oder gegen eine aus der Spaltung hervorgehende Gesellschaft ***anbietet*** und dieser Anspruch vor demselben Gericht wie die ursprüngliche Forderung geltend gemacht werden kann. Der in dieser Richtlinie vorgesehene Gläubigerschutz sollte die nationalen Rechtsvorschriften des Mitgliedstaats der Gesellschaft, die die Spaltung vornimmt, in Bezug auf Zahlungen an die öffentliche Hand, einschließlich Steuern und Sozialabgaben, unberührt lassen. | (50) Um Gläubigern einen angemessenen Schutz in Fällen zu gewährleisten, in denen sie den Schutz, den die Gesellschaft in ihrem Plan für die grenzüberschreitende Spaltung bietet, für nicht zufriedenstellend erachten, können die Gläubiger, denen durch die grenzüberschreitende Spaltung ein Nachteil entsteht, bei der zuständigen Justiz- oder Verwaltungsbehörde des Mitgliedstaats der Gesellschaft, die die Spaltung vornimmt, die ihrer Ansicht nach angemessenen Sicherheiten beantragen. Um die Beurteilung eines etwaigen Nachteils zu erleichtern, sollten bestimmte Vermutungen festgelegt werden, denen zufolge einem Gläubiger durch eine grenzüberschreitende Spaltung kein Nachteil entsteht, wenn das Verlustrisiko für ihn gering ist. Eine solche Vermutung sollte dann gelten, wenn dem Gläubiger ***ein*** Zahlungsanspruch in Höhe des Werts seiner ursprünglichen Forderung entweder gegen einen dritten Sicherungsgeber oder gegen eine aus der Spaltung hervorgehende Gesellschaft ***angeboten wird*** und dieser Anspruch vor demselben Gericht wie die ursprüngliche Forderung geltend gemacht werden kann. Der in dieser Richtlinie vorgesehene Gläubigerschutz sollte die nationalen Rechtsvorschriften des Mitgliedstaats der Gesellschaft, die die Spaltung vornimmt, in Bezug auf Zahlungen an die öffentliche Hand, einschließlich Steuern und Sozialabgaben, unberührt lassen. |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>35</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Erwägung 52</Article>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| (52) Um die Rechtmäßigkeit der grenzüberschreitenden Spaltung zu gewährleisten, sollte der Mitgliedstaat der Gesellschaft, die die Spaltung vornimmt, die Vorabbescheinigung erst nach einer Prüfung ausstellen. Die zuständige Behörde sollte über die Ausstellung der Vorabbescheinigung innerhalb ***eines Monats*** nach dem Antrag der Gesellschaft entscheiden, es sei denn, sie hat ernste Bedenken, dass es sich um eine künstliche Gestaltung handeln könnte ***mit dem Ziel, unrechtmäßige Steuervorteile zu erlangen oder die gesetzlichen oder vertraglichen Rechte der Arbeitnehmer, Gläubiger oder Gesellschafter unrechtmäßig zu beschneiden***. In einem solchen Fall sollte die zuständige Behörde eine eingehende Prüfung vornehmen. Diese eingehende Prüfung sollte jedoch nicht systematisch, sondern von Fall zu Fall durchgeführt werden, wenn ***ernste*** Bedenken bestehen, dass eine künstliche Gestaltung vorliegen könnte. Bei ihrer Prüfung sollte die zuständige Behörde mindestens eine Reihe von in dieser Richtlinie festgelegten Faktoren berücksichtigen, die jedoch nur als Anhaltspunkte im Rahmen der Gesamtprüfung dienen und nicht isoliert betrachtet werden sollten. Um die Gesellschaften nicht mit einem übermäßig langen Verfahren zu belasten, sollte diese eingehende Prüfung auf jeden Fall innerhalb von ***zwei*** Monaten abgeschlossen werden, nachdem die Gesellschaft davon in Kenntnis gesetzt wurde, dass eine eingehende Prüfung durchgeführt wird. | (52) Um die Rechtmäßigkeit der grenzüberschreitenden Spaltung zu gewährleisten, sollte der Mitgliedstaat der Gesellschaft, die die Spaltung vornimmt, die Vorabbescheinigung erst nach einer Prüfung ausstellen. Die zuständige Behörde sollte über die Ausstellung der Vorabbescheinigung innerhalb ***von zwei Monaten*** nach dem Antrag der Gesellschaft entscheiden, es sei denn, sie hat ernste Bedenken, dass es sich um eine künstliche Gestaltung handeln könnte. In einem solchen Fall sollte die zuständige Behörde eine eingehende Prüfung vornehmen. Diese eingehende Prüfung sollte jedoch nicht systematisch, sondern von Fall zu Fall durchgeführt werden, wenn Bedenken bestehen, dass eine künstliche Gestaltung vorliegen könnte. Bei ihrer Prüfung sollte die zuständige Behörde mindestens eine Reihe von in dieser Richtlinie festgelegten Faktoren berücksichtigen, die jedoch nur als Anhaltspunkte im Rahmen der Gesamtprüfung dienen und nicht isoliert betrachtet werden sollten. Um die Gesellschaften nicht mit einem übermäßig langen Verfahren zu belasten, sollte diese eingehende Prüfung auf jeden Fall innerhalb von ***drei*** Monaten abgeschlossen werden, nachdem die Gesellschaft davon in Kenntnis gesetzt wurde, dass eine eingehende Prüfung durchgeführt wird. ***Die Prüfung durch den Wegzugsmitgliedstaat wird, sobald abgeschlossen, an die zuständige Behörde des Zuzugsmitgliedstaats weitergeleitet.*** |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>36</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Erwägung 58</Article>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| (58) Die Bestimmungen dieser Richtlinie berühren nicht die Rechts- und Verwaltungsvorschriften des nationalen Steuerrechts der Mitgliedstaaten oder des Steuerrechts ihrer gebiets- oder verwaltungsmäßigen Gliederungseinheiten einschließlich der Durchsetzung der Steuervorschriften bei grenzüberschreitenden Umwandlungen, Verschmelzungen und Spaltungen. | (58) Die Bestimmungen dieser Richtlinie berühren nicht die Rechts- und Verwaltungsvorschriften des nationalen Steuerrechts der Mitgliedstaaten oder des Steuerrechts ihrer gebiets- oder verwaltungsmäßigen Gliederungseinheiten einschließlich der Durchsetzung der Steuervorschriften bei grenzüberschreitenden Umwandlungen, Verschmelzungen und Spaltungen. ***Wegzugsmitgliedstaaten haben zum Beispiel im Einklang mit der Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union das Recht, stille Reserven wegziehender Gesellschaften zu besteuern, die im Wegzugsmitgliedstaat noch nicht besteuert wurden.*** |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>37</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Erwägung 63</Article>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| (63) Die Kommission sollte eine Evaluierung dieser Richtlinie vornehmen. Diese Evaluierung sollte sich gemäß Nummer 22 der Interinstitutionellen Vereinbarung vom 13. April 2016 zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat der Europäischen Union und der Europäischen Kommission über bessere Rechtsetzung52 auf fünf Kriterien – Effizienz, Effektivität, Relevanz, Kohärenz und Mehrwert – stützen und die Grundlage für Folgenabschätzungen für mögliche weitere Maßnahmen bilden. | (63) Die Kommission sollte eine Evaluierung dieser Richtlinie vornehmen. ***Bei dieser Bewertung sollte den Auswirkungen dieser Richtlinie auf die Ermittlung und Verhinderung von Fällen besonderer Aufmerksamkeit geschenkt werden, in denen grenzüberschreitende Umwandlungen, Verschmelzungen oder Spaltungen künstliche Gestaltungen darstellen. Die Kommission sollte die europäischen Sozialpartner anhören.*** Diese Evaluierung sollte sich gemäß Nummer 22 der Interinstitutionellen Vereinbarung vom 13. April 2016 zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat der Europäischen Union und der Europäischen Kommission über bessere Rechtsetzung52 auf fünf Kriterien – Effizienz, Effektivität, Relevanz, Kohärenz und Mehrwert – stützen und die Grundlage für Folgenabschätzungen für mögliche weitere Maßnahmen bilden. |
| \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_ | \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_ |
| 52 ABl. L 123 vom 12.5. 2016, S. 1. | 52 ABl. L 123 vom 12.5. 2016, S. 1. |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>38</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer -1 (neu)</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 1 a (neu)</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
|  | ***(-1) In Kapitel I wird der folgende Artikel 1a eingefügt:*** |
|  | ***„Artikel 1a***  |
|  | ***Interesse der Gesellschaft*** |
|  | ***Das Leitungs- oder Verwaltungsorgan einer Gesellschaft ist für die Leitung der Gesellschaft im besten Interesse der Gesellschaft und der Gesellschaft allgemein verantwortlich, was bedeutet, dass es die Bedürfnisse der Beteiligten, wie etwa der Gesellschafter, der Arbeitnehmer und der Umwelt, in ausgewogener Weise berücksichtigt, mit dem Ziel einer nachhaltigen Wertschöpfung.“*** |

(https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=celex%3A32017L1132)

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>39</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 86b – Absatz 1 – Nummer 6 a (neu)</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
|  | ***6a. „künstliche Gestaltung“ eine Gestaltung, mit der im Wesentlichen das Ziel verfolgt wird, die Pflichten von Unternehmen zu umgehen, die sich aus gesetzlichen oder vertraglichen Rechten von Arbeitnehmern, Gläubigern oder Minderheitsgesellschafter ergeben, Sozialversicherungsbeiträge zu vermeiden oder Gewinne zu verlagern, um die Körperschaftsteuerschuld zu verringern, und die gleichzeitig keine wesentliche oder echte wirtschaftliche Tätigkeit im Zuzugsmitgliedstaat ausübt.*** |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>40</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 86c – Absatz 2 – Buchstabe a a (neu)</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
|  | ***aa) die Verletzung von Arbeitnehmerrechten wurde von einem Gericht oder einer zuständigen Behörde festgestellt und ist rechtlich nachgewiesen;*** |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>41</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 86c – Absatz 2 – Buchstabe b</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| ***b)*** ***die Gegenstand eines präventiven Restrukturierungsverfahrens sind, das wegen drohender Insolvenz eingeleitet wurde;*** | ***entfällt*** |

<TitreJust>Begründung</TitreJust>

Der allgemeine Ausschluss einer Umwandlung oder Spaltung von Gesellschaften, die Strukturierungsverfahren unterliegen, geht zu weit, denn die Umwandlung oder Spaltung als solche kann dem Zweck der Umstrukturierung / Vermeidung der Insolvenz dienen.

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>42</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 86c – Absatz 2 – Buchstabe c a (neu)</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
|  | ***ca) die Gesellschaft wurde in den letzten drei Jahren wegen Sozial- oder Steuerbetrug, Steuerhinterziehung oder Geldwäsche oder eines anderen Finanzverbrechens verurteilt;*** |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>43</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 86c – Absatz 2 – Buchstabe c b (neu)</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
|  | ***cb) gegen ein Mitglied des Leitungs- oder Verwaltungsorgans laufen Disziplinarverfahren im Zusammenhang mit seiner beruflichen Tätigkeit in der Gesellschaft, insbesondere wegen Steuervergehen, oder wurden diesbezügliche strafrechtliche Sanktionen oder ein Tätigkeitsverbot als Mitglied des Leitungs- oder Verwaltungsorgans in einem Mitgliedstaat verhängt, in dem die Gesellschaft geschäftlich tätig ist;*** |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>44</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 86c – Absatz 2 – Buchstabe e a (neu)</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
|  | ***ea)*** ***die Vertreter der Arbeitnehmer der Gesellschaft haben der Umwandlung auf der Grundlage des Berichts des Leitungsorgans nach Artikel 86f dieser Richtlinie nicht zugestimmt;*** |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>45</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 86c – Absatz 2 a (neu)</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
|  | ***(2a)*** ***Eine Gesellschaft, die Gegenstand eines präventiven Restrukturierungsverfahrens ist, das wegen drohender Insolvenz eingeleitet wurde, wird einer Prüfung durch die zuständigen Behörden des Mitgliedstaats unterzogen um festzustellen, ob ihre Umwandlung dem Zweck der Restrukturierung und Insolvenzvermeidung dient. Nach der Prüfung entscheiden die zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten unabhängig, ob die betreffende Gesellschaft die grenzüberschreitende Umwandlung vornehmen darf oder nicht.*** |

<TitreJust>Begründung</TitreJust>

Der allgemeine Ausschluss einer Umwandlung oder Spaltung von Gesellschaften, die Strukturierungsverfahren unterliegen, geht zu weit, denn die Umwandlung oder Spaltung als solche kann dem Zweck der Umstrukturierung / Vermeidung der Insolvenz dienen.

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>46</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 86c – Absatz 3</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| (3) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die zuständige Behörde des Wegzugsmitgliedstaats die grenzüberschreitende Umwandlung nicht genehmigt, wenn sie nach Prüfung des betreffenden Falls und unter Berücksichtigung aller relevanten Tatsachen und Umstände feststellt, dass es sich um eine künstliche Gestaltung ***mit dem Ziel handelt***, ***unrechtmäßige Steuervorteile zu erlangen oder die gesetzlichen oder vertraglichen Rechte der Arbeitnehmer***, ***Gläubiger oder Minderheitsgesellschafter unrechtmäßig zu beschneiden***. | (3) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die zuständige Behörde des Wegzugsmitgliedstaats die grenzüberschreitende Umwandlung nicht genehmigt, wenn sie nach Prüfung des betreffenden Falls und unter Berücksichtigung aller relevanten Tatsachen und Umstände feststellt, dass es sich um eine künstliche Gestaltung ***handelt. Die Gesellschaft, die die grenzübergreifende Umwandlung vornimmt, hat auf der Grundlage überprüfbarer objektiver Faktoren darzulegen, ob sie tatsächlich niedergelassen ist und eine wesentliche und echte wirtschaftliche Tätigkeit im Zuzugsmitgliedstaat ausübt.*** |
|  | ***Bei der Gesellschaft, die die grenzübergreifende Umwandlung vornimmt, wird davon ausgegangen, dass sie über eine tatsächliche Niederlassung verfügt und eine echte wirtschaftliche Tätigkeit im Zuzugsmitgliedstaats ausübt, wenn sie ihre Hauptverwaltung oder Hauptniederlassung in den Zugzugsmitgliedsstaat verlegt, durch ihre Geschäftstätigkeiten dort eine Wertschöpfung erfolgt und sie materiell mit Personal, Ausrüstung, Vermögenswerten und Räumlichkeiten ausgestattet sind.***  |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>47</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 86c – Absatz 4 a (neu)</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
|  | ***(4a)*** ***Die Wegzugsmitgliedstaaten können zum Zeitpunkt der Umwandlung einer Gesellschaft nicht realisierte Wertzuwächse besteuern. Die Gesellschaft kann dann zwischen einer sofortigen Zahlung des Steuerbetrags oder einer gestundeten Zahlung des Steuerbetrags zusammen mit Zinsen gemäß den anwendbaren nationalen Rechtsvorschriften wählen. Wenn sich die Gesellschaft für Letzteres entscheidet, kann der Wegzugsmitgliedstaat die Stellung einer Bankgarantie verlangen.*** |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>48</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 86d – Absatz 1 – Buchstabe b a (neu)</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
|  | ***ba) Gesamtumsatz und steuerbarer Gesamtumsatz;*** |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>49</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 86d – Absatz 1 – Buchstabe d a (neu)</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
|  | ***da) Informationen über die Verlegung der Hauptverwaltung oder der Hauptniederlassung;*** |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>50</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 86d – Absatz 1 – Buchstabe j a (neu)</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
|  | ***ja)*** ***den Namen des obersten Unternehmens und gegebenenfalls eine Liste aller seiner Tochterunternehmen, eine kurze Beschreibung der Art ihrer Tätigkeiten und ihre jeweiligen geographischen Standorte;*** |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>51</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 86d – Absatz 1 – Buchstabe j b (neu)</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
|  | ***jb) die Zahl der Beschäftigten in Vollzeitäquivalenten;*** |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>52</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 86d – Absatz 1 – Buchstabe j c (neu)</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
|  | ***jc) das Anlagevermögen mit Ausnahme der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente;*** |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>53</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 86d – Absatz 1 – Buchstabe j d (neu)</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
|  | ***jd) den Betrag der noch zu zahlenden Ertragsteuer (für das laufende Jahr), die den laufenden Steueraufwendungen für zu versteuernde Gewinne oder Verluste im betreffenden Geschäftsjahr von Unternehmen und Zweigniederlassungen mit Steuersitz im jeweiligen Steuergebiet entspricht;*** |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>54</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 86d – Absatz 1 – Buchstabe j e (neu)</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
|  | ***je) den Betrag der gezahlten Ertragsteuer, die dem Betrag der im betreffenden Geschäftsjahr von Unternehmen und Zweigniederlassungen mit Steuersitz im jeweiligen Steuergebiet entrichteten Ertragsteuern entspricht;*** |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>55</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 86d – Absatz 2 a (neu)</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
|  | ***(2a)*** ***Den Gesellschaftern, Arbeitnehmern und Gläubigern muss die Möglichkeit eingeräumt werden, zu diesem Plan Stellung zu nehmen. Die Stellungnahmen müssen in den Abschlussbericht aufgenommen werden.***  |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>56</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 86e – Überschrift</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| Bericht des Leitungs- oder des Verwaltungsorgans für die Gesellschafter | Bericht des Leitungs- oder des Verwaltungsorgans für die Gesellschafter ***und die Arbeitnehmer*** |

<TitreJust>Begründung</TitreJust>

Es wäre aus Aufwandsgesichtspunkten sinnvoller, die Berichte des Leitungs- oder des Verwaltungsorgans in einen Bericht zusammenzufassen, zumal beide Berichte in jedem Fall sowohl den Gesellschaftern, als auch den Arbeitnehmern zugänglich gemacht werden sollen.

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>57</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 86e – Absatz 1</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| (1) Das Leitungs- oder das Verwaltungsorgan der Gesellschaft, die die grenzüberschreitende Umwandlung vornimmt, erstellt einen Bericht, in dem die rechtlichen und wirtschaftlichen Aspekte der grenzüberschreitenden Umwandlung erläutert und begründet werden. | (1) Das Leitungs- oder das Verwaltungsorgan der Gesellschaft, die die grenzüberschreitende Umwandlung vornimmt, erstellt einen Bericht, in dem die rechtlichen und wirtschaftlichen Aspekte der grenzüberschreitenden Umwandlung erläutert und begründet werden ***sowie die Auswirkungen auf die Arbeitnehmer erläutert werden***. |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>58</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 86e – Absatz 2 – Buchstabe a</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| a) die Auswirkungen der grenzüberschreitenden Umwandlung auf die künftige Geschäftstätigkeit der Gesellschaft und auf die Geschäftsstrategie; | a) die ***Beweggründe für das Vorhaben und die*** Auswirkungen der grenzüberschreitenden Umwandlung auf die künftige Geschäftstätigkeit der Gesellschaft und auf die Geschäftsstrategie; |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>59</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 86e – Absatz 2 – Buchstabe c a (neu)</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
|  | ***ca)*** ***die Auswirkungen der grenzüberschreitenden Umwandlung auf die Sicherung der Arbeitsverhältnisse;*** |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>60</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 86e – Absatz 2 – Buchstabe c b (neu)</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
|  | ***cb)*** ***wesentliche Änderungen bei den Beschäftigungsbedingungen, einschließlich Arbeitsverhältnisse und Tarifverträge, und bei den Standorten der Niederlassungen der Gesellschaft;*** |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>61</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 86e – Absatz 2 – Buchstabe c c (neu)</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
|  | ***cc)*** ***ob sich die unter den Buchstaben a, ca und cb genannten Faktoren auch auf Tochtergesellschaften oder Niederlassungen der Gesellschaft beziehen.*** |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>62</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 86e – Absatz 2 a (neu)</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
|  | ***(2a)*** ***Dem in Absatz 1 dieses Artikels genannten Bericht wird eine Erklärung des Leitungs- oder Verwaltungsorgans der Gesellschaft über die Niederlassungen nach der grenzüberschreitenden Umwandlung beigefügt, einschließlich Angaben zu der teilweisen oder vollständigen Weiterführung der Geschäftstätigkeit im Wegzugsmitgliedstaat und – unter entsprechenden Bedingungen – der Angabe, ob die Geschäftstätigkeit nur im Wegzugsmitgliedstaat fortgeführt wird.*** |

<TitreJust>Begründung</TitreJust>

Die zusätzliche Erklärung wird die zutreffende Bewertung durch die zuständigen Behörden erleichtern, um künstliche Gestaltungen zu verhindern, die geschaffen werden, um ungerechtfertigte Steuervorteile zu erlangen oder die Rechte von Arbeitnehmern, Gläubigern oder Minderheitsgesellschaftern zu verletzen. Sie steht im Einklang mit der Erhebung von Steuern auf Wertsteigerungen im Fall der Übertragung von Vermögenswerten, des Steuersitzes oder der Betriebsstätte entsprechend der Richtlinie (EU) 2016/1164 des Rates vom 12. Juli 2016 und unterstützt sie.

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>63</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 86e – Absatz 3</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| (3) Der Bericht nach Absatz 1 wird den Gesellschaftern spätestens zwei Monate vor dem Tag der Gesellschafterversammlung nach Artikel 86i mindestens in elektronischer Form zugänglich gemacht. ***Dieser Bericht wird in ähnlicher Weise auch den Vertretern der Arbeitnehmer der Gesellschaft, die die grenzüberschreitende Umwandlung vornimmt, oder – wenn es solche Vertreter nicht gibt – den Arbeitnehmern selbst zugänglich gemacht.*** | (3) Der Bericht nach Absatz 1 wird den Gesellschaftern***, den Gewerkschaften und den Vertretern der Arbeitnehmer der Gesellschaft, oder – wenn es solche Vertreter nicht gibt – den Arbeitnehmern selbst*** spätestens zwei Monate vor dem Tag der Gesellschafterversammlung nach Artikel 86i mindestens in elektronischer Form zugänglich gemacht. |

<TitreJust>Begründung</TitreJust>

Die vorgeschlagene Frist weicht von der entsprechenden Bestimmung für grenzüberschreitende Verschmelzungen ab. Die Fristen für alle Umstrukturierungsmaßnahmen sollten harmonisiert werden.

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>64</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 86e – Absatz 3 a (neu)</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
|  | ***(3a)*** ***Erhält das Leitungs- oder das Verwaltungsorgan der Gesellschaft, die die grenzüberschreitende Umwandlung vornimmt, nach Maßgabe des nationalen Rechts rechtzeitig eine Stellungnahme der Vertreter ihrer Arbeitnehmer oder – wenn es solche Vertreter nicht gibt – der Arbeitnehmer selbst, so werden die Gesellschafter hiervon in Kenntnis gesetzt und wird diese Stellungnahme dem Bericht als Anlage beigefügt.*** |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>65</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 86e – Absatz 4</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| ***(4) Dieser Bericht ist jedoch nicht erforderlich, wenn alle Gesellschafter der Gesellschaft, die die grenzüberschreitende Umwandlung vornimmt, einvernehmlich darauf verzichtet haben.*** | ***entfällt*** |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>66</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 86e – Absatz 4 a (neu)</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
|  | ***(4a)*** ***Haben jedoch die Gesellschaft, die die grenzüberschreitende Umwandlung vornimmt, und gegebenenfalls ihre Tochtergesellschaften keine anderen Arbeitnehmer als diejenigen, die dem Leitungs- oder dem Verwaltungsorgan angehören, so kann sich der Bericht auf die in Absatz 2 Buchstaben a, b und c genannten Faktoren beschränken.*** |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>67</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 86e – Absatz 4 b (neu)</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
|  | ***(4b)*** ***Dieser Artikel lässt die anwendbaren Unterrichtungs- und Anhörungsrechte und -verfahren unberührt, die nach Umsetzung der Richtlinie 2002/14/EG oder 2009/38/EG auf nationaler Ebene eingeführt wurden.*** |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>68</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 86f</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| ***Artikel 86f*** | ***entfällt*** |
| ***(1) Das Leitungs- oder das Verwaltungsorgan der Gesellschaft, die die grenzüberschreitende Umwandlung vornimmt, erstellt einen Bericht, in dem die Auswirkungen der grenzüberschreitenden Umwandlung auf die Arbeitnehmer erläutert werden.***  |  |
| ***(2) In dem Bericht nach Absatz 1 ist insbesondere Folgendes zu erläutern:*** |  |
| ***a) die Auswirkungen der grenzüberschreitenden Umwandlung auf die künftige Geschäftstätigkeit der Gesellschaft und auf die Geschäftsstrategie;*** |  |
| ***b) die Auswirkungen der grenzüberschreitenden Umwandlung auf die Sicherung der Arbeitsverhältnisse;*** |  |
| ***c) wesentliche Änderungen in den Beschäftigungsbedingungen und bei den Standorten der Niederlassungen der Gesellschaft;*** |  |
| ***d) ob sich die unter den Buchstaben a, b und c genannten Faktoren auch auf Tochtergesellschaften der Gesellschaft beziehen.*** |  |
| ***(3) Der Bericht nach Absatz 1 wird den Vertretern der Arbeitnehmer der Gesellschaft, die die grenzüberschreitende Umwandlung vornimmt, oder – wenn es solche Vertreter nicht gibt – den Arbeitnehmern selbst spätestens zwei Monate vor dem Tag der Gesellschafterversammlung nach Artikel 86i mindestens in elektronischer Form zugänglich gemacht. Dieser Bericht wird in ähnlicher Weise auch den Gesellschaftern der Gesellschaft, die die grenzüberschreitende Umwandlung vornimmt, zugänglich gemacht.*** |  |
| ***(4) Erhält das Leitungs- oder das Verwaltungsorgan der Gesellschaft, die die grenzüberschreitende Umwandlung vornimmt, nach Maßgabe des nationalen Rechts rechtzeitig eine Stellungnahme der Vertreter ihrer Arbeitnehmer oder – wenn es solche Vertreter nicht gibt – der Arbeitnehmer selbst, so werden die Gesellschafter hiervon in Kenntnis gesetzt und wird diese Stellungnahme dem Bericht als Anlage beigefügt.*** |  |
| ***(5) Haben jedoch die Gesellschaft, die die grenzüberschreitende Umwandlung vornimmt, und gegebenenfalls ihre Tochtergesellschaften keine anderen Arbeitnehmer als diejenigen, die dem Leitungs- oder dem Verwaltungsorgan angehören, so ist ein Bericht nach Absatz 1 nicht erforderlich.*** |  |
| ***(6) Die Absätze 1 bis 6 lassen die anwendbaren Unterrichtungs- und Anhörungsrechte und -verfahren unberührt, die nach Umsetzung der Richtlinie 2002/14/EG oder 2009/38/EG auf nationaler Ebene eingeführt wurden.*** |  |

<TitreJust>Begründung</TitreJust>

Streichung, da Artikel 86f in Artikel 86e integriert.

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>69</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 86g – Überschrift</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| Prüfung durch ***einen unabhängigen Sachverständigen*** | Prüfung durch ***die zuständige Behörde*** |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>70</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 86g – Absatz 1 – Unterabsatz 1</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| (1) Mit der Maßgabe des Absatzes 6 stellen die Mitgliedstaaten sicher, dass die Gesellschaft, die die grenzüberschreitende Umwandlung vornimmt, spätestens zwei Monate vor dem Tag der Gesellschafterversammlung nach Artikel 86i bei der nach Artikel 86m Absatz 1 benannten zuständigen Behörde beantragt, ***einen Sachverständigen zu bestellen, der*** den Plan für die grenzüberschreitende Umwandlung und die Berichte nach ***den Artikeln*** 86e ***und 86f prüft und*** bewertet. | (1) Mit der Maßgabe des Absatzes 6 stellen die Mitgliedstaaten sicher, dass die Gesellschaft, die die grenzüberschreitende Umwandlung vornimmt, spätestens zwei Monate vor dem Tag der Gesellschafterversammlung nach Artikel 86i bei der nach Artikel 86m Absatz 1 benannten zuständigen Behörde beantragt, ***dass die zuständige Behörde*** den Plan für die grenzüberschreitende Umwandlung und die Berichte nach ***Artikel*** 86e bewertet. |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>71</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 86g – Absatz 1 – Unterabsatz 2 – Einleitung</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| Dem Antrag ***auf Bestellung eines Sachverständigen*** ist Folgendes beizufügen: | Dem Antrag ***an die zuständige Behörde*** ist Folgendes beizufügen: |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>72</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 86g – Absatz 1 – Unterabsatz 2 – Buchstabe b</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| b) ***die Berichte*** nach ***den Artikeln*** 86e ***und 86f***. | b) ***der Bericht*** nach ***Artikel*** 86e. |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>73</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 86g – Absatz 2</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| (2) Die zuständige Behörde ***bestellt innerhalb von fünf Arbeitstagen nach*** Eingang des Antrags nach Absatz 1 ***sowie*** des Plansund ***der Berichte einen unabhängigen Sachverständigen.*** ***Der Sachverständige, der von der Gesellschaft, die die grenzüberschreitende Umwandlung vornimmt, unabhängig sein muss, kann je nach dem Recht des Wegzugsmitgliedstaats eine natürliche oder eine juristische Person sein. Bei der Prüfung der Unabhängigkeit des Sachverständigen berücksichtigen die Mitgliedstaaten den in den Artikeln 22 und 22b der Richtlinie 2006/43/EG festgelegten Rahmen.*** | (2) Die zuständige Behörde ***beginnt mit der Bearbeitung*** des Antrags nach Absatz 1 ***innerhalb*** ***von*** ***zehn Arbeitstagen*** nach Eingang des Plans und ***des*** ***Berichts***. |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>74</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 86g – Absatz 3 – Einleitung</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| (3) ***Der Sachverständige*** erstellt einen schriftlichen Bericht, der mindestens Folgendes enthält: | (3) ***Nach Anhörung von Dritten, die ein begründetes Interesse an der Umwandlung der Gesellschaft haben,*** erstellt ***die zuständige Behörde*** einen schriftlichen Bericht, der mindestens Folgendes enthält: |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>75</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 86g – Absatz 3 – Buchstabe a</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| a) eine ausführliche Prüfung der Richtigkeit der Berichte und der Informationen, die von der Gesellschaft, die die grenzüberschreitende Umwandlung vornimmt, übermittelt wurden; | a) eine ausführliche Prüfung der ***formellen und materiellen*** Richtigkeit der Berichte und der Informationen, die von der Gesellschaft, die die grenzüberschreitende Umwandlung vornimmt, übermittelt wurden; |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>76</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 86g – Absatz 3 – Buchstabe b</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| b) eine Beschreibung aller Sachverhaltselemente, die ***die*** nach Artikel 86m Absatz 1 ***benannte zuständige Behörde benötigt***, um nach Artikel 86n eine eingehende Prüfung vornehmen zu können, um festzustellen, ob es sich bei der geplanten grenzüberschreitenden Umwandlung um eine künstliche Gestaltung handelt, darunter mindestens Folgendes: die Merkmale der Niederlassung im Zuzugsmitgliedstaat, insbesondere den Zweck, die Branche, die Investition, den Nettoumsatz und den Gewinn oder Verlust, die Zahl der Arbeitnehmer, die Gliederung der Bilanz, den Steuersitz, die Vermögenswerte und ihre Belegenheit, den gewöhnlichen Arbeitsort der Arbeitnehmer und besonderer Arbeitnehmergruppen, den Ort, an dem die Sozialabgaben zu entrichten sind, sowie die Geschäftsrisiken, die die umgewandelte Gesellschaft im Zuzugsmitgliedstaat und im Wegzugsmitgliedstaat trägt. | b) eine Beschreibung aller Sachverhaltselemente, die nach Artikel 86m Absatz 1 ***benannt sind***, um nach Artikel 86n eine eingehende Prüfung vornehmen zu können, um festzustellen, ob es sich bei der geplanten grenzüberschreitenden Umwandlung um eine künstliche Gestaltung handelt, darunter mindestens Folgendes: die Merkmale der Niederlassung im Zuzugsmitgliedstaat, insbesondere den Zweck, die Branche, die Investition, den Nettoumsatz und den Gewinn oder Verlust, die Zahl der Arbeitnehmer, die Gliederung der Bilanz, den Steuersitz, die Vermögenswerte und ihre Belegenheit, den gewöhnlichen Arbeitsort der Arbeitnehmer und besonderer Arbeitnehmergruppen, den Ort, an dem die Sozialabgaben zu entrichten sind, ***die Auswirkungen auf die Betriebsrenten der Arbeitnehmer*** sowie die Geschäftsrisiken, die die umgewandelte Gesellschaft im Zuzugsmitgliedstaat und im Wegzugsmitgliedstaat trägt. |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>77</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 86g – Absatz 4</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| (4) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass ***der unabhängige Sachverständige befugt ist,*** von der Gesellschaft, die die grenzüberschreitende Umwandlung vornimmt, alle zweckdienlichen Auskünfte und Unterlagen ***zu erhalten*** und alle Nachprüfungen ***vorzunehmen***, die erforderlich sind, um alle Angaben im Plan oder in ***den Berichten*** zu überprüfen. ***Der*** ***Sachverständige muss auch*** befugt sein, Bemerkungen und Stellungnahmen der Vertreter der Arbeitnehmer der Gesellschaft oder – wenn es solche Vertreter nicht gibt – der Arbeitnehmer selbst und auch der Gläubiger und der Gesellschafter der Gesellschaft entgegenzunehmen. | (4) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass ***die zuständige Behörde*** von der Gesellschaft, die die grenzüberschreitende Umwandlung vornimmt, alle zweckdienlichen Auskünfte und Unterlagen ***erhält*** und alle Nachprüfungen ***vornimmt***, die erforderlich sind, um alle Angaben im Plan oder in ***dem Bericht*** zu überprüfen. ***Die zuständige Behörde muss außerdem in der*** ***Lage sein, erforderlichenfalls der zuständigen Behörde des Zuzugsmitgliedstaats Fragen zu stellen, sowie*** befugt sein, Bemerkungen und Stellungnahmen ***der Gewerkschaften,*** der Vertreter der Arbeitnehmer der Gesellschaft oder – wenn es solche Vertreter nicht gibt – der Arbeitnehmer selbst und auch der Gläubiger und der Gesellschafter der Gesellschaft entgegenzunehmen. ***Diese sind dem Bericht als Anlage beizufügen.*** |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>78</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 86g – Absatz 5</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| (5) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die ***dem unabhängigen Sachverständigen*** übermittelten Informationen nur für die Erstellung ***seines*** Berichts verwendet und vertrauliche Informationen, insbesondere Geschäftsgeheimnisse, nicht offengelegt werden dürfen. ***Falls angezeigt, kann der Sachverständige der nach Artikel 86m Absatz 1 benannten zuständigen Behörde ein gesondertes Schriftstück mit solchen vertraulichen Informationen vorlegen; dieses gesonderte Schriftstück wird nur der Gesellschaft, die die grenzüberschreitende Umwandlung vornimmt, zugänglich gemacht, nicht aber Dritten offengelegt.*** | (5) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die ***der zuständigen Behörde*** übermittelten Informationen ***und Stellungnahmen*** nur für die Erstellung ***ihres*** Berichts verwendet und vertrauliche Informationen, insbesondere Geschäftsgeheimnisse, nicht offengelegt werden dürfen. |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>79</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 86h – Absatz 1 – Unterabsatz 1 – Buchstabe b</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| b) ***gegebenenfalls*** den Bericht ***des unabhängigen Sachverständigen*** nach Artikel 86g; | b) den Bericht ***der zuständigen Behörde des Wegzugsmitgliedstaats*** nach Artikel 86g; |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>80</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 86h – Absatz 1 – Unterabsatz 1 – Buchstabe c</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| c) eine Bekanntmachung, in der den Gesellschaftern, Gläubigern und Arbeitnehmern der Gesellschaft, die die grenzüberschreitende Umwandlung vornimmt, mitgeteilt wird, dass sie der Gesellschaft und der nach Artikel 86m Absatz 1 benannten zuständigen Behörde vor dem Tag der Gesellschafterversammlung Bemerkungen zu den Unterlagen nach den Buchstaben a und b übermitteln können. | c) eine Bekanntmachung, in der den Gesellschaftern, Gläubigern***, Gewerkschaften*** und Arbeitnehmern der Gesellschaft, die die grenzüberschreitende Umwandlung vornimmt, mitgeteilt wird, dass sie der Gesellschaft und der nach Artikel 86m Absatz 1 benannten zuständigen Behörde vor dem Tag der Gesellschafterversammlung Bemerkungen zu den Unterlagen nach den Buchstaben a und b übermitteln können. |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>81</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 86h – Absatz 3 – Buchstabe d a (neu)</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
|  | ***da)*** ***Angaben zu ihren tatsächlichen wirtschaftlichen Eigentümern vor und nach der grenzüberschreitenden Umwandlung.*** |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>82</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 86h – Absatz 4 – Unterabsatz 1</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| (4) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die Pflichten nach den Absätzen1 und 3 vollständig online erfüllt werden können, ohne dass es notwendig ist, persönlich vor einer zuständigen Behörde im Wegzugsmitgliedstaat zu erscheinen. | (4) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die Pflichten nach den Absätzen 1 und 3 vollständig online erfüllt werden können, ohne dass es notwendig ist, persönlich vor einer zuständigen Behörde ***oder einer sonstigen mit der Bearbeitung der Anträge auf Eintragung betrauten Person oder Stelle*** im Wegzugsmitgliedstaat zu erscheinen. |

<TitreJust>Begründung</TitreJust>

Mit dieser Änderung soll Kohärenz zum Richtlinienvorschlag (COM (2018) 239 final) betreffend den Einsatz digitaler Werkzeuge und Verfahren im Gesellschaftsrechts geschaffen werden.

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>83</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 86h – Absatz 4 – Unterabsatz 2</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| Die Mitgliedstaaten können jedoch ein persönliches Erscheinen vor ***der*** zuständigen Behörde vorschreiben, ***wenn ein konkreter, begründeter Verdacht auf Betrug besteht***. | Die Mitgliedstaaten können jedoch ***in begründeten Ausnahmefällen bei zwingenden Gründen des Allgemeininteresses*** ein persönliches Erscheinen vor ***jeder*** zuständigen Behörde ***oder anderen Person oder Stelle*** vorschreiben, ***die mit der Online-Offenlegung sowie mit deren Ausführung oder Unterstützung zu tun hat***.  |

<TitreJust>Begründung</TitreJust>

Der Begriff „Verdacht auf Betrug“ hat in den einzelnen Mitgliedstaaten unterschiedliche Bedeutung. Darüber hinaus ist es fraglich, ob die vorgeschlagene Formulierung alle angedachten Situationen erfasst.

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>84</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 86h – Absatz 4 – Unterabsatz 2 a (neu)</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
|  | ***Die Mitgliedstaaten legen detaillierte Regelungen für die Online-Offenlegung von Dokumenten und Informationen gemäß den Absätzen 1 und 3 fest. Artikel 13f Absätze 3 und 4 gelten sinngemäß.*** |

<TitreJust>Begründung</TitreJust>

Es ist fraglich, ob der vorgeschlagene Artikel alle angedachten Situationen erfasst. Darüber hinaus ist es fraglich, ob die vorgeschlagene Formulierung alle angedachten Situationen erfasst.

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>85</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 86h – Absatz 6 a (neu)</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
|  | ***(6a)*** ***Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass vertrauliche Informationen, insbesondere Geschäftsgeheimnisse, nicht anderen als den Arbeitnehmervertretern gegenüber, soweit dies nach nationalem Recht vorgesehen ist, offengelegt werden.*** |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>86</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 86i – Überschrift</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| Zustimmung der Gesellschafterversammlung | Zustimmung der Gesellschafterversammlung und der Vollversammlung der Arbeitnehmer |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>87</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 86i – Absatz 1</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| (1) Nachdem die Gesellschafterversammlung der Gesellschaft, die die grenzüberschreitende Umwandlung vornimmt, gegebenenfalls die Berichte nach den Artikeln 86e***, 86f*** und 86g zur Kenntnis genommen ***hat***, ***beschließt*** sie in Form einer Entschließung, ob sie dem Plan für die grenzüberschreitende Umwandlung ***zustimmt***. Die Gesellschaft unterrichtet die nach Artikel 86m Absatz 1 benannte zuständige Behörde über den Beschluss der Gesellschafterversammlung. | (1) Nachdem die Gesellschafterversammlung ***und die Vollversammlung der Arbeitnehmer*** der Gesellschaft, die die grenzüberschreitende Umwandlung vornimmt, gegebenenfalls die Berichte nach den Artikeln 86e und 86g zur Kenntnis genommen ***haben***, ***beschließen*** sie in Form einer Entschließung, ob sie dem Plan für die grenzüberschreitende Umwandlung ***zustimmen***. Die Gesellschaft unterrichtet die nach Artikel 86m Absatz 1 benannte zuständige Behörde über den Beschluss der Gesellschafterversammlung ***und der Vollversammlung der Arbeitnehmer***. |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>88</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 86i – Absatz 2</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| (2) Die Gesellschafterversammlung der Gesellschaft, die die Umwandlung vornimmt, ***kann*** sich das Recht vorbehalten, die Umsetzung der grenzüberschreitenden Umwandlung davon abhängig zu machen, dass die Regelungen nach Artikel 86l ausdrücklich von ***ihr*** bestätigt werden. | (2) Die Gesellschafterversammlung ***und die Vollversammlung der Arbeitnehmer*** der Gesellschaft, die die Umwandlung vornimmt, ***können*** sich das Recht vorbehalten, die Umsetzung der grenzüberschreitenden Umwandlung davon abhängig zu machen, dass die Regelungen nach Artikel 86l ausdrücklich von ***ihnen*** bestätigt werden. |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>89</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 86j – Absatz 1 – Einleitung</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| (1) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die ***folgenden*** Gesellschafter ***einer Gesellschaft***, die eine grenzüberschreitende Umwandlung ***vornimmt***, berechtigt sind, ihre Anteile unter den Voraussetzungen der Absätze 2 bis 6 zu veräußern: | (1) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die Gesellschafter, die eine grenzüberschreitende Umwandlung ***ablehnen***, berechtigt sind, ihre Anteile unter den Voraussetzungen der Absätze 2 bis 6 zu veräußern: |

<TitreJust>Begründung</TitreJust>

Es ist angemessener die Anspruchsberechtigung, wie auch schon in Artikel 86e Absatz 2 Buchstabe c vorgesehen, auf die Gesellschafter zu beschränken, die dem Umwandlungsbeschluss ausdrücklich widersprochen haben.

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>90</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 86j – Absatz 5</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| (5) Die Mitgliedstaaten sehen vor, dass Gesellschafter, die das Angebot einer Barabfindung nach Absatz 3 angenommen haben***, aber*** der Auffassung sind, dass die Abfindung nicht angemessen ist, berechtigt sind, innerhalb eines Monats nach Annahme des Angebots bei einem nationalen Gericht eine Neuberechnung der angebotenen Barabfindung zu beantragen. | (5) Die Mitgliedstaaten sehen vor, dass Gesellschafter, die das Angebot einer Barabfindung nach Absatz 3 ***nicht*** angenommen haben ***und*** der Auffassung sind, dass die Abfindung nicht angemessen ist, berechtigt sind, innerhalb eines Monats nach ***der Frist für die*** Annahme des Angebots bei einem nationalen Gericht eine Neuberechnung der angebotenen Barabfindung zu beantragen. |

<TitreJust>Begründung</TitreJust>

Es wäre sinnvoller, eine einheitliche Frist für alle Gesellschafter vorzusehen. Außerdem ist fraglich, weshalb ein Gesellschafter, der das Barabfindungsangebot angenommen hat, eine gerichtliche Überprüfung beantragen kann, obwohl dieser Gesellschafter nach Annahme des Angebots aus der Gesellschaft ausscheidet.

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>91</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 86k – Absatz 1</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| (1) Die ***Mitgliedstaaten können vorschreiben, dass das*** Leitungs- oder ***das Verwaltungsorgan*** der Gesellschaft, die die grenzüberschreitende Umwandlung vornimmt, in den Plan für die grenzüberschreitende Umwandlung nach Artikel 86d eine Erklärung ***aufnimmt***, die die finanzielle Lage der Gesellschaft genau wiedergibt. Inhalt der Erklärung muss sein, dass aus Sicht des Leitungs- oder des Verwaltungsorgans der Gesellschaft nach Einziehung angemessener Erkundigungen auf der Grundlage der ihm zum Zeitpunkt der Erklärung zur Verfügung stehenden Informationen kein Grund zu der Annahme besteht, dass die Gesellschaft nach Wirksamwerden der Umwandlung nicht in der Lage sein könnte, ihre Verbindlichkeiten bei Fälligkeit zu erfüllen. Die Erklärung darf frühestens einen Monat vor Offenlegung des Plans für die grenzüberschreitende Umwandlung nach Artikel 86h abgegeben werden. | (1) Die Leitungs- oder ***Verwaltungsorgane*** der Gesellschaft, die die grenzüberschreitende Umwandlung vornimmt, ***nehmen*** in den Plan für die grenzüberschreitende Umwandlung nach Artikel 86d eine Erklärung ***auf***, die die finanzielle Lage der Gesellschaft genau wiedergibt. Inhalt der Erklärung muss sein, dass aus Sicht des Leitungs- oder des Verwaltungsorgans der Gesellschaft nach Einziehung angemessener Erkundigungen auf der Grundlage der ihm zum Zeitpunkt der Erklärung zur Verfügung stehenden Informationen kein Grund zu der Annahme besteht, dass die Gesellschaft nach Wirksamwerden der Umwandlung nicht in der Lage sein könnte, ihre Verbindlichkeiten bei Fälligkeit zu erfüllen. Die Erklärung darf frühestens einen Monat vor Offenlegung des Plans für die grenzüberschreitende Umwandlung nach Artikel 86h abgegeben werden. |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>92</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 86k – Absatz 2</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| (2) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass Gläubiger***, die den im Plan für die grenzüberschreitende Umwandlung nach Artikel 86d Buchstabe f vorgesehenen Schutz ihrer Interessen für nicht zufriedenstellend erachten,*** innerhalb eines Monats nach der in Artikel 86h genannten Offenlegung bei der zuständigen Verwaltungs- oder Justizbehörde angemessene Sicherheiten beantragen können. | (2) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass Gläubiger innerhalb eines Monats nach der in Artikel 86h genannten Offenlegung bei der zuständigen Verwaltungs- oder Justizbehörde angemessene Sicherheiten beantragen können***, wenn diese trotz des vorgesehenen Schutzes ihrer Interessen nach Artikel 86d Buchstabe f erachten, dass ihnen ein Nachteil entsteht***. |

<TitreJust>Begründung</TitreJust>

Der Begriff „zufriedenstellend erachten“ lässt Raum für subjektive Beurteilung der Gläubiger. Sinnvoller wäre hier der Begriff „Nachteil“.

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>93</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 86k – Absatz 3 – Buchstabe a</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| a) wenn die Gesellschaft zusammen mit dem Plan für die grenzüberschreitende Umwandlung den Bericht eines unabhängigen Sachverständigen offenlegt, der zu dem Ergebnis gelangt, dass nach vernünftigem Ermessen eine übermäßige Beeinträchtigung der Rechte der Gläubiger nicht zu erwarten ist. Der unabhängige Sachverständige muss von der zuständigen Behörde bestellt oder genehmigt werden und ***die Anforderungen des Artikels 86g Absatz 2 erfüllen;*** | a) wenn die Gesellschaft zusammen mit dem Plan für die grenzüberschreitende Umwandlung den Bericht eines unabhängigen Sachverständigen offenlegt, der zu dem Ergebnis gelangt, dass nach vernünftigem Ermessen eine übermäßige Beeinträchtigung der Rechte der Gläubiger nicht zu erwarten ist. Der unabhängige Sachverständige muss von der zuständigen Behörde bestellt oder genehmigt werden und ***muss von der Gesellschaft, die die grenzüberschreitende Umwandlung vornimmt, unabhängig sein, es darf kein Interessenkonflikt bestehen, und er kann je nach dem Recht des Wegzugsmitgliedstaats eine natürliche oder eine juristische Person sein.*** |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>94</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 86l – Absatz 4 – Buchstabe a</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| a) Sie gestatten dem besonderen Verhandlungsgremium, mit der Mehrheit von zwei Dritteln seiner mindestens zwei Drittel der Arbeitnehmer vertretenden Mitglieder zu beschließen, dass keine Verhandlungen eröffnet oder bereits eröffnete Verhandlungen beendet werden und die Mitbestimmungsregelung angewendet wird, die im Wegzugsmitgliedstaat gilt. | *(Betrifft nicht die deutsche Fassung.)* |

<TitreJust>Begründung</TitreJust>

In der englischen Fassung richtigerweise „destination Member States“.

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>95</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 86m – Absatz 1</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| (1) Die Mitgliedstaaten benennen ***die Behörde***, ***die*** ***dafür zuständig ist***, die Rechtmäßigkeit der grenzüberschreitenden Umwandlung für die Verfahrensabschnitte, für die das Recht des Wegzugsmitgliedstaats maßgebend ist, ***zu prüfen*** und eine Vorabbescheinigung ***auszustellen***, aus der hervorgeht, dass alle einschlägigen Voraussetzungen erfüllt und alle Verfahren und Formalitäten im Wegzugsmitgliedstaat ordnungsgemäß erledigt sind. | (1) Die Mitgliedstaaten benennen ***das Gericht***, ***den Notar oder eine*** ***sonstige zuständige Behörde***,die die Rechtmäßigkeit der grenzüberschreitenden Umwandlung für die Verfahrensabschnitte, für die das Recht des Wegzugsmitgliedstaats maßgebend ist, ***prüft*** und eine Vorabbescheinigung ***ausstellt***, aus der hervorgeht, dass alle einschlägigen Voraussetzungen erfüllt und alle Verfahren und Formalitäten im Wegzugsmitgliedstaat ordnungsgemäß erledigt sind. |

<TitreJust>Begründung</TitreJust>

Kohärenz zu Richtlinie (EU) 2017/1132 zur grenzüberschreitenden Verschmelzung, insb. Artikel 127 Absatz 1.

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>96</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 86m – Absatz 2 – Unterabsatz 1 – Buchstabe b</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| b) ***gegebenenfalls*** die Berichte nach den Artikeln 86e***, 86f*** und 86g; | b) die Berichte nach den Artikeln 86e und 86g; |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>97</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 86m – Absatz 2 – Unterabsatz 2</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| Wurden der Plan und die Berichte nach Artikel 86***g*** vorgelegt, so müssen sie der zuständigen Behörde nicht noch einmal vorgelegt werden. | Wurden der Plan und die Berichte nach Artikel 86***h*** vorgelegt, so müssen sie der zuständigen Behörde nicht noch einmal vorgelegt werden. |

<TitreJust>Begründung</TitreJust>

Es ist sachgerechter, Artikel 86h zu erwähnen.

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>98</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 86m – Absatz 3 – Unterabsatz 1</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| (3) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass der Antrag nach Absatz 2 einschließlich Informationen und Unterlagen vollständig online eingereicht werden kann, ohne dass es notwendig ist, persönlich vor der zuständigen Behörde ***nach Absatz 1*** zu erscheinen. | (3) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass der Antrag nach Absatz 2 einschließlich Informationen und Unterlagen vollständig online eingereicht werden kann, ohne dass es notwendig ist, persönlich vor der zuständigen Behörde ***oder einer sonstigen mit der Bearbeitung der Anträge auf Eintragung betrauten Person oder Stelle*** zu erscheinen. |

<TitreJust>Begründung</TitreJust>

Mit dieser Änderung soll Kohärenz zum Richtlinienvorschlag (COM (2018) 239 final) betreffend den Einsatz digitaler Werkzeuge und Verfahren im Gesellschaftsrechts geschaffen werden.

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>99</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 86m – Absatz 3 – Unterabsatz 2</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| ***Im Falle eines konkreten, begründeten Verdachts auf Betrug können*** die Mitgliedstaaten jedoch ein persönliches Erscheinen vor ***einer*** zuständigen Behörde vorschreiben, der die betreffenden Informationen und Unterlagen zu übermitteln sind. | Die Mitgliedstaaten ***können*** jedoch ***in begründeten Ausnahmefällen bei zwingenden Gründen des Allgemeininteresses*** ein persönliches Erscheinen vor ***jeder*** zuständigen Behörde ***oder anderen Person oder Stelle*** vorschreiben, ***die mit der Online-Offenlegung sowie mit deren Ausführung oder Unterstützung zu tun hat,*** der die betreffenden Informationen und Unterlagen zu übermitteln sind. ***Die Mitgliedstaaten legen detaillierte Regelungen für die Online-Offenlegung von Dokumenten und Informationen gemäß den Absätzen 1 und 3 fest. Artikel 13f Absätze 3 und 4 gelten entsprechend.*** |

<TitreJust>Begründung</TitreJust>

Der Begriff „Verdacht auf Betrug“ hat in den einzelnen Mitgliedstaaten unterschiedliche Bedeutung. Es fraglich, ob der vorgeschlagene Artikel alle angedachten Situationen erfasst.

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>100</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 86m – Absatz 4</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| (4) In Bezug auf die Einhaltung der Regelung für die Arbeitnehmermitbestimmung in Artikel 86l prüft der Wegzugsmitgliedstaat, ob der in Absatz 2 genannte Plan für die grenzüberschreitende Umwandlung Angaben zu den Verfahren, nach denen die einschlägigen Regelungen getroffen werden, und zu den Optionen für diese Regelungen ***enthält***. | (4) In Bezug auf die Einhaltung der Regelung für die Arbeitnehmermitbestimmung in Artikel 86l prüft der Wegzugsmitgliedstaat, ob der in Absatz 2 genannte Plan ***und die dort genannten Berichte*** für die grenzüberschreitende Umwandlung Angaben zu den Verfahren, nach denen die einschlägigen Regelungen getroffen werden, und zu den Optionen für diese Regelungen ***enthalten***. |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>101</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 86m – Absatz 6</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| (6) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die nach Absatz 1 benannten zuständigen Behörden andere Behörden mit Zuständigkeiten in den von der grenzüberschreitenden Umwandlung betroffenen Bereichen konsultieren können. | (6) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die nach Absatz 1 benannten zuständigen Behörden andere Behörden ***sowohl in dem Wegzugsmitgliedstaat als auch in dem Zuzugsmitgliedstaat*** mit Zuständigkeiten in den von der grenzüberschreitenden Umwandlung betroffenen Bereichen konsultieren können. |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>102</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 86m – Absatz 7 – Einleitung</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| (7) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die zuständige Behörde die Prüfung innerhalb ***eines Monats*** nach dem Tag des Eingangs der Informationen über die Zustimmung der Gesellschafterversammlung der Gesellschaft zu der Umwandlung vornimmt. Die Prüfung muss, je nach Fall, zu folgendem Ergebnis führen: | (7) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die zuständige Behörde die Prüfung innerhalb ***von zwei Monaten*** nach dem Tag des Eingangs der Informationen über die Zustimmung der Gesellschafterversammlung der Gesellschaft zu der Umwandlung vornimmt. Die Prüfung muss, je nach Fall, zu folgendem Ergebnis führen: |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>103</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 86m – Absatz 7 – Buchstabe c</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| c) Hat die zuständige Behörde ernste Bedenken, dass es sich bei der grenzüberschreitenden Umwandlung um eine künstliche Gestaltung ***nach Artikel 86c Absatz 3*** handelt, ***so kann*** sie ***beschließen***, eine eingehende Prüfung nach Artikel 86n vorzunehmen; sie unterrichtet die Gesellschaft über ihren Beschluss zur Vornahme einer solchen Prüfung und über deren Ergebnis. | c) Hat die zuständige Behörde ernste Bedenken, dass es sich bei der grenzüberschreitenden Umwandlung um eine künstliche Gestaltung handelt, ***beschließt*** sie, eine eingehende Prüfung nach Artikel 86n vorzunehmen; sie unterrichtet die Gesellschaft über ihren Beschluss zur Vornahme einer solchen Prüfung und über deren Ergebnis. |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>104</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 86n – Absatz 1 – Unterabsatz 1</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| (1) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die zuständige Behörde des Wegzugsmitgliedstaats zur Feststellung, ob es sich bei der grenzüberschreitenden Umwandlung um eine künstliche Gestaltung ***im Sinne des Artikels 86c Absatz 3*** handelt, alle relevanten Tatsachen und Umstände eingehend prüft und mindestens Folgendes berücksichtigt: die Merkmale der Niederlassung im Zuzugsmitgliedstaat, insbesondere ***den Zweck,*** die Branche, die Investition, den Nettoumsatz und den Gewinn oder Verlust, die Zahl der Arbeitnehmer, die Gliederung der Bilanz, den Steuersitz, die Vermögenswerte und ihre Belegenheit, den gewöhnlichen Arbeitsort der Arbeitnehmer und besonderer Arbeitnehmergruppen, den Ort, an dem die Sozialabgaben zu entrichten sind, sowie die Geschäftsrisiken, die die umgewandelte Gesellschaft im Zuzugsmitgliedstaat und im Wegzugsmitgliedstaat trägt. | (1) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die zuständige Behörde des Wegzugsmitgliedstaats zur Feststellung, ob es sich bei der grenzüberschreitenden Umwandlung um eine künstliche Gestaltung handelt, alle relevanten Tatsachen und Umstände eingehend prüft und mindestens Folgendes berücksichtigt: die Merkmale der Niederlassung im Zuzugsmitgliedstaat, insbesondere die Branche, die Investition, den Nettoumsatz und den Gewinn oder Verlust, die Zahl der Arbeitnehmer, die Gliederung der Bilanz, den Steuersitz, die Vermögenswerte und ihre Belegenheit, den gewöhnlichen Arbeitsort der Arbeitnehmer und besonderer Arbeitnehmergruppen, den Ort, an dem die Sozialabgaben zu entrichten sind, sowie die Geschäftsrisiken, die die umgewandelte Gesellschaft im Zuzugsmitgliedstaat und im Wegzugsmitgliedstaat trägt. |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>105</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 86n – Absatz 2</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| (2) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die in Absatz 1 genannte zuständige Behörde, wenn sie beschließt, eine eingehende Prüfung vorzunehmen, die Gesellschaft und alle Beteiligten hören kann, die nach Artikel 86h Absatz 1 Buchstabe c Bemerkungen nach Maßgabe des nationalen Rechts übermittelt haben. Die zuständige Behörde nach Absatz 1 kann nach Maßgabe des nationalen Rechts auch betroffene Dritte hören. Die zuständige Behörde trifft ihre abschließende Entscheidung über die Ausstellung der Vorabbescheinigung innerhalb von ***zwei*** Monaten nach Beginn der eingehenden Prüfung. | (2) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die in Absatz 1 genannte zuständige Behörde, wenn sie beschließt, eine eingehende Prüfung vorzunehmen, die Gesellschaft und alle Beteiligten hören kann, die nach Artikel 86h Absatz 1 Buchstabe c Bemerkungen nach Maßgabe des nationalen Rechts übermittelt haben. Die zuständige Behörde nach Absatz 1 kann nach Maßgabe des nationalen Rechts auch betroffene Dritte hören. Die zuständige Behörde trifft ihre abschließende Entscheidung über die Ausstellung der Vorabbescheinigung innerhalb von ***drei*** Monaten nach Beginn der eingehenden Prüfung. |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>106</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 86o – Absatz 1</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| (1) ***Für den Fall, dass es sich bei der zuständigen Behörde des Wegzugsmitgliedstaats nicht um ein Gericht handelt,*** ***stellen*** die Mitgliedstaaten sicher, dass der Beschluss der zuständigen Behörde, die Vorabbescheinigung auszustellen oder zu versagen, einer gerichtlichen Überprüfung nach Maßgabe des nationalen Rechts unterliegt. Darüber hinaus stellen die Mitgliedstaaten sicher, dass eine Vorabbescheinigung erst nach Ablauf einer bestimmten Frist wirksam wird, damit die Parteien Klage vor dem zuständigen Gericht erheben und gegebenenfalls vorläufigen Rechtsschutz erwirken können. | (1) Die Mitgliedstaaten ***stellen*** sicher, dass der Beschluss der zuständigen Behörde, die Vorabbescheinigung auszustellen oder zu versagen, einer gerichtlichen Überprüfung nach Maßgabe des nationalen Rechts unterliegt. Darüber hinaus stellen die Mitgliedstaaten sicher, dass eine Vorabbescheinigung erst nach Ablauf einer bestimmten Frist wirksam wird, damit die Parteien Klage vor dem zuständigen Gericht erheben und gegebenenfalls vorläufigen Rechtsschutz erwirken können. |

<TitreJust>Begründung</TitreJust>

Es ist fraglich, weshalb die Möglichkeit der Überprüfung durch ein Gericht nicht auch für die Fälle bestehen sollte, in denen die Vorabbescheinigung von einem Gericht ausgestellt wird.

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>107</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 86o – Absatz 2</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| (2) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass der Beschluss zur Ausstellung der Vorabbescheinigung den in Artikel86***m*** Absatz 1 genannten Behörden übermittelt wird und dass die Beschlüsse zur Ausstellung oder Versagung der Vorabbescheinigung über das nach Artikel 22 eingerichtete System der Registervernetzung zugänglich sind. | (2) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass der Beschluss zur Ausstellung der Vorabbescheinigung den in Artikel 86***p*** Absatz 1 genannten Behörden ***und allen Beteiligten, die nach Artikel 86h Absatz 1 Buchstabe c Bemerkungen nach Maßgabe des nationalen Rechts übermittelt haben,*** übermittelt wird und dass die Beschlüsse zur Ausstellung oder Versagung der Vorabbescheinigung über das nach Artikel 22 eingerichtete System der Registervernetzung zugänglich sind.  |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>108</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 86p – Absatz 1 – Unterabsatz 1</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| (1) Jeder Mitgliedstaat benennt ***eine Behörde***, ***die dafür zuständig ist***, die Rechtmäßigkeit der grenzüberschreitenden Umwandlung für die Verfahrensabschnitte, für die das Recht des Zuzugsmitgliedstaats maßgebend ist, ***zu prüfen*** und die grenzüberschreitende Umwandlung ***zu genehmigen***, wenn die Umwandlung alle einschlägigen Voraussetzungen erfüllt und alle Verfahren und Formalitäten im Zuzugsmitgliedstaat ordnungsgemäß erledigt sind. | (1) Jeder Mitgliedstaat benennt ***das Gericht***, ***den Notar oder eine sonstige zuständige Behörde***, ***die*** die Rechtmäßigkeit der grenzüberschreitenden Umwandlung für die Verfahrensabschnitte, für die das Recht des Zuzugsmitgliedstaats maßgebend ist, ***prüft*** und die grenzüberschreitende Umwandlung ***genehmigt***, wenn die Umwandlung alle einschlägigen Voraussetzungen erfüllt und alle Verfahren und Formalitäten im Zuzugsmitgliedstaat ordnungsgemäß erledigt sind. |

<TitreJust>Begründung</TitreJust>

Kohärenz zu Richtlinie (EU) 2017/1132 zur grenzüberschreitenden Verschmelzung, insb. Artikel 127 Absatz 1.

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>109</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 86p – Absatz 3 – Unterabsatz 1</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| (3) Jeder Mitgliedstaat stellt sicher, dass der von der Gesellschaft, die die grenzüberschreitende Umwandlung vornimmt, nach Absatz 1 gestellte Antrag einschließlich Informationen und Unterlagen vollständig online eingereicht werden kann, ohne dass es notwendig ist, persönlich vor der zuständigen Behörde ***nach Absatz 1*** zu erscheinen. | (3) Jeder Mitgliedstaat stellt sicher, dass der von der Gesellschaft, die die grenzüberschreitende Umwandlung vornimmt, nach Absatz 1 gestellte Antrag einschließlich Informationen und Unterlagen vollständig online eingereicht werden kann, ohne dass es notwendig ist, persönlich vor der zuständigen Behörde ***oder einer sonstigen mit der Bearbeitung der Anträge auf Eintragung betrauten Person oder Stelle*** zu erscheinen. |

<TitreJust>Begründung</TitreJust>

Mit dieser Änderung soll Kohärenz zum Richtlinienvorschlag (COM (2018) 239 final) betreffend den Einsatz digitaler Werkzeuge und Verfahren im Gesellschaftsrechts geschaffen werden.

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>110</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 86p – Absatz 3 – Unterabsatz 2</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| ***Im Falle eines konkreten,*** begründeten ***Verdachts auf Betrug können die Mitgliedstaaten jedoch*** ein persönliches Erscheinen vor ***einer*** zuständigen Behörde eines Mitgliedstaats vorschreiben, der die betreffenden Informationen und Unterlagen zu übermitteln sind. | ***Die Mitgliedstaaten können jedoch in*** begründeten ***Ausnahmefällen bei zwingenden Gründen des Allgemeininteresses*** ein persönliches Erscheinen vor ***jeder*** zuständigen Behörde ***oder anderen Person oder Stelle*** eines Mitgliedstaats vorschreiben***, die mit der Online-Offenlegung sowie mit deren Ausführung oder Unterstützung zu tun hat***, der die betreffenden Informationen und Unterlagen zu übermitteln sind. |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>111</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 86p – Absatz 3 – Unterabsatz 2 a (neu)</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
|  | ***Die Mitgliedstaaten legen detaillierte Regelungen für die Online-Offenlegung von Dokumenten und Informationen gemäß den Absätzen 1 und 3 fest. Artikel 13f Absätze 3 und 4 gelten entsprechend.*** |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>112</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 86s a (neu)</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
|  | ***Artikel 86sa*** |
|  | ***Zivilrechtliche Haftung der Mitglieder des Verwaltungs- oder Leitungsorgans der Gesellschaft, die die Umwandlung vornimmt*** |
|  | ***Die Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten regeln zumindest die zivilrechtliche Haftung der Mitglieder des Verwaltungs- oder Leitungsorgans der Gesellschaft, die die grenzübergreifende Umwandlung vornimmt, gegenüber den Gesellschaftern und den Gläubigern der Gesellschaft für schuldhaftes Verhalten von Mitgliedern dieser Organe bei der Vorbereitung und dem Vollzug der Umwandlung, einschließlich der Vorlage einer falschen Erklärung über die Niederlassungen gemäß Artikel 86e Absatz 2a.*** |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>113</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 86t – Absatz 1</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| Die Mitgliedstaaten erlassen Vorschriften, in denen mindestens die zivilrechtliche Haftung der unabhängigen Sachverständigen ***geregelt ist***, die ***die Berichte*** nach ***Artikel 86g und*** Artikel 86k Absatz ***2*** Buchstabe a zu erstellen haben, ***auch*** für Fehlverhalten bei der Erfüllung ihrer Aufgaben. | Die Mitgliedstaaten erlassen Vorschriften, in denen mindestens die zivilrechtliche Haftung der unabhängigen Sachverständigen, die ***den Bericht*** nach Artikel 86k Absatz ***3*** Buchstabe a zu erstellen haben, für Fehlverhalten bei der Erfüllung ihrer Aufgaben ***gegenüber den Gläubigern geregelt ist***.  |

<TitreJust>Begründung</TitreJust>

Eine Klarstellung, dass die Haftung gegenüber den Gesellschaftern und Gläubigern gilt, ist notwendig.

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>114</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 86t – Absatz 1</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| Die Mitgliedstaaten erlassen Vorschriften, in denen mindestens die zivilrechtliche Haftung der unabhängigen Sachverständigen geregelt ist, die ***die Berichte*** nach Artikel 86***g und Artikel 86***k Absatz ***2*** Buchstabe a zu erstellen haben, auch für Fehlverhalten bei der Erfüllung ihrer Aufgaben. | Die Mitgliedstaaten erlassen Vorschriften, in denen mindestens die zivilrechtliche Haftung der unabhängigen Sachverständigen geregelt ist, die ***den Bericht*** nach Artikel 86k Absatz ***3*** Buchstabe a zu erstellen haben, auch für Fehlverhalten bei der Erfüllung ihrer Aufgaben. |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>115</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 86u – Absatz 1 a (neu)</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
|  | ***Wenn allerdings innerhalb von zwei Jahren nach dem Zeitpunkt, zu dem die grenzüberschreitende Umwandlung wirksam wird, den zuständigen Behörden neue Informationen zu dieser grenzüberschreitenden Umwandlung zugehen, in denen ein konkreter Verdacht geäußert wird, nehmen die zuständigen Behörden eine erneute Bewertung der Fakten des Falles vor und können wirksame, verhältnismäßige und abschreckende Sanktionen im Falle künstlicher Gestaltungen verhängen.*** |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>116</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 4 a (neu)</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 119 – Absatz 1 – Nummer 2 a (neu)</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
|  | ***4a. In Artikel 119 wird folgende Nummer angefügt:*** |
|  | ***(2a) „künstliche Gestaltung“ eine Gestaltung, mit der im Wesentlichen das Ziel verfolgt wird, die Pflichten von Unternehmen zu umgehen, die sich aus gesetzlichen oder vertraglichen Rechten von Arbeitnehmern, Gläubigern oder Minderheitsgesellschafter ergeben, Sozialversicherungsbeiträge zu vermeiden oder Gewinne zu verlagern, um die Körperschaftsteuerschuld zu verringern, und die gleichzeitig keine wesentliche oder echte wirtschaftliche Tätigkeit im Zuzugsmitgliedstaat ausübt.*** |

(https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=celex%3A32017L1132)

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>117</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 5</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 120 – Absatz 4 – Nummer a a (neu)</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
|  | ***aa) die Verletzung von Arbeitnehmerrechten wurde von einem Gericht oder einer zuständigen Behörde festgestellt und ist rechtlich nachgewiesen;*** |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>118</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 5</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 120 – Absatz 4 – Buchstabe b</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| ***b) die Gegenstand eines präventiven Restrukturierungsverfahrens sind, das wegen drohender Insolvenz eingeleitet wurde;*** | ***entfällt*** |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>119</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 5</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 120 – Absatz 4 – Buchstabe c a (neu)</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
|  | ***ca) die Gesellschaft wurde in den letzten drei Jahren wegen Sozial- oder Steuerbetrug, Steuerhinterziehung oder Geldwäsche oder eines anderen Finanzverbrechens verurteilt;*** |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>120</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 5</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 120 – Absatz 4 – Buchstabe c b (neu)</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
|  | ***cb) gegen ein Mitglied des Leitungs- oder Verwaltungsorgans laufen Disziplinarverfahren im Zusammenhang mit seiner beruflichen Tätigkeit in der Gesellschaft, insbesondere wegen Steuervergehen oder Steuerstraftaten, oder wurden diesbezügliche strafrechtliche Sanktionen oder ein Tätigkeitsverbot als Mitglied des Leitungs- oder Verwaltungsorgans in einem Mitgliedstaat verhängt, in dem die Gesellschaft geschäftlich tätig ist;*** |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>121</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 5 a (neu)</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 120 – Absatz 4 a (neu)</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
|  | ***5a. In Artikel 120 wird folgender Absatz 4a eingefügt:*** |
|  | ***(4a) Eine Gesellschaft, die Gegenstand eines präventiven Restrukturierungsverfahrens ist, das wegen drohender Insolvenz eingeleitet wurde, wird einer Prüfung durch die zuständigen Behörden des Mitgliedstaats unterzogen um festzustellen, ob ihre Verschmelzung dem Zweck der Restrukturierung und Insolvenzvermeidung dient. Nach der Prüfung entscheiden die zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten unabhängig, ob die betreffende Gesellschaft die grenzüberschreitende Verschmelzung vornehmen darf oder nicht.*** |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>122</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 7 – Buchstabe a a (neu)</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 122 – Absatz 1 – Buchstabe l a bis l f (neu)</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
|  | ***aa) Folgende Buchstaben la bis lf werden eingefügt:*** |
|  | ***la)*** ***Gesamtumsatz und steuerbarer Gesamtumsatz;*** |
|  | ***lb) den Namen des obersten Unternehmens und gegebenenfalls eine Liste aller seiner Tochterunternehmen, eine kurze Beschreibung der Art ihrer Tätigkeiten und ihre jeweiligen geographischen Standorte;*** |
|  | ***lc) die Zahl der Beschäftigten in Vollzeitäquivalenten;*** |
|  | ***ld) das Anlagevermögen mit Ausnahme der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente;*** |
|  | ***le) den Betrag der noch zu zahlenden Ertragsteuer (für das laufende Jahr), die den laufenden Steueraufwendungen für zu versteuernde Gewinne oder Verluste im betreffenden Geschäftsjahr von Unternehmen und Zweigniederlassungen mit Steuersitz im jeweiligen Steuergebiet entspricht;*** |
|  | ***lf) den Betrag der gezahlten Ertragsteuer, die dem Betrag der im betreffenden Geschäftsjahr von Unternehmen und Zweigniederlassungen mit Steuersitz im jeweiligen Steuergebiet entrichteten Ertragsteuern entspricht;*** |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>123</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 7 – Buchstabe c a (neu)</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 122 – Absatz 1 b (neu)</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
|  | ***ca) Folgender Absatz wird angefügt:*** |
|  | ***Den Gesellschaftern, Arbeitnehmern und Gläubigern muss die Möglichkeit eingeräumt werden, zu diesem Plan Stellung zu nehmen. Die Stellungnahmen müssen in den Abschlussbericht aufgenommen werden.*** |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>124</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 8</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 122a – Absatz 1 – Unterabsatz 2 – Einleitung</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| Ungeachtet des Unterabsatzes 1 ist der im gemeinsamen Plan für die grenzüberschreitende Verschmelzung vorgesehene Rechnungslegungsstichtag der Tag ***nach Artikel 129***, ***an*** dem die ***grenzüberschreitende Verschmelzung wirksam wird***, es sei denn, die sich verschmelzenden Gesellschaften legen einen anderen Stichtag fest, um den Verschmelzungsvorgang zu erleichtern. In diesem Fall muss der Rechnungslegungsstichtag die folgenden Anforderungen erfüllen: | Ungeachtet des Unterabsatzes 1 ist der im gemeinsamen Plan für die grenzüberschreitende Verschmelzung vorgesehene Rechnungslegungsstichtag der Tag, ***zu*** dem die ***formwechselnde Gesellschaft zum letzten Mal in ihrer Schlussbilanz Rechnung legt***, es sei denn, die sich verschmelzenden Gesellschaften legen einen anderen Stichtag fest, um den Verschmelzungsvorgang zu erleichtern. In diesem Fall muss der Rechnungslegungsstichtag die folgenden Anforderungen erfüllen: |

<TitreJust>Begründung</TitreJust>

Der Rechnungslegungsstichtag muss vor dem Wirksamwerden der Verschmelzung liegen, da die Organe der übertragenen Gesellschaft noch aktionsfähig sein müssen.

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>125</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 9</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 123 – Absatz 3 – Buchstabe d a (neu)</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
|  | ***da) Angaben zu ihren tatsächlichen wirtschaftlichen Eigentümern vor und nach der grenzüberschreitenden Verschmelzung.*** |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>126</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 9</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 123 – Absatz 4 – Unterabsatz 1</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| (1) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die Pflichten nach den Absätzen1 und 3 vollständig online erfüllt werden können, ohne dass es notwendig ist, persönlich vor einer zuständigen Behörde in einem der betreffenden Mitgliedstaaten zu erscheinen. | (1) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die Pflichten nach den Absätzen1 und 3 vollständig online erfüllt werden können, ohne dass es notwendig ist, persönlich vor einer zuständigenBehörde ***oder einer sonstigen mit der Bearbeitung der Anträge auf Eintragung betrauten Person oder*** ***Behörde*** in einem der betreffenden Mitgliedstaaten zu erscheinen. |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>127</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 9</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 123 – Absatz 4 – Unterabsatz 2</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| Die Mitgliedstaaten können jedoch ein persönliches Erscheinen vor ***der*** zuständigen Behörde vorschreiben, ***wenn ein konkreter, begründeter Verdacht auf Betrug besteht***. | Die Mitgliedstaaten können jedoch ***in begründeten Ausnahmefällen bei zwingenden Gründen des Allgemeininteresses*** ein persönliches Erscheinen vor ***jeder*** zuständigen Behörde ***oder anderen Person oder Stelle*** vorschreiben, ***die mit der Online-Offenlegung sowie mit deren Ausführung oder Unterstützung zu tun hat***. |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>128</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 9</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 123 – Absatz 4 – Unterabsatz 2 a (neu)</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
|  | ***Die Mitgliedstaaten legen detaillierte Regelungen für die Online-Offenlegung von Dokumenten und Informationen gemäß den Absätzen 1 und 3 fest. Artikel 13f Absätze 3 und 4 gelten entsprechend.*** |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>129</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 9</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 123 – Absatz 4 – Unterabsatz 2 b (neu)</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
|  | ***Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass vertrauliche Informationen, insbesondere Geschäftsgeheimnisse, nicht anderen als den Arbeitnehmervertretern gegenüber, soweit dies nach nationalem Recht vorgesehen ist, offengelegt werden.*** |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>130</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 9</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 123 a (neu)</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
|  | ***Artikel 123a*** |
|  | ***Vermeidung von Interessenkonflikten, die auf die Vergütung der Geschäftsleitung zurückgehen*** |
|  | ***Um einen Interessenkonflikt zwischen Mitgliedern der Geschäftsleitung oder des Verwaltungsorgans und den Interessen der Gesellschaft im Hinblick auf Artikel 1a (neu) dieser Richtlinie zu vermeiden, ist es ihnen untersagt, finanziell von der Verschmelzung in Form eines Anstiegs des Kurses der Aktien in dem Aktienpaket ihrer (variablen) Vergütung oder Boni, die im Zuge der Verschmelzung gezahlt werden, zu profitieren. Bei jeder Vergütung, die den Mitgliedern der Geschäftsleitung oder des Verwaltungsorgans in Aktien der Gesellschaft im ersten Jahr nach der Verschmelzung gezahlt wird, ist der Anstieg der Aktienkurse wegen der Verschmelzung von dem der Geschäftsleitung gezahlten Betrag abzuziehen, wobei der Aktienkurs an dem Tag, an dem die Verschmelzung erstmals öffentlich gemacht wurde, als Referenzwert dient.*** |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>131</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 9</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 124 – Überschrift</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| Bericht des Leitungs- oder des Verwaltungsorgans für die Gesellschafter | Bericht des Leitungs- oder des Verwaltungsorgans für die Gesellschafter ***und die Arbeitnehmer*** |

<TitreJust>Begründung</TitreJust>

Es wäre aus Aufwandsgesichtspunkten sinnvoller, die Berichte des Leitungs- oder des Verwaltungsorgans in einen Bericht zusammenzufassen, zumal beide Berichte in jedem Fall sowohl den Gesellschaftern, als auch den Arbeitnehmern zugänglich gemacht werden sollen.

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>132</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 9</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 124 – Absatz 2 – Buchstabe e a (neu)</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
|  | ***ea)*** ***die Auswirkungen der grenzüberschreitenden Verschmelzung auf die Sicherung der Arbeitsverhältnisse;*** |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>133</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 9</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 124 – Absatz 2 – Buchstabe e b (neu)</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
|  | ***eb)*** ***eine wesentliche Änderung bei den Beschäftigungsbedingungen, einschließlich Tarifverträge, den Standorten der Niederlassungen der Gesellschaften;*** |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>134</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 9</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 124 – Absatz 2 – Buchstabe e c (neu)</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
|  | ***ec)*** ***wie sich die unter den Buchstaben a, ea und ec genannten Faktoren auch auf Tochtergesellschaften der sich verschmelzenden Gesellschaften beziehen.*** |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>135</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 9</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 124 – Absatz 2 a (neu)</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
|  | ***(2a) Der in Absatz 1 dieses Artikels genannte Bericht wird ergänzt durch eine Erklärung des Leitungs- oder Verwaltungsorgans jeder der sich verschmelzenden Gesellschaften über die Standorte der Gesellschaft nach der grenzüberschreitenden Verschmelzung, einschließlich Informationen über eine teilweise oder vollständige Weiterführung der Geschäfte im Wegzugsmitgliedstaat sowie gegebenenfalls der Angabe, dass die Geschäftstätigkeit ausschließlich im Wegzugsmitgliedstaat weiterführt wird.*** |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>136</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 9</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132EC</DocAmend2>

<Article2>Artikel 124 – Absatz 3</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| (3) Der Bericht wird den Gesellschaftern jeder der sich verschmelzenden Gesellschaften spätestens ***einen Monat*** vor dem Tag der Gesellschafterversammlung nach Artikel 126 mindestens in elektronischer Form zugänglich gemacht. ***Der Bericht wird in ähnlicher Weise auch den Vertretern der Arbeitnehmer jeder der sich verschmelzenden Gesellschaften oder – wenn es solche Vertreter nicht gibt – den Arbeitnehmern selbst zugänglich gemacht.*** Ist jedoch nach Artikel 126 Absatz 3 die Zustimmung der Gesellschafterversammlung der übernehmenden Gesellschaft zu der Verschmelzung nicht erforderlich, so muss der Bericht spätestens einen Monat vor dem Tag der Gesellschafterversammlung der anderen sich verschmelzenden Gesellschaften zugänglich gemacht werden. | (3) Der Bericht wird den Gesellschaftern***, den Gewerkschaften und den Arbeitnehmervertretern*** ***der*** ***Gesellschaft oder –*** ***wenn es solche Vertreter nicht gibt –*** ***den*** ***Arbeitnehmern*** jeder der sich verschmelzenden Gesellschaften ***selbst*** spätestens ***zwei Monate*** vor dem Tag der Gesellschafterversammlung nach Artikel 126 mindestens in elektronischer Form zugänglich gemacht. Ist jedoch nach Artikel 126 Absatz 3 die Zustimmung der Gesellschafterversammlung der übernehmenden Gesellschaft zu der Verschmelzung nicht erforderlich, so muss der Bericht spätestens einen Monat vor dem Tag der Gesellschafterversammlung der anderen sich verschmelzenden Gesellschaften zugänglich gemacht werden. |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>137</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 9</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132EC</DocAmend2>

<Article2>Artikel 124 – Absatz 3 a (neu)</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
|  | ***(3a) Erhält das Leitungs- oder das Verwaltungsorgan eines oder mehrerer der sich verschmelzenden Gesellschaften nach Maßgabe des nationalen Rechts rechtzeitig eine Stellungnahme der Vertreter ihrer Arbeitnehmer oder - wenn es solche Vertreter nicht gibt - der Arbeitnehmer selbst, so werden die Gesellschafter hiervon in Kenntnis gesetzt und diese Stellungnahme wird diesem Bericht als Anlage beigefügt.***  |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>138</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 9</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 124 – Absatz 4</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| ***(4) Der Bericht nach Absatz 1 ist jedoch nicht erforderlich, wenn alle Gesellschafter der sich verschmelzenden Gesellschaften einvernehmlich darauf verzichtet haben.“*** | ***entfällt*** |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>139</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 9</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132EC</DocAmend2>

<Article2>Artikel 124 – Absatz 4 a (neu)</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
|  | ***(4a) Haben jedoch die sich verschmelzenden Gesellschaften und gegebenenfalls ihre Tochtergesellschaften keine anderen Arbeitnehmer als diejenigen, die dem Leitungs- oder dem Verwaltungsorgan angehören, so kann sich der Bericht auf die in Absatz 2 Buchstaben a, b, c, d und e genannten Faktoren beschränken.*** |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>140</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 9</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132EC</DocAmend2>

<Article2>Artikel 124 – Absatz 4 b (neu)</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
|  | ***(4b) Die Vorlage des Berichts berührt nicht die anwendbaren Unterrichtungs- und Anhörungsrechte und-verfahren, die nach Umsetzung der Richtlinien 2001/23/EG, 2002/14/EG oder 2009/38/EG auf nationaler Ebene eingeführt wurden.*** |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>141</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 10</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 124a</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| ***[...]***  | ***entfällt*** |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>142</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 11</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 125 – Absatz 1</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| ***11. In Artikel 125 Absatz 1 wird folgender Unterabsatz 2 angefügt:*** | ***entfällt*** |
| ***„Bei der Prüfung der Unabhängigkeit des Sachverständigen berücksichtigen die Mitgliedstaaten den in den Artikeln 22 und 22b der Richtlinie 2006/43/EG festgelegten Rahmen.“*** |  |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>143</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 11 a (neu)</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 125</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Derzeitiger Wortlaut | Geänderter Text |
|  | ***11a.*** ***Artikel 125 erhält folgende Fassung:*** |
| ***Bericht unabhängiger Sachverständiger*** | ***„Prüfung durch zuständige Behörden*** |
| (1) ***Für jede der sich verschmelzenden Gesellschaften wird*** ein ***für die Gesellschafter bestimmter Bericht unabhängiger Sachverständiger erstellt, der*** spätestens ***einen Monat*** vor der in Artikel 126 genannten Gesellschafterversammlung ***vorliegen muss***. ***Als Sachverständige können je nach dem Recht der Mitgliedstaaten natürliche Personen oder juristische Personen bestellt werden.*** | (1) ***Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass*** ein ***Prüfbericht von zuständigen Behörden für jede der sich verschmelzenden Gesellschaften*** spätestens ***zwei Monate*** vor der in Artikel 126 genannten Gesellschafterversammlung ***erstellt wird***. ***Auf gemeinsamen Antrag der Gesellschaften kann die zuständige Behörde eine Behörde des Mitgliedstaats, dessen*** Recht ***eine*** der ***sich verschmelzenden Gesellschaften*** oder ***die aus der grenzüberschreitenden Verschmelzung hervorgehende Gesellschaft unterliegt, sein***. |
| (2) ***Als Alternative zur Heranziehung von Sachverständigen***, ***die für Rechnung*** jeder der sich verschmelzenden Gesellschaften ***tätig sind, können ein oder mehrere unabhängige Sachverständige, die auf gemeinsamen Antrag dieser Gesellschaften von einem Gericht oder einer Verwaltungsbehörde des Mitgliedstaats***, ***dessen Recht eine*** der ***sich verschmelzenden Gesellschaften oder die aus*** der ***grenzüberschreitenden*** Verschmelzung ***hervorgehende Gesellschaft unterliegt, dazu bestellt bzw. von einer solchen Behörde zugelassen wurden, den gemeinsamen Verschmelzungsplan prüfen*** und ***einen einzigen für alle*** Gesellschafter ***bestimmten schriftlichen Bericht erstellen***. | (2) ***Die zuständige Behörde hat das Recht***, ***von*** jeder der sich verschmelzenden Gesellschaften ***alle Auskünfte zu erlangen, die sie zur Vornahme ihrer Prüfung für erforderlich hält. Die zuständige Behörde muss auch befugt sein***, ***Bemerkungen und Stellungnahmen*** der ***Vertreter der Arbeitnehmer der an*** der Verschmelzung ***beteiligten Gesellschaften oder – wenn es solche Vertreter nicht gibt – der Arbeitnehmer selbst und auch der Gläubiger*** und ***der*** Gesellschafter ***der Gesellschaft entgegenzunehmen***. |
| (3) ***Der Bericht der Sachverständigen enthält zumindest die Angaben nach Artikel 96 Absatz 2. Die Sachverständigen haben das Recht***, ***von jeder*** der ***sich verschmelzenden Gesellschaften alle Auskünfte zu erlangen, die sie zur Erfüllung ihrer Aufgabe für erforderlich halten.*** | (3) ***Die zuständige Behörde erstellt einen schriftlichen Bericht, der mindestens Folgendes enthält:*** |
|  | ***a) eine ausführliche Prüfung der Richtigkeit der Berichte und der Informationen, die von der Gesellschaft, die die grenzüberschreitende Verschmelzung vornimmt, übermittelt wurden;*** |
|  | ***b) eine Beschreibung aller Sachverhaltselemente, um eine eingehende Prüfung vornehmen zu können, um festzustellen, ob es sich bei der geplanten grenzüberschreitenden Verschmelzung um eine künstliche Gestaltung im Einklang mit dieser Richtlinie handelt;“*** |

(https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32017L1132&from=DE)

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>144</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 13</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 126a – Absatz 6</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| (6) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass Gesellschafter, die das Angebot einer Barabfindung nach Absatz 3 angenommen haben, aber der Auffassung sind, dass die Barabfindung nicht angemessen ist, berechtigt sind, innerhalb eines Monats nach Annahme des Angebots bei einem nationalen Gericht eine Neuberechnung der angebotenen Barabfindung zu beantragen. | (6) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass Gesellschafter, die das Angebot einer Barabfindung nach Absatz 3 angenommen haben, aber der Auffassung sind, dass die Barabfindung nicht angemessen ist, berechtigt sind, innerhalb eines Monats nach Annahme des Angebots bei einem nationalen Gericht ***oder einer Schiedsstelle*** eine Neuberechnung der angebotenen Barabfindung zu beantragen. |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>145</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 13</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 126b – Absatz 3 – Buchstabe a</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| ***a)*** ***wenn die sich verschmelzenden Gesellschaften zusammen mit dem Plan für die grenzüberschreitende Verschmelzung den Bericht eines unabhängigen Sachverständigen offenlegen, der zu dem Ergebnis gelangt, dass nach vernünftigem Ermessen eine übermäßige Beeinträchtigung der Rechte der Gläubiger nicht zu erwarten ist. Der unabhängige Sachverständige muss von der zuständigen Behörde bestellt oder genehmigt werden und die Anforderungen des Artikels 125 Absatz 1 erfüllen;*** | ***entfällt*** |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>146</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 14 – Buchstabe *–*a (neu)</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 127 – Absatz 1</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
|  | ***-a) Absatz 1 erhält folgende Fassung:*** |
| (1) Jeder Mitgliedstaat benennt das Gericht, den Notar oder die sonstige zuständige Behörde, die die Rechtmäßigkeit der grenzüberschreitenden Verschmelzung für die Verfahrensabschnitte kontrolliert, welche die sich verschmelzenden Gesellschaften betreffen, die seinem nationalen Recht unterliegen. | „(1) Jeder Mitgliedstaat benennt das Gericht, den Notar oder die sonstige zuständige Behörde, die die Rechtmäßigkeit der grenzüberschreitenden Verschmelzung für die Verfahrensabschnitte kontrolliert, welche die sich verschmelzenden Gesellschaften betreffen, die seinem nationalen Recht unterliegen. ***Die Mitgliedstaaten gewährleisten, dass die zuständige Behörde die grenzüberschreitende Verschmelzung nicht genehmigen darf, wenn nach einer Prüfung des speziellen Falls in Anbetracht aller relevanten Tatsachen und Umstände festgestellt wird, dass es sich dabei um eine künstliche Gestaltung handelt. “*** |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>147</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 14 – Buchstabe a</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 127 – Absatz 1 – Unterabsätze 1a und 1b</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| „Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass der Antrag der sich verschmelzenden Gesellschaften auf Erteilung einer Vorabbescheinigung einschließlich Informationen und Unterlagen vollständig online eingereicht werden kann, ohne dass es notwendig ist, persönlich vor der zuständigen Behörde nach Absatz1 zu erscheinen. | „Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass der Antrag der sich verschmelzenden Gesellschaften auf Erteilung einer Vorabbescheinigung einschließlich Informationen und Unterlagen vollständig online eingereicht werden kann, ohne dass es notwendig ist, persönlich vor der zuständigen Behörde ***oder einer sonstigen mit der Bearbeitung der Anträge auf Eintragung betrauten Person oder Stelle*** nach Absatz 1 zu erscheinen. |
| ***Im Falle eines konkreten,*** begründeten ***Verdachts auf Betrug können die Mitgliedstaaten jedoch*** ein persönliches Erscheinen vor ***einer*** zuständigen Behörde vorschreiben, der die betreffenden Informationen und Unterlagen zu übermitteln sind.“ | ***Die Mitgliedstaaten können jedoch in*** begründeten ***Ausnahmefällen bei zwingenden Gründen des Allgemeininteresses*** ein persönliches Erscheinen vor ***jeder*** zuständigen Behörde ***oder anderen Person oder Stelle*** vorschreiben, ***die mit der Online-Offenlegung sowie mit deren Ausführung oder Unterstützung zu tun hat,*** der die betreffenden Informationen und Unterlagen zu übermitteln sind***.*** ***Die Mitgliedstaaten legen detaillierte Regelungen für die Online-Offenlegung von Dokumenten und Informationen gemäß den Absätzen 1 und 3 fest. Artikel 13f Absätze 3 und 4 gelten entsprechend***.“ |

(https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=celex%3A32017L1132)

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>148</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 15 – Buchstabe b</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 128 – Absatz 3</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| „(3) Jeder Mitgliedstaat stellt sicher, dass der von einer der sich verschmelzenden Gesellschaften nach Absatz1 gestellte Antrag auf Abschluss des Verfahrens einschließlich Informationen und Unterlagen vollständig online eingereicht werden kann, ohne dass es notwendig ist, persönlich vor einer zuständigen Behörde zu erscheinen. | „(3) Jeder Mitgliedstaat stellt sicher, dass der von einer der sich verschmelzenden Gesellschaften nach Absatz 1 gestellte Antrag auf Abschluss des Verfahrens einschließlich Informationen und Unterlagen vollständig online eingereicht werden kann, ohne dass es notwendig ist, persönlich vor einer zuständigen Behörde ***oder einer sonstigen mit der Bearbeitung der Anträge auf Eintragung betrauten Person oder Stelle*** zu erscheinen. |
| ***Im Falle eines konkreten,*** begründeten ***Verdachts auf Betrug, der*** ein persönliches Erscheinen vor ***einer*** zuständigen Behörde ***des*** Mitgliedstaats ***erfordern könnte***, ***in dem*** die betreffenden Informationen und Unterlagen zu übermitteln sind***, können*** die ***Mitgliedstaaten jedoch entsprechende Maßnahmen treffen***. | ***Die Mitgliedstaaten können jedoch in*** begründeten ***Ausnahmefällen bei zwingenden Gründen des Allgemeininteresses*** ein persönliches Erscheinen vor ***jeder*** zuständigen Behörde ***eines*** Mitgliedstaats ***oder einer anderen Person oder Stelle vorschreiben***, ***die mit der Online-Offenlegung sowie mit deren Ausführung oder Unterstützung zu tun hat, der*** die betreffenden Informationen und Unterlagen zu übermitteln sind***.*** ***Die Mitgliedstaaten legen detaillierte Regelungen für die Online-Offenlegung von Dokumenten und Informationen gemäß den Absätzen 1 und 3 fest. Artikel 13f Absätze 3 und 4 gelten entsprechend.*** |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>149</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 19</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 133a – Absatz 1</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| Die Mitgliedstaaten erlassen Vorschriften, in denen die zivilrechtliche Haftung der unabhängigen Sachverständigen ***geregelt ist***, die den Bericht nach ***Artikel 125 und*** Artikel 126b Absatz 2 Buchstabe a zu erstellen haben, auch für Fehlverhalten bei der Erfüllung ihrer Aufgaben.***“*** | Die Mitgliedstaaten erlassen Vorschriften, in denen die zivilrechtliche Haftung der unabhängigen Sachverständigen, die den Bericht nach Artikel 126b Absatz 2 Buchstabe a zu erstellen haben, auch für Fehlverhalten bei der Erfüllung ihrer Aufgaben ***gegenüber den Gläubigern geregelt ist***. |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>150</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 19 a (neu)</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 133 b (neu)</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
|  | ***19a. Es wird folgender Artikel 133b eingefügt:*** |
|  | ***Artikel 133b*** |
|  | ***Zivilrechtliche Haftung der Mitglieder des Verwaltungs- oder Leitungsorgans der Gesellschaften, die die Verschmelzung vornehmen*** |
|  | ***Die Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten regeln zumindest die zivilrechtliche Haftung der Mitglieder des Verwaltungs- oder Leitungsorgans der Gesellschaften, die die grenzübergreifende Verschmelzung vornehmen, gegenüber den Gesellschaftern und den Gläubigern der Gesellschaften für schuldhaftes Verhalten von Mitgliedern dieser Organe bei der Vorbereitung und dem Vollzug der Verschmelzung, einschließlich der Vorlage einer falschen Erklärung über die Niederlassungen gemäß Artikel 124 Absatz 2a.*** |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>151</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 20</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 160b – Absatz 1 – Nummer 3 a (neu)</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
|  | ***3a. „künstliche Gestaltung“ eine Gestaltung, mit der im Wesentlichen das Ziel verfolgt wird, die Pflichten von Unternehmen zu umgehen, die sich aus gesetzlichen oder vertraglichen Rechten von Arbeitnehmern, Gläubigern oder Minderheitsgesellschafter ergeben, Sozialversicherungsbeiträge zu vermeiden oder Gewinne zu verlagern, um die Körperschaftsteuerschuld zu verringern, und die gleichzeitig keine wesentliche oder echte wirtschaftliche Tätigkeit im Zuzugsmitgliedstaat ausübt.*** |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>152</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 20</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 160d – Absatz 2 – Buchstabe b</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| ***b)*** ***die Gegenstand eines präventiven Restrukturierungsverfahrens sind, das wegen drohender Insolvenz eingeleitet wurde;*** | ***entfällt*** |

<TitreJust>Begründung</TitreJust>

Der allgemeine Ausschluss einer Umwandlung oder Spaltung von Gesellschaften, die Strukturierungsverfahren unterliegen, geht zu weit, denn die Umwandlung oder Spaltung als solche kann dem Zweck der Umstrukturierung / Vermeidung der Insolvenz dienen.

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>153</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 20</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 160d – Absatz 2 a (neu)</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
|  | ***(2a)*** ***Eine Gesellschaft, die Gegenstand eines präventiven Restrukturierungsverfahrens ist, das wegen drohender Insolvenz eingeleitet wurde, wird einer Prüfung durch die zuständigen Behörden des Mitgliedstaats unterzogen um festzustellen, ob ihre Spaltung dem Zweck der Restrukturierung und Insolvenzvermeidung dient. Nach der Prüfung entscheiden die zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten unabhängig, ob die betreffende Gesellschaft die grenzüberschreitende Spaltung vornehmen darf oder nicht.*** |

<TitreJust>Begründung</TitreJust>

Der allgemeine Ausschluss einer Umwandlung oder Spaltung von Gesellschaften, die Strukturierungsverfahren unterliegen, geht zu weit, denn die Umwandlung oder Spaltung als solche kann dem Zweck der Umstrukturierung / Vermeidung der Insolvenz dienen.

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>154</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 20</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 160d – Absatz 3</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| (3) Der Mitgliedstaat der Gesellschaft, die die Spaltung vornimmt, stellt sicher, dass die zuständige Behörde die Spaltung nicht genehmigt, wenn sie nach Prüfung des betreffenden Falls und unter Berücksichtigung aller relevanten Tatsachen und Umstände feststellt, dass es sich um eine künstliche Gestaltung ***mit dem Ziel*** handelt, ***unrechtmäßige Steuervorteile zu erlangen oder die gesetzlichen oder vertraglichen Rechte der Arbeitnehmer***, ***Gläubiger oder Gesellschafter unrechtmäßig zu beschneiden***. | (3) Der Mitgliedstaat der Gesellschaft, die die Spaltung vornimmt, stellt sicher, dass die zuständige Behörde die Spaltung nicht genehmigt, wenn sie nach Prüfung des betreffenden Falls und unter Berücksichtigung aller relevanten Tatsachen und Umstände feststellt, dass es sich um eine künstliche Gestaltung handelt***.*** ***Die Gesellschaft, die die grenzübergreifende Spaltung vornimmt, hat auf der Grundlage überprüfbarer objektiver Faktoren darzulegen, ob sie tatsächlich niedergelassen ist und eine wesentliche und echte wirtschaftliche Tätigkeit im Zuzugsmitgliedstaat ausübt.*** |
|  | ***Bei der Gesellschaft, die die grenzübergreifende Spaltung vornimmt, wird davon ausgegangen, dass sie über eine tatsächliche Niederlassung verfügt und eine echte wirtschaftliche Tätigkeit im Zuzugsmitgliedstaats ausübt, wenn sie ihre Hauptverwaltung oder Hauptniederlassung in den Zugzugsmitgliedsstaat verlegt.*** |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>155</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 20</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 160d – Absatz 4 a (neu)</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
|  | ***(4a)*** ***Die Wegzugsmitgliedstaaten können Veräußerungsgewinne zum Zeitpunkt der grenzüberschreitenden Spaltung der Gesellschaft besteuern. Die Gesellschaft kann dann zwischen einer sofortigen Zahlung des Steuerbetrags oder einer gestundeten Zahlung des Steuerbetrags zusammen mit Zinsen gemäß den anwendbaren nationalen Rechtsvorschriften wählen. Wenn sich die Gesellschaft für Letzteres entscheidet, kann der Wegzugsmitgliedstaat die Stellung einer Bankgarantie verlangen.*** |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>156</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 20</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 160e – Absatz 1 – Buchstaben r a bis r g (neu)</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
|  | ***ra)*** ***Gesamtumsatz und steuerbarer Gesamtumsatz;*** |
|  | ***rb) Informationen über die Verlegung der Hauptverwaltung oder der Hauptniederlassung;*** |
|  | ***rc) den Namen des obersten Unternehmens und gegebenenfalls eine Liste aller seiner Tochterunternehmen, eine kurze Beschreibung der Art ihrer Tätigkeiten und ihre jeweiligen geographischen Standorte;*** |
|  | ***rd) die Zahl der Beschäftigten in Vollzeitäquivalenten;***  |
|  | ***(re) das Anlagevermögen mit Ausnahme der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente;*** |
|  | ***rf) den Betrag der noch zu zahlenden Ertragsteuer (für das laufende Jahr), die den laufenden Steueraufwendungen für zu versteuernde Gewinne oder Verluste im betreffenden Geschäftsjahr von Unternehmen und Zweigniederlassungen mit Steuersitz im jeweiligen Steuergebiet entspricht;*** |
|  | ***rg) den Betrag der gezahlten Ertragsteuer, die dem Betrag der im betreffenden Geschäftsjahr von Unternehmen und Zweigniederlassungen mit Steuersitz im jeweiligen Steuergebiet entrichteten Ertragsteuern entspricht;***  |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>157</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 20</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 160e – Absatz 4</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| (4) Die Mitgliedstaaten gestatten der Gesellschaft, die die Spaltung vornimmt, für die Erstellung des Plans für die grenzüberschreitende Spaltung und aller anderen damit zusammenhängenden Unterlagen neben den Amtssprachen der Mitgliedstaaten der begünstigten Gesellschaften und der Gesellschaft, die die Spaltung vornimmt, auch eine in der internationalen Wirtschafts- und Finanzwelt gebräuchliche Verkehrssprache zu verwenden. Die Mitgliedstaaten legen fest, welche Sprache bei Abweichungen zwischen den verschiedenen Sprachfassungen dieser Unterlagen maßgebend ist. | (4) Die Mitgliedstaaten gestatten der Gesellschaft, die die Spaltung vornimmt, für die Erstellung des Plans für die grenzüberschreitende Spaltung und aller anderen damit zusammenhängenden Unterlagen neben den Amtssprachen der Mitgliedstaaten der begünstigten Gesellschaften und der Gesellschaft, die die Spaltung vornimmt, auch eine in der internationalen Wirtschafts- und Finanzwelt gebräuchliche Verkehrssprache zu verwenden. Die Mitgliedstaaten legen fest, welche Sprache bei Abweichungen zwischen den verschiedenen Sprachfassungen dieser Unterlagen maßgebend ist. ***Den Gesellschaftern, Arbeitnehmern und Gläubigern muss die Möglichkeit eingeräumt werden, zu diesem Plan Stellung zu nehmen. Die Stellungnahmen müssen in den Abschlussbericht aufgenommen werden.*** |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>158</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 20</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 160f – Absatz 1 – Unterabsatz 2</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| Der im Plan für die grenzüberschreitende Spaltung festgelegte Rechnungslegungsstichtag ist der Tag ***nach Artikel 160t***, ***an*** dem die ***grenzüberschreitende*** Spaltung ***wirksam wird***, es sei denn, die Gesellschaft, die die Spaltung vornimmt, legt einen anderen Stichtag fest, um den Spaltungsvorgang zu erleichtern. | Der im Plan für die grenzüberschreitende Spaltung festgelegte Rechnungslegungsstichtag ist der Tag, ***zu*** dem die ***Gesellschaft, die die*** Spaltung ***vornimmt, zum letzten Mal in ihrer Schlussbilanz Rechnung legt***, es sei denn, die Gesellschaft, die die Spaltung vornimmt, legt einen anderen Stichtag fest, um den Spaltungsvorgang zu erleichtern. |

<TitreJust>Begründung</TitreJust>

Der Rechnungslegungsstichtag muss vor dem Wirksamwerden der Spaltung liegen, da die Organe der Ausgangsgesellschaft noch aktionsfähig sein müssen.

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>159</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 20</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 160g – Überschrift</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| Bericht des Leitungs- oder des Verwaltungsorgans für die Gesellschafter | Bericht des Leitungs- oder des Verwaltungsorgans für die Gesellschafter ***und die Arbeitnehmer*** |

<TitreJust>Begründung</TitreJust>

Es wäre aus Aufwandsgesichtspunkten sinnvoller, die Berichte des Leitungs- oder des Verwaltungsorgans in einen Bericht zusammenzufassen, zumal beide Berichte in jedem Fall sowohl den Gesellschaftern, als auch den Arbeitnehmern zugänglich gemacht werden sollen.

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>160</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 20</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 160g – Absatz 1</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| (1) Das Leitungs- oder das Verwaltungsorgan der Gesellschaft, die die Spaltung vornimmt, erstellt einen Bericht, in dem die rechtlichen und wirtschaftlichen Aspekte der grenzüberschreitenden Spaltung erläutert und begründet werden***.***  | (1) Das Leitungs- oder das Verwaltungsorgan der Gesellschaft, die die Spaltung vornimmt, erstellt einen Bericht, in dem die rechtlichen und wirtschaftlichen Aspekte der grenzüberschreitenden Spaltung erläutert und begründet werden ***sowie die Auswirkungen auf die Arbeitnehmer erläutert werden.*** |

<TitreJust>Begründung</TitreJust>

Mit dem Bericht sollen nicht nur die Interessen der Aktionäre geschützt werden, sondern er könnte auch bei der Bewertung hilfreich sein, ob die künstliche Gestaltung geschaffen wurde, um ungerechtfertigte Steuervorteile zu erlangen oder die Rechte von Arbeitnehmern, Gläubigern oder Minderheitsgesellschaften, die auf der Grundlage gesetzlicher Regelungen bestehen, oder die vertraglichen Rechte nach Artikel 86c Absatz 3 und Artikel 160d Absatz 3 zu verletzen.

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>161</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 20</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 160g – Absatz 2 – Buchstabe a</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| a) die Auswirkungen der grenzüberschreitenden Spaltung auf die künftige Geschäftstätigkeit der begünstigten Gesellschaften und, im Fall einer Abspaltung, auch auf die künftige Geschäftstätigkeit der Gesellschaft, die die Spaltung vornimmt, sowie auf die Geschäftsstrategie; | a) ***die*** ***Beweggründe für das Vorhaben und*** die Auswirkungen der grenzüberschreitenden Spaltung auf die künftige Geschäftstätigkeit der begünstigten Gesellschaften und, im Fall einer Abspaltung, auch auf die künftige Geschäftstätigkeit der Gesellschaft, die die Spaltung vornimmt, sowie auf die Geschäftsstrategie; |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>162</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 20</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 160g – Absatz 2 – Buchstabe e a (neu)</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
|  | ***ea)*** ***die Auswirkungen der grenzüberschreitenden Spaltung auf die Sicherung der Arbeitsverhältnisse;*** |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>163</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 20</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 160g – Absatz 2 – Buchstabe e b (neu)</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
|  | ***eb)*** ***wesentliche Änderungen in den Beschäftigungsbedingungen und bei den Standorten der Niederlassungen der Gesellschaften;*** |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>164</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 20</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 160g – Absatz 2 – Buchstabe e c (neu)</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
|  | ***ec) ob sich die unter den Buchstaben a, ea und eb genannten Faktoren auch auf Tochtergesellschaften der Gesellschaft, die die Spaltung vornimmt, beziehen.***  |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>165</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 20</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 160g – Absatz 2 a (neu)</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
|  | ***(2a)*** ***Der in Absatz 1 dieses Artikels genannte Bericht wird ergänzt durch eine Erklärung des Leitungs- oder Verwaltungsorgans der Gesellschaft über die Standorte der Gesellschaft nach der grenzüberschreitenden Spaltung, einschließlich Informationen über eine teilweise oder vollständige Weiterführung der Geschäfte im Wegzugsmitgliedstaat sowie gegebenenfalls der Angabe, dass die Geschäftstätigkeit ausschließlich im Wegzugsmitgliedstaat weiterführt wird.*** |

<TitreJust>Begründung</TitreJust>

Die zusätzliche Erklärung wird die zutreffende Bewertung durch die Behörden erleichtern, um künstliche Gestaltungen zu verhindern, die geschaffen werden, um ungerechtfertigte Steuervorteile zu erlangen oder die Rechte von Arbeitnehmern, Gläubigern oder Minderheitsgesellschaftern zu verletzen. Sie steht im Einklang mit der Erhebung von Steuern auf Wertsteigerungen im Fall der Übertragung von Vermögenswerten, des Steuersitzes oder der Betriebsstätte entsprechend der Richtlinie (EU) 2016/1164 des Rates vom 12. Juli 2016 und unterstützt sie.

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>166</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 20</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 160g – Absatz 3</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| (3) Der Bericht nach Absatz 1 wird den Gesellschafternder Gesellschaft, die die Spaltung vornimmt, spätestens zwei Monate vor dem Tag der Gesellschafterversammlung nach Artikel 160k mindestens in elektronischer Form zugänglich gemacht***. Dieser Bericht wird in ähnlicher Weise auch den Vertretern der Arbeitnehmer der Gesellschaft, die die Spaltung vornimmt, oder – wenn es solche Vertreter nicht gibt – den Arbeitnehmern selbst zugänglich gemacht.*** | (3) Der Bericht nach Absatz 1 wird den Gesellschaftern, ***den Gewerkschaften und den Vertretern*** ***der*** ***Arbeitnehmer der Gesellschaft, oder – wenn es solche Vertreter nicht gibt –*** ***den Arbeitnehmern*** der Gesellschaft, die die Spaltung vornimmt, ***selbst*** spätestens zwei Monate vor dem Tag der Gesellschafterversammlung nach Artikel 160k mindestens in elektronischer Form zugänglich gemacht.  |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>167</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 20</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 160g – Absatz 3 a (neu)</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
|  | ***(3a)*** ***Erhält das Leitungs- oder das Verwaltungsorgan der Gesellschaft, die die Spaltung vornimmt, nach Maßgabe des nationalen Rechts rechtzeitig eine Stellungnahme der Vertreter ihrer Arbeitnehmer oder – wenn es solche Vertreter nicht gibt – der Arbeitnehmer selbst, so werden die Gesellschafter hiervon in Kenntnis gesetzt und wird diese Stellungnahme dem Bericht als Anlage beigefügt.*** |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>168</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 20</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 160g – Absatz 4</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| ***(4)*** ***Der Bericht nach Absatz 1 ist jedoch nicht erforderlich, wenn alle Gesellschafter der Gesellschaft, die die Spaltung vornimmt, einvernehmlich darauf verzichtet haben.*** | ***entfällt*** |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>169</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 20</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 160g – Absatz 4 a (neu)</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
|  | ***(4a)*** ***Haben jedoch die Gesellschaft, die die Spaltung vornimmt, und gegebenenfalls alle ihre Tochtergesellschaften keine anderen Arbeitnehmer als diejenigen, die dem Leitungs- oder dem Verwaltungsorgan angehören, kann sich der Bericht auf die in Absatz 2 Buchstaben a, b, c, d und e genannten Faktoren beschränken.*** |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>170</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 20</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 160g – Absatz 4 b (neu)</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
|  | ***(4b)*** ***Dieser Artikel lässt die anwendbaren Unterrichtungs- und Anhörungsrechte und -verfahren unberührt, die nach Umsetzung der Richtlinie 2001/23/EG, 2002/14/EG oder 2009/38/EG auf nationaler Ebene eingeführt wurden.*** |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>171</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 20</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 160h</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| ***[...]***  | ***entfällt*** |

<TitreJust>Begründung</TitreJust>

Streichung, da Artikel 160h in Artikel 160g integriert.

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>172</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 20</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 160i – Überschrift</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| Prüfung durch ***einen unabhängigen Sachverständigen*** | Prüfung durch ***die zuständige Behörde*** |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>173</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 20</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 160i – Absatz 1 – Unterabsatz 1</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| (1) ***Mit der Maßgabe des Absatzes 6*** ***stellen*** die Mitgliedstaaten sicher, dass die Gesellschaft, die die Spaltung vornimmt, spätestens zwei Monate vor dem Tag der Gesellschafterversammlung nach Artikel 160k bei der nach Artikel 160o Absatz 1 benannten zuständigen Behörde ***beantragt,*** einen ***Sachverständigen zu bestellen,*** der den Plan für die grenzüberschreitende Spaltung und die Berichte nach ***den Artikeln*** 160g ***und 160h prüft und bewertet***. | (1) Die Mitgliedstaaten ***stellen*** sicher, dass die Gesellschaft, die die Spaltung vornimmt, spätestens zwei Monate vor dem Tag der Gesellschafterversammlung nach Artikel 160k bei der nach Artikel 160o Absatz 1 benannten zuständigen Behörde einen ***Antrag stellt.*** ***Mit der Maßgabe des Absatzes 6 prüft und bewertet die zuständige Behörde*** den Plan für die grenzüberschreitende Spaltung und die Berichte nach ***Artikel*** 160g. |

<TitreJust>Begründung</TitreJust>

Richtlinie (EU) 2017/1132 sieht bislang in Bezug auf Verschmelzungen keine Frist für den Antrag auf Bestellung des Sachverständigen vor. Die Fristregelungen sollten auch hier harmonisiert werden.

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>174</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 20</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 160i – Absatz 1 – Unterabsatz 2</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| Dem Antrag ***auf Bestellung eines Sachverständigen*** ist Folgendes beizufügen: | Dem Antrag ***an die zuständige Behörde*** ist Folgendes beizufügen: |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>175</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 20</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 160i – Absatz 1 – Unterabsatz 2 – Buchstabe b</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| b) ***die Berichte*** nach ***den Artikeln*** 160g ***und 160h***. | b) ***den Bericht*** nach ***Artikel*** 160g. |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>176</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 20</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 160i – Absatz 2</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| (2) Die zuständige Behörde ***bestellt innerhalb von fünf Arbeitstagen nach Eingang*** des Antrags nach Absatz 1 ***sowie des Plans und der Berichte einen unabhängigen Sachverständigen.*** ***Der Sachverständige, der von der Gesellschaft, die die Spaltung vornimmt, unabhängig sein muss, kann je nach dem Recht des betreffenden Mitgliedstaats eine natürliche oder eine juristische Person sein. Bei der Prüfung der Unabhängigkeit des Sachverständigen berücksichtigen die Mitgliedstaaten den in den Artikeln 22 und 22b der Richtlinie 2006/43/EG festgelegten Rahmen.*** | (2) Die zuständige Behörde ***beginnt mit der Bearbeitung*** des Antrags nach Absatz 1 ***innerhalb*** von ***zehn Arbeitstagen*** nach ***Eingang*** des ***Plans und*** des ***Berichts***. |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>177</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 20</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 160i – Absatz 3 – Einleitung</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| (3) ***Der Sachverständige*** erstellt einen schriftlichen Bericht, der mindestens Folgendes enthält: | (3) ***Nach Anhörung von Dritten, die ein begründetes Interesse an der Spaltung der Gesellschaft haben,*** erstellt ***die zuständige Behörde*** einen schriftlichen Bericht, der mindestens Folgendes enthält: |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>178</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 20</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 160i – Absatz 3 – Buchstabe e </Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| e) eine ausführliche Prüfung der Richtigkeit der Berichte und der Informationen, die von der Gesellschaft übermittelt wurden; | e) eine ausführliche Prüfung der ***formellen und materiellen*** Richtigkeit der Berichte und der Informationen, die von der Gesellschaft übermittelt wurden; |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>179</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 20</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 160i – Absatz 3 – Buchstabe f</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| f) eine Beschreibung aller Sachverhaltselemente***, die die*** nach Artikel 160o Absatz 1 ***benannte zuständige Behörde benötigt***, um nach Artikel 160p eine eingehende Prüfung vornehmen zu können, um festzustellen, ob es sich bei der geplanten grenzüberschreitenden Spaltung um eine künstliche Gestaltung handelt, darunter mindestens Folgendes: die Merkmale der Niederlassungen in den Mitgliedstaaten der begünstigten Gesellschaften, insbesondere der Zweck, die Branche, die Investition, der Nettoumsatz und der Gewinn oder Verlust, die Zahl der Arbeitnehmer, die Gliederung der Bilanz, der Steuersitz, die Vermögenswerte und ihre Belegenheit, der gewöhnliche Arbeitsort der Arbeitnehmer und besonderer Arbeitnehmergruppen, der Ort, an dem die Sozialabgaben zu entrichten sind, sowie die Geschäftsrisiken, die die Gesellschaft, die die Spaltung vornimmt, in den Mitgliedstaaten der begünstigten Gesellschaften trägt. | f) eine Beschreibung aller Sachverhaltselemente nach Artikel 160o Absatz 1, um nach Artikel 160p eine eingehende Prüfung vornehmen zu können, um festzustellen, ob es sich bei der geplanten grenzüberschreitenden Spaltung um eine künstliche Gestaltung handelt, darunter mindestens Folgendes: die Merkmale der Niederlassungen in den Mitgliedstaaten der begünstigten Gesellschaften, insbesondere der Zweck, die Branche, die Investition, der Nettoumsatz und der Gewinn oder Verlust, die Zahl der Arbeitnehmer, die Gliederung der Bilanz, der Steuersitz, die Vermögenswerte und ihre Belegenheit, der gewöhnliche Arbeitsort der Arbeitnehmer und besonderer Arbeitnehmergruppen, der Ort, an dem die Sozialabgaben zu entrichten sind, ***die Auswirkungen auf die Betriebsrenten der Arbeitnehmer*** sowie die Geschäftsrisiken, die die Gesellschaft, die die Spaltung vornimmt, in den Mitgliedstaaten der begünstigten Gesellschaften trägt. |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>180</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 20</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 160i – Absatz 4</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| (4) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass ***der unabhängige Sachverständige befugt ist,*** von der Gesellschaft, die die Spaltung vornimmt, alle zweckdienlichen Auskünfte und Unterlagen ***zu erhalten*** und alle Nachprüfungen ***vorzunehmen***, die erforderlich sind, um alle Angaben im Plan oder in ***den Berichten*** zu überprüfen. Der ***unabhängige Sachverständige muss auch*** befugt sein, Bemerkungen und Stellungnahmen der Vertreter der Arbeitnehmer der Gesellschaft oder – wenn es solche Vertreter nicht gibt – der Arbeitnehmer selbst und auch der Gläubiger und der Gesellschafter der Gesellschaft entgegenzunehmen. | (4) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass ***die zuständige Behörde*** von der Gesellschaft, die die Spaltung vornimmt, alle zweckdienlichen Auskünfte und Unterlagen ***erhält*** und alle Nachprüfungen ***vornimmt***, die erforderlich sind, um alle Angaben im Plan oder in ***dem Bericht*** zu überprüfen. ***Die zuständige Behörde muss außerdem in*** der ***Lage sein, erforderlichenfalls der zuständigen Behörde des Zuzugsmitgliedstaats Fragen zu stellen, sowie*** befugt sein, Bemerkungen und Stellungnahmen ***der Gewerkschaften,*** der Vertreter der Arbeitnehmer der Gesellschaft oder – wenn es solche Vertreter nicht gibt – der Arbeitnehmer selbst und auch der Gläubiger und der Gesellschafter der Gesellschaft entgegenzunehmen. ***Diese sind dem Bericht als Anlage beizufügen.*** |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>181</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 20</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 160i – Absatz 5</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| (5) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die ***dem unabhängigen Sachverständigen*** übermittelten Informationen nur für die Erstellung des Berichts verwendet und vertrauliche Informationen, insbesondere Geschäftsgeheimnisse, nicht offengelegt werden dürfen. ***Falls angezeigt, kann der Sachverständige der nach Artikel 160o Absatz 1 benannten zuständigen Behörde ein gesondertes Schriftstück mit vertraulichen Informationen vorlegen; dieses gesonderte Schriftstück wird nur der Gesellschaft, die die Spaltung vornimmt, zugänglich gemacht, nicht aber Dritten offengelegt.*** | (5) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die ***der zuständigen Behörde*** übermittelten Informationen ***und Stellungnahmen*** nur für die Erstellung des Berichts verwendet und vertrauliche Informationen, insbesondere Geschäftsgeheimnisse, nicht offengelegt werden dürfen.  |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>182</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 20</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 160j – Absatz 1 – Buchstabe b</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| b) ***gegebenenfalls*** den Bericht ***des unabhängigen Sachverständigen*** nach Artikel 160i; | b) den Bericht ***der zuständigen Behörde*** nach Artikel 160i; |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>183</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 20</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 160j – Absatz 3 – Buchstabe d a (neu)</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
|  | ***da) Angaben zu ihren tatsächlichen wirtschaftlichen Eigentümern vor und nach der grenzüberschreitenden Spaltung.*** |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>184</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 20</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 160j – Absatz 4 – Unterabsatz 1</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die Pflichten nach den Absätzen1 und 3 vollständig online erfüllt werden können, ohne dass es notwendig ist, persönlich vor einer zuständigen Behörde im betreffenden Mitgliedstaat zu erscheinen. | Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die Pflichten nach den Absätzen 1 und 3 vollständig online erfüllt werden können, ohne dass es notwendig ist, persönlich vor einer zuständigen Behörde ***oder einer sonstigen mit der Bearbeitung der Anträge auf Eintragung betrauten Person oder Stelle*** im betreffenden Mitgliedstaat zu erscheinen. |

<TitreJust>Begründung</TitreJust>

Mit dieser Änderung soll Kohärenz zum Richtlinienvorschlag (COM (2018) 239 final) betreffend den Einsatz digitaler Werkzeuge und Verfahren im Gesellschaftsrechts geschaffen werden.

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>185</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 20</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 160j – Absatz 4 – Unterabsatz 2</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| Die Mitgliedstaaten können jedoch ein persönliches Erscheinen vor ***einer*** zuständigen Behörde vorschreiben, ***wenn ein konkreter, begründeter Verdacht auf Betrug besteht***. | Die Mitgliedstaaten können jedoch ***in begründeten Ausnahmefällen bei zwingenden Gründen des Allgemeininteresses*** ein persönliches Erscheinen vor ***jeder*** zuständigen Behörde ***oder anderen Person oder Stelle*** vorschreiben, ***die mit der Online-Offenlegung sowie mit deren Ausführung oder Unterstützung zu tun hat***. |

<TitreJust>Begründung</TitreJust>

Der Begriff „Verdacht auf Betrug“ hat in den einzelnen Mitgliedstaaten unterschiedliche Bedeutung. Es fraglich, ob der vorgeschlagene Artikel alle angedachten Situationen erfasst.

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>186</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 20</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 160j – Absatz 4 – Unterabsatz 2 a (neu)</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
|  | ***Die Mitgliedstaaten legen detaillierte Regelungen für die Online-Offenlegung von Dokumenten und Informationen gemäß den Absätzen 1 und 3 fest. Artikel 13f Absätze 3 und 4 gelten entsprechend.*** |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>187</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 20</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 160j – Absatz 6 a (neu)</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
|  | ***(6a)*** ***Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass vertrauliche Informationen, insbesondere Geschäftsgeheimnisse, nicht anderen als den Arbeitnehmervertretern gegenüber, wenn dies nach nationalem Recht vorgesehen ist, offengelegt werden.*** |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>188</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 20</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 160m – Absatz 1</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| (1) Die ***Mitgliedstaaten können vorschreiben, dass das*** Leitungs- oder ***das Verwaltungsorgan*** der Gesellschaft, die die Spaltung vornimmt, in den Plan für die grenzüberschreitende Spaltung nach Artikel 160e eine Erklärung ***aufnimmt***, die die finanzielle Lage der Gesellschaft genau wiedergibt. Inhalt der Erklärung muss sein, dass aus Sicht des Leitungs- oder des Verwaltungsorgans der Gesellschaft nach Einziehung angemessener Erkundigungen auf der Grundlage der ihm zum Zeitpunkt der Erklärung zur Verfügung stehenden Informationen kein Grund zu der Annahme besteht, dass eine begünstigte Gesellschaft und, im Fall einer Abspaltung, die Gesellschaft, die die Spaltung vornimmt, nach Wirksamwerden der Spaltung nicht in der Lage sein könnten, ihre im Plan für die grenzüberschreitende Spaltung festgelegten Verbindlichkeiten bei Fälligkeit zu erfüllen. Die Erklärung darf frühestens einen Monat vor Offenlegung des Plans für die grenzüberschreitende Spaltung nach Artikel 160j abgegeben werden. | (1) Die Leitungs- oder ***Verwaltungsorgane*** der Gesellschaft, die die Spaltung vornimmt, ***nehmen*** in den Plan für die grenzüberschreitende Spaltung nach Artikel 160e eine Erklärung ***auf***, die die finanzielle Lage der Gesellschaft genau wiedergibt. Inhalt der Erklärung muss sein, dass aus Sicht des Leitungs- oder des Verwaltungsorgans der Gesellschaft nach Einziehung angemessener Erkundigungen auf der Grundlage der ihm zum Zeitpunkt der Erklärung zur Verfügung stehenden Informationen kein Grund zu der Annahme besteht, dass eine begünstigte Gesellschaft und, im Fall einer Abspaltung, die Gesellschaft, die die Spaltung vornimmt, nach Wirksamwerden der Spaltung nicht in der Lage sein könnten, ihre im Plan für die grenzüberschreitende Spaltung festgelegten Verbindlichkeiten bei Fälligkeit zu erfüllen. Die Erklärung darf frühestens einen Monat vor Offenlegung des Plans für die grenzüberschreitende Spaltung nach Artikel 160j abgegeben werden. |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>189</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 20</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 160m – Absatz 2</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| (2) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass Gläubiger***, die den im Plan für die grenzüberschreitende Spaltung nach Artikel 160e vorgesehenen Schutz ihrer Interessen für nicht zufriedenstellend erachten,*** innerhalb eines Monats nach der in Artikel 160j genannten Offenlegung bei der zuständigen Verwaltungs- oder Justizbehörde angemessene Sicherheiten beantragen können. | (2) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass Gläubiger innerhalb eines Monats nach der in Artikel 160j genannten Offenlegung bei der zuständigen Verwaltungs- oder Justizbehörde angemessene Sicherheiten beantragen können***, wenn diese trotz des vorgesehenen Schutzes ihrer Interessen nach Artikel 160e erachten, dass ihnen ein Nachteil entsteht***. |

<TitreJust>Begründung</TitreJust>

Der Begriff „zufriedenstellend erachten“ lässt Raum für subjektive Beurteilung der Gläubiger. Vorzugswürdig ist die Verwendung des objektiv nachprüfbaren Begriffs „Nachteil“.

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>190</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 20</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 160m – Absatz 3 – Buchstabe a</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| a) wenn die Gesellschaft zusammen mit dem Plan für die grenzüberschreitende Spaltung den Bericht eines unabhängigen Sachverständigen offenlegt, der zu dem Ergebnis gelangt, dass nach vernünftigem Ermessen eine übermäßige Beeinträchtigung der Rechte der Gläubiger nicht zu erwarten ist. Der unabhängige Sachverständige muss von der zuständigen Behörde bestellt oder genehmigt werden und ***die Anforderungen des Artikels 160i Absatz 2 erfüllen;*** | a) wenn die Gesellschaft zusammen mit dem Plan für die grenzüberschreitende Spaltung den Bericht eines unabhängigen Sachverständigen offenlegt, der zu dem Ergebnis gelangt, dass nach vernünftigem Ermessen eine übermäßige Beeinträchtigung der Rechte der Gläubiger nicht zu erwarten ist. Der unabhängige Sachverständige muss von der zuständigen Behörde bestellt oder genehmigt werden und ***muss von der Gesellschaft, die die grenzüberschreitende Umwandlung vornimmt, unabhängig sein, es darf kein Interessenkonflikt bestehen, und er kann je nach dem Recht des Wegzugsmitgliedstaats eine natürliche oder eine juristische Person sein.*** |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>191</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 20</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 160n – Absatz 2 – Einleitung</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| (2) Die Regelung für die Arbeitnehmermitbestimmung, die gegebenenfalls in dem Mitgliedstaat, in dem die jeweilige aus der grenzüberschreitenden Spaltung hervorgehende Gesellschaft ihren satzungsmäßigen Sitz hat, gilt, findet jedoch keine Anwendung, wenn die Gesellschaft, die die Spaltung vornimmt, in den sechs Monaten vor ***Veröffentlichung*** des in Artikel 160e genannten Plans für die grenzüberschreitende Spaltung eine durchschnittliche Zahl von Arbeitnehmern beschäftigt, die vier Fünfteln des im Recht des Mitgliedstaats der Gesellschaft, die die Spaltung vornimmt, festgelegten Schwellenwerts entspricht, der die Mitbestimmung der Arbeitnehmer im Sinne des Artikels 2 Buchstabe k der Richtlinie 2001/86/EG auslöst, oder wenn das nationale Recht, das auf die jeweilige begünstigte Gesellschaft anwendbar ist, | (2) Die Regelung für die Arbeitnehmermitbestimmung, die gegebenenfalls in dem Mitgliedstaat, in dem die jeweilige aus der grenzüberschreitenden Spaltung hervorgehende Gesellschaft ihren satzungsmäßigen Sitz hat, gilt, findet jedoch keine Anwendung, wenn die Gesellschaft, die die Spaltung vornimmt, in den sechs Monaten vor ***dem Datum der Zugänglichmachung*** des in Artikel 160e genannten Plans für die grenzüberschreitende Spaltung eine durchschnittliche Zahl von Arbeitnehmern beschäftigt, die vier Fünfteln des im Recht des Mitgliedstaats der Gesellschaft, die die Spaltung vornimmt, festgelegten Schwellenwerts entspricht, der die Mitbestimmung der Arbeitnehmer im Sinne des Artikels 2 Buchstabe k der Richtlinie 2001/86/EG auslöst, oder wenn das nationale Recht, das auf die jeweilige begünstigte Gesellschaft anwendbar ist, |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>192</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 20</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 160o – Absatz 1</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| (1) Die Mitgliedstaaten benennen ***die nationale Behörde***, ***die dafür zuständig ist***, die Rechtmäßigkeit einer grenzüberschreitenden Spaltung für die Verfahrensabschnitte, für die das Recht des Mitgliedstaats der Gesellschaft, die die Spaltung vornimmt, maßgebend ist, ***zu prüfen*** und eine Vorabbescheinigung ***auszustellen***, aus der hervorgeht, dass alle einschlägigen Voraussetzungen erfüllt und alle Verfahren und Formalitäten in dem jeweiligen Mitgliedstaat ordnungsgemäß erledigt sind. | (1) Die Mitgliedstaaten benennen ***das Gericht***, ***den Notar oder eine sonstige zuständige Behörde***, ***die*** die Rechtmäßigkeit einer grenzüberschreitenden Spaltung für die Verfahrensabschnitte, für die das Recht des Mitgliedstaats der Gesellschaft, die die Spaltung vornimmt, maßgebend ist, ***prüft*** und eine Vorabbescheinigung ***ausstellt***, aus der hervorgeht, dass alle einschlägigen Voraussetzungen erfüllt und alle Verfahren und Formalitäten in dem jeweiligen Mitgliedstaat ordnungsgemäß erledigt sind. |

<TitreJust>Begründung</TitreJust>

Kohärenz zu Richtlinie (EU) 2017/1132 zur grenzüberschreitenden Verschmelzung, insb. Artikel 127 Absatz 1.

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>193</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 20</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 160o – Absatz 2 – Buchstabe b</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| b) ***gegebenenfalls*** die Berichte nach den Artikeln 160g***, 160h*** und 160i; | b) die Berichte nach den Artikeln 160g und 160i; |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>194</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 20</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 160o – Absatz 2 – Unterabsatz 2</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| Wurden der Plan und die Berichte nach Artikel 160***i*** vorgelegt, so müssen sie der zuständigen Behörde nicht noch einmal vorgelegt werden. | Wurden der Plan und die Berichte nach Artikel 160***j*** vorgelegt, so müssen sie der zuständigen Behörde nicht noch einmal vorgelegt werden. |

<TitreJust>Begründung</TitreJust>

Es ist sachgerechter, Artikel 86h zu erwähnen.

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>195</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 20</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 160o – Absatz 3 – Unterabsatz 1</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass der Antrag nach Absatz 2 einschließlich Informationen und Unterlagen der Gesellschaft vollständig online eingereicht werden kann, ohne dass es notwendig ist, persönlich vor der zuständigen Behörde ***nach Absatz 1*** zu erscheinen. | Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass der Antrag nach Absatz 2 einschließlich Informationen und Unterlagen der Gesellschaft vollständig online eingereicht werden kann, ohne dass es notwendig ist, persönlich vor der zuständigen Behörde ***oder einer sonstigen mit der Bearbeitung der Anträge auf Eintragung betrauten Person oder Stelle*** zu erscheinen. |

<TitreJust>Begründung</TitreJust>

Mit dieser Änderung soll Kohärenz zum Richtlinienvorschlag (COM (2018) 239 final) betreffend den Einsatz digitaler Werkzeuge und Verfahren im Gesellschaftsrechts geschaffen werden.

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>196</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 20</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 160o – Absatz 3 – Unterabsatz 2</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| ***Im Falle eines konkreten,*** begründeten ***Verdachts auf Betrug können die Mitgliedstaaten jedoch*** ein persönliches Erscheinen vor ***einer*** zuständigen Behörde vorschreiben, ***der die betreffenden Informationen und Unterlagen zu übermitteln sind***. | ***Die Mitgliedstaaten können jedoch in*** begründeten ***Ausnahmefällen bei zwingenden Gründen des Allgemeininteresses*** ein persönliches Erscheinen vor ***jeder*** zuständigen Behörde ***oder anderen Person oder Stelle*** vorschreiben, ***die mit der Online-Offenlegung sowie mit deren Ausführung oder Unterstützung zu tun hat***.  |

<TitreJust>Begründung</TitreJust>

Der Begriff „Verdacht auf Betrug“ hat in den einzelnen Mitgliedstaaten unterschiedliche Bedeutung. Es fraglich, ob der vorgeschlagene Artikel alle angedachten Situationen erfasst.

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>197</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 20</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 160o – Absatz 3 – Unterabsatz 2 a (neu)</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
|  | ***Die Mitgliedstaaten legen detaillierte Regelungen für die Online-Offenlegung von Dokumenten und Informationen gemäß den Absätzen 1 und 3 fest. Artikel 13f Absätze 3 und 4 gelten entsprechend.*** |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>198</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 20</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 160o – Absatz 4</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| (4) In Bezug auf die Einhaltung der Regelung für die Arbeitnehmermitbestimmung in Artikel 160n prüft der Mitgliedstaat der Gesellschaft, die die Spaltung vornimmt, ob der in Artikel 160e genannte Plan für die grenzüberschreitende Spaltung Angaben zu dem Verfahren, nach dem die einschlägigen Regelungen getroffen werden, und zu den Optionen für diese Regelungen ***enthält***. | (4) In Bezug auf die Einhaltung der Regelung für die Arbeitnehmermitbestimmung in Artikel 160n prüft der Mitgliedstaat der Gesellschaft, die die Spaltung vornimmt, ob der in Artikel 160e genannte Plan ***und die dort genannten Berichte*** für die grenzüberschreitende Spaltung Angaben zu dem Verfahren, nach dem die einschlägigen Regelungen getroffen werden, und zu den Optionen für diese Regelungen ***enthalten***. |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>199</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 20</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 160o – Absatz 6</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| (6) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die nach Absatz 1 benannten zuständigen Behörden andere Behörden mit Zuständigkeiten in den von der grenzüberschreitenden Spaltung betroffenen Bereichen konsultieren können. | (6) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die nach Absatz 1 benannten zuständigen Behörden andere Behörden ***sowohl in dem Wegzugsmitgliedstaat als auch in dem Zuzugsmitgliedstaat*** mit Zuständigkeiten in den von der grenzüberschreitenden Spaltung betroffenen Bereichen konsultieren können. |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>200</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 20</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 160o – Absatz 7 – Einleitung</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| (7) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die zuständige Behörde die Prüfung innerhalb ***eines Monats*** nach Eingang der Informationen über die Zustimmung der Gesellschafterversammlung der Gesellschaft zu der grenzüberschreitenden Spaltung vornimmt. Die Prüfung muss, je nach Fall, zu folgendem Ergebnis führen: | (7) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die zuständige Behörde die Prüfung innerhalb ***von zwei Monaten*** nach Eingang der Informationen über die Zustimmung der Gesellschafterversammlung der Gesellschaft zu der grenzüberschreitenden Spaltung vornimmt. Die Prüfung muss, je nach Fall, zu folgendem Ergebnis führen: |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>201</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 20</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 160o – Absatz 7 – Buchstabe c</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| c) Hat die zuständige Behörde ernste Bedenken, dass es sich bei der grenzüberschreitenden Spaltung um eine künstliche Gestaltung ***nach Artikel 160d Absatz 3*** handelt, ***so kann*** sie ***beschließen***, eine eingehende Prüfung nach Artikel 160p vorzunehmen; sie unterrichtet die Gesellschaft über ihren Beschluss zur Vornahme einer solchen Prüfung und über deren Ergebnis. | c) Hat die zuständige Behörde ernste Bedenken, dass es sich bei der grenzüberschreitenden Spaltung um eine künstliche Gestaltung handelt, ***beschließt*** sie, eine eingehende Prüfung nach Artikel 160p vorzunehmen; sie unterrichtet die Gesellschaft über ihren Beschluss zur Vornahme einer solchen Prüfung und über deren Ergebnis. |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>202</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 20</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 160p – Absatz 1 – Unterabsatz 1</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die für die Gesellschaft, die die Spaltung vornimmt, zuständige Behörde im Hinblick auf die Feststellung, ob es sich bei der grenzüberschreitenden Spaltung um eine künstliche Gestaltung im Sinne ***des Artikels 160d Absatz 3*** handelt, alle relevanten Tatsachen und Umstände eingehend prüft und mindestens Folgendes berücksichtigt: die Merkmale der Niederlassung in den betreffenden Mitgliedstaaten, insbesondere ***den Zweck,*** die Branche, die Investition, den Nettoumsatz und den Gewinn oder Verlust, die Zahl der Arbeitnehmer, die Gliederung der Bilanz, den Steuersitz, die Vermögenswerte und ihre Belegenheit, den gewöhnliche Arbeitsort der Arbeitnehmer und besonderer Arbeitnehmergruppen, den Ort, an dem die Sozialabgaben zu entrichten sind, sowie die Geschäftsrisiken, die die Gesellschaft, die die Spaltung vornimmt, in ihrem Mitgliedstaat und in den Mitgliedstaaten der begünstigten Gesellschaften trägt. | Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die für die Gesellschaft, die die Spaltung vornimmt, zuständige Behörde im Hinblick auf die Feststellung, ob es sich bei der grenzüberschreitenden Spaltung um eine künstliche Gestaltung im Sinne ***dieser Richtlinie*** handelt, alle relevanten Tatsachen und Umstände eingehend prüft und mindestens Folgendes berücksichtigt: die Merkmale der Niederlassung in den betreffenden Mitgliedstaaten, insbesondere die Branche, die Investition, den Nettoumsatz und den Gewinn oder Verlust, die Zahl der Arbeitnehmer, die Gliederung der Bilanz, den Steuersitz, die Vermögenswerte und ihre Belegenheit, den gewöhnliche Arbeitsort der Arbeitnehmer und besonderer Arbeitnehmergruppen, den Ort, an dem die Sozialabgaben zu entrichten sind, sowie die Geschäftsrisiken, die die Gesellschaft, die die Spaltung vornimmt, in ihrem Mitgliedstaat und in den Mitgliedstaaten der begünstigten Gesellschaften trägt. |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>203</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 20</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 160p – Absatz 2</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die in Absatz 1 genannte zuständige Behörde, wenn sie beschließt, eine eingehende Prüfung vorzunehmen, die Gesellschaft und alle Beteiligten hören kann, die nach Artikel 160j Absatz 1 Bemerkungen nach Maßgabe des nationalen Rechts übermittelt haben. Die zuständige Behörde nach Absatz 1 kann nach Maßgabe des nationalen Rechts auch betroffene Dritte hören. Die zuständige Behörde trifft ihre abschließende Entscheidung über die Ausstellung der Vorabbescheinigung innerhalb von ***zwei*** Monaten nach Beginn der eingehenden Prüfung. | Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die in Absatz 1 genannte zuständige Behörde, wenn sie beschließt, eine eingehende Prüfung vorzunehmen, die Gesellschaft und alle Beteiligten hören kann, die nach Artikel 160j Absatz 1 Bemerkungen nach Maßgabe des nationalen Rechts übermittelt haben. Die zuständige Behörde nach Absatz 1 kann nach Maßgabe des nationalen Rechts auch betroffene Dritte hören. Die zuständige Behörde trifft ihre abschließende Entscheidung über die Ausstellung der Vorabbescheinigung innerhalb von ***drei*** Monaten nach Beginn der eingehenden Prüfung. |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>204</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 20</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 160q – Absatz 1</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| (1) ***Für den Fall, dass es sich bei der zuständigen Behörde nicht um ein Gericht handelt,*** ***stellen*** die Mitgliedstaaten sicher, dass der Beschluss der zuständigen Behörde, die Vorabbescheinigung auszustellen oder zu versagen, einer gerichtlichen Überprüfung nach Maßgabe des nationalen Rechts unterliegt. Darüber hinaus stellen die Mitgliedstaaten sicher, dass eine Vorabbescheinigung erst nach Ablauf einer bestimmten Frist wirksam wird, damit die Parteien Klage vor dem zuständigen Gericht erheben ***und gegebenenfalls vorläufigen Rechtsschutz erwirken*** können. | (1) Die Mitgliedstaaten ***stellen*** sicher, dass der Beschluss der zuständigen Behörde, die Vorabbescheinigung auszustellen oder zu versagen, einer gerichtlichen Überprüfung nach Maßgabe des nationalen Rechts unterliegt. Darüber hinaus stellen die Mitgliedstaaten sicher, dass eine Vorabbescheinigung erst nach Ablauf einer bestimmten Frist wirksam wird, damit die Parteien Klage vor dem zuständigen Gericht erheben können. |

<TitreJust>Begründung</TitreJust>

Es ist fraglich, weshalb die Möglichkeit der Überprüfung durch ein Gericht nicht auch für die Fälle bestehen sollte, in denen die Vorabbescheinigung von einem Gericht ausgestellt wird.

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>205</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 20</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 160q – Absatz 2</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| (2) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass der Beschluss zur Ausstellung der Vorabbescheinigung den in Artikel 160r Absatz 1 genannten Behörden übermittelt wird und dass die Beschlüsse zur Ausstellung oder Versagung der Vorabbescheinigung über das nach Artikel 22 eingerichtete System der Registervernetzung zugänglich sind. | (2) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass der Beschluss zur Ausstellung der Vorabbescheinigung den in Artikel 160r Absatz 1 genannten Behörden ***und allen Beteiligten, die nach Artikel 160j Absatz 1 Buchstabe c Bemerkungen nach Maßgabe des nationalen Rechts übermittelt haben,*** übermittelt wird und dass die Beschlüsse zur Ausstellung oder Versagung der Vorabbescheinigung über das nach Artikel 22 eingerichtete System der Registervernetzung zugänglich sind. |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>206</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 20</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 160r – Absatz 1 – Unterabsatz 1</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| (1) Jeder Mitgliedstaat benennt ***eine Behörde***, ***die dafür zuständig ist***, die Rechtmäßigkeit der grenzüberschreitenden Spaltung für die Verfahrensabschnitte, die sich auf den Abschluss der grenzüberschreitenden Spaltung beziehen und für die das Recht der Mitgliedstaaten der begünstigten Gesellschaften maßgebend ist, ***zu prüfen*** und die grenzüberschreitende Spaltung ***zu genehmigen***, wenn die Spaltung alle einschlägigen Voraussetzungen erfüllt und alle Verfahren und Formalitäten in dem betreffenden Mitgliedstaat ordnungsgemäß erledigt sind. | (1) Jeder Mitgliedstaat benennt ***das Gericht***, ***den Notar oder eine sonstige zuständige***, ***die*** die Rechtmäßigkeit der grenzüberschreitenden Spaltung für die Verfahrensabschnitte, die sich auf den Abschluss der grenzüberschreitenden Spaltung beziehen und für die das Recht der Mitgliedstaaten der begünstigten Gesellschaften maßgebend ist, ***prüft*** und die grenzüberschreitende Spaltung ***genehmigt***, wenn die Spaltung alle einschlägigen Voraussetzungen erfüllt und alle Verfahren und Formalitäten in dem betreffenden Mitgliedstaat ordnungsgemäß erledigt sind. |

<TitreJust>Begründung</TitreJust>

Kohärenz zu Richtlinie (EU) 2017/1132 zur grenzüberschreitenden Verschmelzung, insb. Artikel 127 Absatz 1

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>207</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 20</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 160r – Absatz 3 – Unterabsatz 1</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| (3) Jeder Mitgliedstaat stellt sicher, dass der von einer begünstigten Gesellschaft nach Absatz 1 gestellte Antrag einschließlich Informationen und Unterlagen vollständig online eingereicht werden kann, ohne dass es notwendig ist, persönlich vor der zuständigen Behörde ***nach Absatz 1*** zu erscheinen. | (3) Jeder Mitgliedstaat stellt sicher, dass der von einer begünstigten Gesellschaft nach Absatz 1 gestellte Antrag einschließlich Informationen und Unterlagen vollständig online eingereicht werden kann, ohne dass es notwendig ist, persönlich vor der zuständigen Behörde ***oder einer sonstigen mit der Bearbeitung der Anträge auf Eintragung betrauten Person oder Stelle*** zu erscheinen. |

<TitreJust>Begründung</TitreJust>

Mit dieser Änderung soll Kohärenz zum Richtlinienvorschlag (COM (2018) 239 final) betreffend den Einsatz digitaler Werkzeuge und Verfahren im Gesellschaftsrechts geschaffen werden.

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>208</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 20</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 160r – Absatz 3 – Unterabsatz 2</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| ***Im Falle eines konkreten, begründeten Verdachts auf Betrug können*** die Mitgliedstaaten jedoch ein persönliches Erscheinen vor ***der*** zuständigen Behörde ***eines Mitgliedstaats*** vorschreiben, der die betreffenden Informationen und Unterlagen zu übermitteln sind.  | Die Mitgliedstaaten ***können*** jedoch ***in begründeten Ausnahmefällen bei zwingenden Gründen des Allgemeininteresses*** ein persönliches Erscheinen vor ***jeder*** zuständigen Behörde ***oder anderen Person oder Stelle*** vorschreiben***, die mit der Online-Offenlegung sowie mit deren Ausführung oder Unterstützung zu tun hat***, der die betreffenden Informationen und Unterlagen zu übermitteln sind.  |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>209</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 20</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 160r – Absatz 3 – Unterabsatz 2 a (neu)</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
|  | ***Die Mitgliedstaaten legen detaillierte Regelungen für die Online-Offenlegung von Dokumenten und Informationen gemäß den Absätzen 1 und 3 fest. Artikel 13f Absätze 3 und 4 gelten entsprechend.*** |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>210</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 20</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 160s – Absatz 2 – Buchstabe d a (neu)</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
|  | ***da)*** ***Angaben zu ihren tatsächlichen wirtschaftlichen Eigentümern vor und nach der grenzüberschreitenden Spaltung im Einklang mit der Richtlinie 2015/849.*** |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>211</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 20</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 160u a (neu)</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
|  | ***Artikel 160ua*** |
|  | ***Zivilrechtliche Haftung der Mitglieder des Verwaltungs- oder Leitungsorgans der Gesellschaft, die die Spaltung vornimmt*** |
|  | ***Die Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten regeln zumindest die zivilrechtliche Haftung der Mitglieder des Verwaltungs- oder Leitungsorgans der Gesellschaft, die die grenzübergreifende Spaltung vornimmt, gegenüber den Gesellschaftern und den Gläubigern der Gesellschaft für schuldhaftes Verhalten von Mitgliedern dieser Organe bei der Vorbereitung und dem Vollzug der Spaltung, einschließlich der Vorlage einer falschen Erklärung über die Niederlassungen gemäß Artikel 160g Absatz 2a.*** |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>212</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 20</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 160v – Absatz 1</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| Die Mitgliedstaaten erlassen Vorschriften, in denen mindestens die zivilrechtliche Haftung der unabhängigen Sachverständigen ***geregelt ist***, die den Bericht nach ***Artikel 160i und*** Artikel 160m Absatz ***2*** Buchstabe a zu erstellen haben, ***auch*** für Fehlverhalten bei der Erfüllung ihrer Aufgaben. | Die Mitgliedstaaten erlassen Vorschriften, in denen mindestens die zivilrechtliche Haftung der unabhängigen Sachverständigen, die den Bericht nach Artikel 160m Absatz ***3*** Buchstabe a zu erstellen haben, für Fehlverhalten bei der Erfüllung ihrer Aufgaben ***gegenüber den Gläubigern geregelt ist***. |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>213</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 20</Article>

<DocAmend2>Richtlinie (EU) 2017/1132</DocAmend2>

<Article2>Artikel 160v – Absatz 1 a (neu)</Article2>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
|  | ***Wenn allerdings innerhalb von zwei Jahren nach dem Zeitpunkt, zu dem die grenzüberschreitende Spaltung wirksam wird, den zuständigen Behörden neue Informationen zu dieser grenzüberschreitenden Spaltung zugehen, in denen ein konkreter Verdacht geäußert wird, nehmen die zuständigen Behörden eine erneute Bewertung der Fakten des Falles vor und können wirksame, verhältnismäßige und abschreckende Sanktionen im Falle künstlicher Gestaltungen verhängen.*** |

</Amend>

<Amend>Änderungsantrag <NumAm>214</NumAm>

<DocAmend>Vorschlag für eine Richtlinie</DocAmend>

<Article>Artikel 3 – Absatz 1</Article>

|  |
| --- |
|  |
| Vorschlag der Kommission | Geänderter Text |
| (1) Die Kommission nimmt spätestens fünf Jahre nach dem [OP please insert the date of the end of the transposition period of this Directive] eine Bewertung dieser Richtlinie vor und legt dem Europäischen Parlament, dem Rat und dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss einen Bericht über die Ergebnisse vor, dem gegebenenfalls ein Gesetzgebungsvorschlag beigefügt wird. Die Mitgliedstaaten stellen der Kommission die für die Ausarbeitung dieses Berichts erforderlichen Informationen zur Verfügung, insbesondere die Angaben zu der Zahl der grenzüberschreitender Umwandlungen, Verschmelzungen und Spaltungen sowie zu deren Dauer und den damit verbundenen Kosten. | (1) Die Kommission nimmt spätestens fünf Jahre nach dem [OP please insert the date of the end of the transposition period of this Directive] eine Bewertung dieser Richtlinie vor und legt dem Europäischen Parlament, dem Rat und dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss einen Bericht über die Ergebnisse vor, dem gegebenenfalls ein Gesetzgebungsvorschlag beigefügt wird. ***Bei dieser Bewertung sollte den Auswirkungen dieser Richtlinie auf die Ermittlung und Verhinderung von Fällen besonderer Aufmerksamkeit geschenkt werden, in denen grenzüberschreitende Umwandlungen, Verschmelzungen oder Spaltungen künstliche Gestaltungen darstellen. Die Kommission hört die europäischen Sozialpartner an.*** Die Mitgliedstaaten stellen der Kommission die für die Ausarbeitung dieses Berichts erforderlichen Informationen zur Verfügung, insbesondere die Angaben zu der Zahl der grenzüberschreitender Umwandlungen, Verschmelzungen und Spaltungen sowie zu deren Dauer und den damit verbundenen Kosten. |

</Amend></RepeatBlock-Amend>

VERFAHREN DES MITBERATENDEN AUSSCHUSSES

|  |  |
| --- | --- |
| **Titel** | Grenzübergreifende Umwandlungen, Verschmelzungen und Spaltungen |
| **Bezugsdokumente - Verfahrensnummer** | COM(2018)0241 – C8-0167/2018 – 2018/0114(COD) |
| **Federführender Ausschuss** Datum der Bekanntgabe im Plenum | JURI28.5.2018 |  |  |  |
| **Stellungnahme von** Datum der Bekanntgabe im Plenum | ECON28.5.2018 |
| **Verfasser(in) der Stellungnahme** Datum der Benennung | Olle Ludvigsson31.5.2018 |
| **Prüfung im Ausschuss** | 29.8.2018 | 8.10.2018 |  |  |
| **Datum der Annahme** | 18.10.2018 |  |  |  |
| **Ergebnis der Schlussabstimmung** | +:–:0: | 3612 |
| **Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder** | Gerolf Annemans, Hugues Bayet, Pervenche Berès, Thierry Cornillet, Giuseppe Ferrandino, Stefan Gehrold, Sven Giegold, Neena Gill, Roberto Gualtieri, Gunnar Hökmark, Danuta Maria Hübner, Wolf Klinz, Werner Langen, Sander Loones, Bernd Lucke, Olle Ludvigsson, Marisa Matias, Gabriel Mato, Alex Mayer, Bernard Monot, Caroline Nagtegaal, Luděk Niedermayer, Sirpa Pietikäinen, Anne Sander, Alfred Sant, Martin Schirdewan, Molly Scott Cato, Pedro Silva Pereira, Peter Simon, Theodor Dumitru Stolojan, Paul Tang, Ramon Tremosa i Balcells, Marco Valli, Tom Vandenkendelaere, Jakob von Weizsäcker |
| **Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter** | Andreas Schwab, Lieve Wierinck |
| **Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellv. (Art. 200 Abs. 2)** | Aleksander Gabelic, Bogdan Brunon Wenta |

NAMENTLICHE SCHLUSSABSTIMMUNG IM MITBERATENDEN AUSSCHUSS

|  |  |
| --- | --- |
| **36** | **+** |
| ALDE | Thierry Cornillet, Wolf Klinz, Caroline Nagtegaal, Ramon Tremosa i Balcells, Lieve Wierinck |
| ECR | Sander Loones, Bernd Lucke |
| GUE/NGL | Marisa Matias, Martin Schirdewan |
| PPE | Stefan Gehrold, Gunnar Hökmark, Danuta Maria Hübner, Werner Langen, Gabriel Mato, Luděk Niedermayer, Sirpa Pietikäinen, Anne Sander, Andreas Schwab, Theodor Dumitru Stolojan, Tom Vandenkendelaere, Bogdan Brunon Wenta |
| S&D | Hugues Bayet, Pervenche Berès, Giuseppe Ferrandino, Aleksander Gabelic, Neena Gill, Roberto Gualtieri, Olle Ludvigsson, Alex Mayer, Alfred Sant, Pedro Silva Pereira, Peter Simon, Paul Tang, Jakob von Weizsäcker |
| VERTS/ALE | Sven Giegold, Molly Scott Cato |

|  |  |
| --- | --- |
| **1** | **-** |
| ENF | Gerolf Annemans |

|  |  |
| --- | --- |
| **2** | **0** |
| EFDD | Bernard Monot, Marco Valli |

Erläuterungen:

+ : dafür

- : dagegen

0 : Enthaltungen